

# fonction publique

**CGFP**  
Organe de la Confédération Générale  
de la Fonction Publique

numéro 263  
octobre 2019  
51<sup>e</sup> année  
paraît 4 fois par an

CGFP-Nationalvorstand zur Arbeitszeitregelung:

## Kniffliger Balanceakt mit pragmatischen Lösungen

Vor einem Jahr trat die Regelung zu den Zeitsparkonten in Kraft. Diese Maßnahme, die eine moderne Familienpolitik unterstützt, trägt zur besseren Vereinbarung des Privat- und Berufslebens bei. Die Umsetzung dieser großen sozialen Errungenschaft verlief weitgehend zufriedenstellend. Lediglich die Arbeitszeitregelung, die infolge der EU-Richtlinie 2003/88/EG in das entsprechende Gesetz eingliedert wurde, bereitete teilweise Schwierigkeiten bei der Umsetzung.

Vor allem in Verwaltungen mit Schichtdienst und unregelmäßigen Arbeitszeiten häuften sich organisatorische Probleme. Auch bei Staatsbediensteten, die spezifische Missionen absolvieren müssen, glich die Ausführung einer Quadratur des Kreises. Als konstruktiver Sozialpartner scheute sich die CGFP nicht davor, Verantwortung zu übernehmen. Auf Beschluss des CGFP-Nationalvorstandes wurde nach den Sommerferien eine paritätisch besetzte Arbeitsgruppe mit Lösungsvorschlägen beauftragt. Ziel war es, das öffentliche Dienstrecht so zu ergänzen, dass es im Einklang mit der besagten EU-Richtlinie steht, ohne dabei die frisch ausgehandelten sektoriellen Abkommen zu kippen.

Die erwünschten Nachbesserungen wurden am 7. Oktober vom CGFP-Nationalvorstand einstimmig



gebilligt. Gefordert wird u.a. eine zweimonatige Referenzperiode, die sich nur auf die Schichtarbeit bezieht. In Verwaltungen mit extrem spezifischen Bedürfnissen kann die Dauer auf maximal 4 Monate verlängert werden. Die Schichtarbeit soll strenger

definiert werden. Die Arbeitspläne sollen mindestens 20 Tage vor Dienstbeginn vorliegen. Auch bei der Nachtarbeit sollen Anpassungen gemacht werden, ohne dass dabei Verschlechterungen für die Beschäftigten eintreten (siehe Seite 5).



### CGDIS-Abkommen rückt näher

Im Zuge der neuen Arbeitszeitregelung muss in mehreren Bereichen des öffentlichen Dienstes nachgebessert werden, um den spezifischen Belangen einiger Verwaltungen gerecht zu werden. Nach den sektoriellen Abkommen, auf die sich die Regierung mit der Polizei und der Armee geeinigt hat, bahnt sich beim „Corps grand-ducal d'incendie et de secours“ (CGDIS) ein weiterer Durchbruch der Gespräche an. Nach monatelangem Zögern setzte sich Innenministerin Taina Boffering mit der CGFP und deren Fachverband SNPPL an einen Tisch. Die klärungsbedürftigen Punkte sollen in den kommenden Verhandlungsrunden in Angriff genommen werden und zu einer raschen Lösung führen.

Mehr zu diesem Thema auf Seite 9



### Rück- und Ausblick mit dem CGFP-Führungsduo

Mit frischen Perspektiven und neuen Impulsen übernahm das teilerneuerte CGFP-Exekutivbüro im Dezember 2016 die Geschicke der CGFP. Im Interview mit „fonction publique“ ziehen CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff und Generalsekretär Steve Heiliger eine überaus positive Bilanz. Die CGFP habe zahlreiche Kernforderungen durchgesetzt, wie z.B. die Abschaffung der 80/80/90-Regelung und die Einführung der Zeitsparkonten. Gleichzeitig richtet die Führungsspitze den Blick nach vorne. Bei den Wahlen für die Berufskammer der öffentlich Bediensteten im März 2020 werde die CGFP alles daransetzen, ihre Mehrheit erfolgreich zu verteidigen, wenn nicht sogar auszubauen.

Mehr zu diesem Thema auf den Seiten 6+7



### Das Streben nach Spitzenleistungen

Ein neuer Name, ein erweitertes Bildungsangebot und ein Leitmotiv mit Programm: Getreu dem Motto „Striving for excellence“ herrscht in der Hotelfachschule in Diekirch eine wahre Aufbruchstimmung. Die Ecole d'Hôtellerie et de Tourisme du Luxembourg (EHTL) genießt auf der kulinarischen Weltbühne einen ausgezeichneten Ruf. So wurden u.a. Partnerschaften mit der angesehenen Gastronomieschule Ferrandi und dem französischen Starkoch Alain Ducasse in die Wege geleitet. Bei der Weltausstellung in Dubai wird die EHTL das Luxemburger Pavillon kulinarisch betreuen. Die EHTL-Absolventen verlassen die Schule stets mit der Gewissheit, über eine 100-prozentige Jobgarantie zu verfügen.

Mehr zu diesem Thema auf den Seiten 10+11

PERIODIQUE

**POST**  
LUXEMBOURG

Envois non distribuables à retourner à:  
L-3290 BETTEMBOURG

**PORT PAYÉ**  
**PS/141**



# L'évasion est proche

LUX VOYAGES CGFP, une agence de voyage complète à votre service:

Pour vos déplacements de service ou privés à l'étranger

Voyages organisés

Billets d'avion, de train et de bateau

Réservations d'hôtels et d'appartements dans le monde entier

Tarif spécial pour membres CGFP

**OUVERT  
LE SAMEDI MATIN**



## LUX VOYAGES

25A, boulevard Royal (Forum Royal) • L-2449 Luxembourg  
Tél. 47 00 47 -1 • Fax 24 15 24 • e-mail: [info@luxvoyages.lu](mailto:info@luxvoyages.lu)  
Ouvert du lundi au vendredi de 8 à 18 h et le samedi de 9 à 13 h



# Erfolgreich und wirksam

Ein Abkommen bezeichnet grundsätzlich eine Übereinkunft zwischen zwei oder mehreren vertragsschließenden Personen oder Parteien. Ein Blick ins Wörterbuch reicht, um festzustellen, dass es eine Vielzahl von Synonymen gibt: Abmachung, Abschluss, Absprache, Aushandlung, Beschluss, Einigung – die Liste ließe sich beliebig lang fortsetzen.

Zu den wohl bedeutendsten Abkommen aus der jüngsten Geschichte zählen sicherlich die Schengener Abkommen, die internationalen Übereinkommen zur Abschaffung der stationären Grenzkontrollen an den Binnengrenzen der teilnehmenden Staaten also. Wer erinnert sich nicht an die feierliche Unterzeichnung des ersten dieser Abkommen am 14. Juni 1985 an Bord des Passagierschiffs M.S. „Princesse Marie-Astrid“. Inzwischen wurden die Schengener Abkommen von allen Ländern, die den Schengen-Raum bilden, ratifiziert.

Mit der Unterzeichnung eines Abkommens verpflichten sich die Vertragsparteien, die darin enthaltenen Grundsätze zu achten. Doch so feierlich der Akt der Unterzeichnung auch sein mag, man denke nur an historische Vertragsabschlüsse, vorgenommen von Staatshäuptern in ihren besten Anzügen, mit Zylinder und Havanna-Zigarren ausgestattet, so richtig ist aber auch der Umstand, dass solche Verträge, institutionell und rechtlich gesehen, zunächst nicht allzu viel Bedeutung haben – es sei denn, die erforderlichen rechtlichen Grundlagen für deren Umsetzung werden auch geschaffen.

Ein Paradebeispiel im öffentlichen Dienst sind dafür die regelmäßig von der CGFP mit den sukzessiven Regierungen getroffenen Gehälterabkommen. Die Regierung verpflichtet sich somit, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Umsetzung der darin enthaltenen Bestimmungen, durch die Erarbeitung von Gesetzesvorlagen und großherzoglichen Verordnungen, auch sicherzustellen.

Dass von der Unterzeichnung eines Abkommens bis hin zu dessen Inkrafttreten mitunter Monate, wenn nicht sogar Jahre vergehen können, zeigt die Umsetzung des Zusatzpapiers zum Gehälterabkommen von 2016 nur allzu gut. Am 15. Juni 2018 unterzeichnet, lässt die Anwendung der Hauptbestimmung, nämlich die Abschaffung der unsäglichen 80/80/90-Regelung während des Praktikums, noch immer



auf sich warten. Dass der gesetzgeberische Weg mitunter ein sehr langer sein kann, mussten insbesondere jene Praktikanten erfahren, die ihre „Stage“-Zeit nach dem 1. Oktober 2015, Tag, an dem die Reformen im öffentlichen Dienst in Kraft traten, begonnen haben. Nur gut demnach, dass das von der CGFP noch mit der Vorgängerregierung erzielte Abkommen eine Retroaktivität auf den 1. Januar 2019 vorsieht. Kurz: Wird der entsprechende Text die Abgeordnetenkommission passieren – und die CGFP drängt darauf, dass das sehr schnell der Fall sein wird –, dann werden die Entschädigungen rückwirkend zum 1. Januar 2019 angepasst.

Dass ein Großteil der im 2016er Abkommen enthaltenen Maßnahmen mittlerweile umgesetzt wurde, will niemand in Frage stellen. Dazu zählen nicht nur Bestimmungen mit einem direkten finanziellen Impact, sondern insbesondere auch diejenigen Regelungen, die eine bessere Vereinbarkeit zwischen Berufs- und Familienleben zum Ziel haben. Was die im Gehälterabkommen von 2016 vorgesehene Analyse der Bedingungen und Anwendungsmodalitäten zur Erlangung von staatlichen Schutzmechanismen, insbesondere der Übernahme von Anwaltskosten angeht, steht eine politische Entscheidung bedauerlicherweise noch aus. Nachdem eine aus Vertretern des Beamtenministeriums und der CGFP zusammengesetzte Arbeitsgruppe eine gute Vorarbeit geleistet hat, ist nun die Politik in dieser so wichtigen Angelegenheit gefordert – die Zeit drängt!

Ähnliches zählt auch für die Umsetzung der bereits unterzeichneten und noch bevorstehenden sektoriellen Abkommen zur Arbeitszeitregelung in

bestimmten Bereichen des öffentlichen Dienstes. Mit aller Entschlossenheit drängt die CGFP darauf, dass die Politik alles daran setzt, um den darin enthaltenen Bestimmungen schnellstmöglich einen gesetzlichen Rahmen zu geben. Ebenso entschieden widersetzt sich die CGFP der Haltung bestimmter Vorgesetzter, die vereinbarten Regelungen so lange nicht anzuwenden, bis eine gesetzliche Basis geschaffen worden ist. Zur Erinnerung: Diese Abkommen wurden nach langatmigen Diskussionen von Regierungsmitgliedern sowie Vertretern des Dachverbandes CGFP und der zuständigen CGFP-Fachverbände unterzeichnet. Sie enthalten zwingend eine Klausel, nach der die darin enthaltenen Maßnahmen mit sofortiger Wirkung gelten. Wer sich dem widersetzt, handle nicht nur fahrlässig, sondern würde gleichzeitig gegen eine mit Einwilligung der Regierung zustande gekommenen Klausel verstoßen. Die CGFP warnt ausdrücklich vor einer solchen verantwortungslosen Haltung und kündigt heftigsten Widerstand an! In vollem Gange sind derzeit auch die Verhandlungen mit den CGFP-Fachverbänden über sektoruelle Anliegen. Positiver Aspekt: Indem sich die Vorgängerregierung in dem im Juni 2018 unterzeichneten Zusatzpapier zum Gehälterabkommen von 2016 zu diesen Verhandlungen verpflichtet hat, war dies erstmals ein schriftliches Bekenntnis, sektoruelle Fragen auch mit sektoriellen Berufsverbänden zu erörtern, wohl wissend, dass der Dachverband, die CGFP, die legitimen Forderungen ihrer Mitgliedsorganisationen uneingeschränkt unterstützt. Negativer Aspekt: Auch in dieser Frage drängt die Zeit! Denn auch dieser Punkt ist Bestandteil des lau-

fenden Gehälterabkommens, dessen Laufzeit bekanntlich im Dezember 2020 endet. Bis dahin müssen also nicht nur die über 60 CGFP-Fachverbände angehört worden sein, sondern es müssen zufriedenstellende Schlussfolgerungen auf dem Tisch liegen. Oder anders ausgedrückt: Aus den gesammelten Erkenntnissen müssen annehmbare Ergebnisse werden.

Wer nun meint, der finanzielle Spielraum wäre zu eng dafür, der irrt. Der von der CGFP mit der Vorgängerregierung ausgehandelte Finanzierungsplan gibt der Politik auf jeden Fall genügend Bewegungsfreiheit, um den legitimen Forderungen der CGFP-Mitgliedsorganisationen weitgehend gerecht zu werden.

Als verantwortungsbewusster Sozialpartner setzt die CGFP seit jeher in erster Linie auf Verhandlungen am Verhandlungstisch. Nach zähen und in der Sache zum Teil harten Diskussionen ist es in den Besoldungsverhandlungen zwischen der CGFP und den aufeinanderfolgenden Regierungen immer noch zu einem Durchbruch gekommen. Ausdauer, Hartnäckigkeit, Verhandlungsgeschick, Weitsicht und stichhaltige Argumente auf Seiten der CGFP haben sich bislang immer wieder ausgezahlt, ganz im Sinne und im Interesse aller öffentlich Bediensteten. Auf Arbeitsniederlegungen als letztes gewerkschaftliches Mittel hat die CGFP in ihrer mehr als 50-jährigen Geschichte nur zwei Mal zurückgreifen müssen.

Genau wie in der Vergangenheit will die CGFP auch in Zukunft ihre Gegenüber in erster Linie im Rahmen von konstruktiven Gesprächen von der Rechtmäßigkeit ihrer Forderungen überzeugen. Dass die CGFP, falls erforderlich, aber auch zu anderen Schritten bereit ist, zeigen in jüngster Vergangenheit nicht zuletzt zwei Saalkundgebungen in der letzten Legislaturperiode. Nicht zu vergessen auch die Protestaktion im November 2018 vor dem Hauptsitz der Staatssparkasse, bei der es um die Anwendung des Beamtenrechts für die BCEE-Mitarbeiter ging.

Aus heutiger Sicht können wir mit Bestimmtheit sagen, dass diese Aktionen nicht nur von Erfolg gekrönt waren, sondern darüber hinaus ihre Wirkung keineswegs verfehlt haben: Ein Großteil der nach außen getragenen CGFP-Anliegen ist mittlerweile umgesetzt!

**Steve Heiliger**  
CGFP-Generalsekretär



<http://www.cgfp.lu>

Search



Visitez notre site Internet:

**www.cgfp.lu**



Organe de la Confédération Générale de la Fonction Publique **CGFP**

Éditeur: **CGFP**  
488, route de Longwy, L-1940 Luxembourg  
Tél.: 26 48 27 27 20 – Fax: 26 48 29 29  
E-mail: [cgfp@cgfp.lu](mailto:cgfp@cgfp.lu)  
Rédaction: Tél.: 26 48 27 27-1  
Impression: Saint-Paul Luxembourg s.a.

La reproduction d'articles, même par extraits, n'est autorisée qu'en cas d'indication de la source.

Les articles signés ne reflètent pas nécessairement l'avis de la CGFP.



# MOINS CHER MAIS PAS MOINS COUVERT

**SOLDE  
RESTANT  
DÛ**

Votre assurance solde  
restant dû moins chère  
Comparez les garanties

[www.cgfp-assurances.lu](http://www.cgfp-assurances.lu)

**CGFP**  
Assurances

16, rue Érasme  
L-1468 Luxembourg  
tél.: (+352) 27 04 28 01  
[info@cgfp-assurances.lu](mailto:info@cgfp-assurances.lu)



CGFP-Nationalvorstand:

# Vernünftige Lösungen für die Umsetzung der Arbeitszeitregelung

*Die auf einer EU-Richtlinie beruhende Arbeitszeitregelung, die im Zuge der Zeitsparkonten gesetzlich verankert wurde, führte in einigen Verwaltungen zu Schwierigkeiten. Eine paritätisch besetzte CGFP-Arbeitsgruppe hat konstruktive Lösungen ausgearbeitet, die am vergangenen 7. Oktober einstimmig vom CGFP-Nationalvorstand gebilligt wurden. Oberste Priorität ist es, einen allgemeinen Rahmen im Dienstrecht zu schaffen, der allen Verwaltungen entgegenkommt. Die spezifischen Belange sollen unterdessen in sektoriellen Abkommen abgedeckt werden. Für die CGFP steht fest, dass die Änderungen keine Verschlechterungen für die Beschäftigten nach sich ziehen dürfen.*

Wer möchte heute noch auf die Zeitsparkonten im öffentlichen Dienst verzichten? Niemand! Die Möglichkeit, zusätzliche Arbeitsstunden und Urlaubstage, die über das gesetzliche Minimum hinausgehen, auf einen „compte épargne-temps“ (CET) zu verbuchen, erweist sich bei der Vereinbarung von Berufs- und Familienleben als äußerst nützlich. Die angesparte Zeit kann später eingefordert werden, um z.B. eine längere Auszeit zu nehmen. Das entsprechende Gesetz hatte eine derart große Signalwirkung, dass diese Maßnahme jetzt auch zunehmend in der Privatwirtschaft umgesetzt wird.

Die Arbeitszeitregelung, die auf einer EU-Richtlinie aus dem Jahr 2003 fußt, wurde auf Betreiben des Staatsrats in das Gesetz der Zeitsparkonten eingegliedert. In den allermeisten Verwaltungen verlief die Umsetzung des CET-Gesetzes weitgehend problemlos. Doch unmittelbar nach dem Inkrafttreten der Regelung traten vereinzelte Fälle auf, bei denen die Arbeitszeitgestaltung aufgrund der neuen Bestimmungen nicht mehr konform zum Gesetz ist. Am meisten ins Visier geriet dabei die Schichtarbeit. Anfang Juli gelangte der CGFP-Nationalvorstand zum Schluss, dass vernünftige Konzepte zur Lösung des Problems rasch vorliegen müssten.

Pünktlich zur „Rentrée“ im September stellte sich eine paritätisch besetzte CGFP-Arbeitsgruppe dieser Herausforderung. Die Zielvorgabe war von Anbeginn klar: Im öffentlichen Statut sollen nur minimale Änderungen vorgenommen werden. Die spezifischen Belange einzelner Verwaltungen sollen Bestandteil sektorieller Abkommen sein. Die Bestimmungen der EU-Richtlinie sollen genutzt werden, um somit etwas mehr Flexibilität bei der Arbeitszeitgestaltung zu schaffen. Dabei dürfen jedoch keine Verschlechterungen für die Staatsbediensteten eintreten. Für die CGFP ist der Erhalt der sozialen Errungenschaften absolut prioritär.

Die Suche nach dauerhaften Lösungen gleicht stellenweise einem Drahtseilakt: Zum einen müssen die im Dienstrecht bevorstehenden Änderungen mit der EU-Direktive in Einklang stehen, zum anderen dürfen dadurch bestehende sektorielle Abkommen, wie neulich bei der Polizei und der Armee, nicht infrage gestellt werden.



Die tägliche Höchstarbeitszeit ist derzeit auf 10 Stunden begrenzt. Pro Woche darf demnach maximal 48 Stunden (Überstunden inbegriffen) gearbeitet werden. Die EU-Richtlinie ermöglicht jedoch Ausnahmen: Bei Einführung einer Referenzperiode darf das Arbeitspensum erhöht werden. Innerhalb dieses festgelegten Zeitraums muss eine durchschnittliche Wochenarbeitszeit von 48 Stunden eingehalten werden.

Nach einer ausführlichen Analyse hat die CGFP die Schlussfolgerung gezogen, dass die flächendeckende Einführung einer viermonatigen Referenzperiode, so wie es die EU-Richtlinie ermöglicht, nicht unbedingt im Interesse aller staatlichen Arbeitnehmer liegt. Die maximale Arbeitszeit könnte außer Kontrolle geraten, da die Berechnung der geleisteten Arbeitsstunden erst am Ende der Referenzperiode erfolgt. Außerdem besteht die Gefahr, dass die Zeitsparkonten an Attraktivität einbüßen.



## Zweimonatige Referenzperiode für Schichtarbeiter

Folglich ist die CGFP der Ansicht, dass im öffentlichen Statut eine zweimonatige Referenzperiode gestattet werden soll. Diese Möglichkeit soll ausschließlich Verwaltungen vorbehalten werden, die in aufeinanderfolgenden Schichten arbeiten. Zudem soll eine ausführliche Begründung dafür erforderlich sein. Verwaltungen, die während den gängigen Bürozeiten geöffnet haben, sollten grundsätzlich nur auf eine einmonatige Referenzperiode zurückgreifen.

Bei staatlichen Mitarbeitern, die auf Dienstreisen im Ausland sind, muss die An- und Abreise als Arbeitszeit gelten. Dasselbe muss auch für Sitzungen außerhalb des Arbeitsplatzes und für die Teilnahme an beruflichen Veranstaltungen der Fall sein. Dabei wäre es durchaus möglich, spezifische Vorschriften zu diesem Thema vorzusehen. Diese Bestimmungen könnten eine tägliche

Arbeitszeit zulassen, die über der maximalen Arbeitszeit von 10 Stunden liegt und dennoch mit der EU-Richtlinie übereinstimmt.

Darüber hinaus muss die Möglichkeit einer längeren Referenzperiode (bis zu 4 Monate) vorgesehen werden. Diese Maßnahme muss jedoch streng begrenzt sein und darf lediglich von Verwaltungen mit sehr spezifischen Bedürfnissen in Anspruch genommen werden, wie z.B. die Flughafenverwaltung, die Polizei oder die Armee. Eine Referenzperiode von maximal 4 Monaten soll in Ausnahmefällen vom zuständigen Minister genehmigt werden können, vorausgesetzt es handelt sich dabei um Verwaltungen, die die Kontinuität des öffentlichen Dienstes gewährleisten müssen.

## Längere Fristen bei der Dienstplangestaltung

Wer Schichtdienst leistet, weiß, welche Auswirkungen dies auf das Sozialleben hat. Sich auf wechselnde Arbeitszeiten einzustellen, ist für Körper und Psyche oft eine enorme Belastung. Die CGFP fordert deshalb für die öffentlich Bediensteten, die das ganze Jahr über auf Schichten arbeiten, 5 zusätzliche Ruhetage. Die Ausgleichsruhezeit soll dem Gesetz der Zeitsparkonten beigegeben und dem „compte épargne-temps“ zugeordnet werden. Das gleiche Prinzip muss auch bei jenen Verwaltungen angewandt werden, deren atypische Arbeitsorganisation weder einer Gleitzeit („horaire mobile“) noch einer Schichtarbeit entspricht.

Staatliche Beamte und Angestellte, die 20 Jahre lang Schichtarbeit geleistet haben und für die keine Übergangsregelung gilt, müssen ein Recht auf eine vorzeitige Pensionierung haben.

Handlungsbedarf sieht die CGFP auch bei der Dienstplangestaltung. Mit Blick auf eine bessere Vereinbarung des Berufs- und Privatlebens sollte der Arbeitsplan mindestens 20 Kalendertage vor Dienstbeginn vorliegen. Eine fünftägige Frist wird als zu kurz erachtet.

Darüber hinaus muss die Schichtarbeit im Gesetz definiert werden. Die CGFP schlägt vor, die in der Richtlinie verwendete Definition im öffentlichen Dienstrecht zu übernehmen.

Zudem ist die Schichtarbeit nur gerechtfertigt, wenn die öffentliche Ordnung oder die Kontinuität des öffentlichen Dienstes gewährleistet werden muss. Mit Argusaugen wird die CGFP darüber wachen, dass die Schichtarbeit nicht systematisch in Verwaltungen eingeführt wird, die diese Kriterien nicht erfüllen.

Die Dauer der Nachtarbeit ist einer der Punkte, die von den Mitgliedstaaten gemäß den Anforderungen der Richtlinie 2003/88/EG geregelt werden müssen. Dies ist jedoch derzeit im öffentlichen Dienstrecht nicht der Fall. Deshalb müssen Änderungen vorgenommen werden, die mit der europäischen Zielvorgabe übereinstimmen.

Es sei jedoch darauf hingewiesen, dass die europäischen Bestimmungen eine recht kurze Zeitspanne für die Nachtarbeit vorsehen. Laut EU-Richtlinie wird der Zeitraum zwischen 24:00 und 5:00 Uhr auf jeden Fall als Nachtarbeit angesehen.

Das Dienstrecht sieht dagegen ein wesentlich großzügigeres Zeitfenster vor. Gemäß einer großherzoglichen Verordnung vom 27. Juli 1992 gilt die Zeitspanne zwischen 22:00 und 6:00 Uhr als Bedingung zum Erhalt der „prime d'astreinte“. Die CGFP hält an den bestehenden Bestimmungen fest und wird diesbezüglich keine Verschlechterungen hinnehmen.

## Wachsenden Missständen vorbeugen

Klärungsbedarf gibt es in Bezug auf die Arbeitswoche, um den wachsenden Missständen einen Riegel vorzuschieben. Einige Verwaltungen und „établissements publics“ interpretieren den Artikel 18 des Dienstrechts falsch, indem sie schleichend versuchen, eine 6-Tage-Arbeitswoche einzuführen. Das öffentliche Statut beruht jedoch auf dem Prinzip einer fünftägigen Arbeitswoche. Dabei handelt es sich um eine äußerst wichtige Errungenschaft, die auch in Zukunft gewährleistet bleiben muss. Zudem besteht die CGFP darauf, dass künftig eine wöchentliche Ruhezeit von 44 statt nur 35 Stunden eingehalten wird. Somit soll sichergestellt werden, dass den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes binnen einer Woche zwei freie Tage zustehen.

Beträgt die tägliche Arbeitszeit mehr als 6 Stunden, wird die Arbeit durch eine Pause von mindestens 30 Minuten unterbrochen. Die EU-Richtlinie bietet allerdings die Möglichkeit, von dieser Unterbrechung abzuweichen. Damit diese Ausnahmeregelung möglich ist, muss sie im Dienstrecht vorgesehen werden.

Bei ihren Bemühungen, eine Lösung zur Arbeitszeitproblematik zu finden, hat die CGFP keine Mühe gescheut. Die Beratungen innerhalb der Arbeitsgruppe zogen sich über Wochen hin. Einigkeit herrschte darüber, dass die spezifischen Bedürfnisse einiger Verwaltungen nicht im Dienstrecht, sondern in sektoriellen Abkommen mit der Regierung geklärt werden müssen.

Die Einigungen, die bereits bei der Polizei und bei der Armee erzielt wurden, können dabei als Vorlage dienen. Die CGFP wird mit Entschlossenheit Sorge dafür tragen, dass die Regierung die sektoriellen Abkommen ohne Abweichungen eins zu eins anwendet. Damit die ausgehandelten Einigungen die nötige Rechtsgrundlage erhalten, müssen sie so rasch wie möglich in großherzogliche Verordnungen umgesetzt werden. Sollte die Dreierkoalition auf Zeit spielen, darf sie sich auf Widerstand seitens der CGFP gefasst machen. Die CGFP-Forderungen zu den notwendigen Nachbesserungen bei der Arbeitszeitgestaltung im öffentlichen Dienst wurden inzwischen Beamtenminister Marc Hansen übermittelt. Jetzt wird sich zeigen, ob die Regierung gewillt ist, diese konstruktiven Vorschläge zu berücksichtigen.

**Max Lemmer**



Interview mit CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff und Generalsekretär Steve Heiliger

# „Die Regierung wird an der Steuerreform gemessen“

*Im März kommenden Jahres stehen im Staatsdienst Sozialwahlen an. Die CGFP will ihre Vormachtstellung als Einheitsgewerkschaft des öffentlichen Dienstes verteidigen, versichern CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff und Generalsekretär Steve Heiliger im Interview mit „fonction publique“. Mit u.a. der Abschaffung der 80/80/90-Regelung und der Einführung der Zeitsparkonten konnte die CGFP in der vergangenen Legislaturperiode wichtige Errungenschaften erkämpfen. In den nächsten Monaten will sich die Dachorganisation aller öffentlich Bediensteten u.a. bei der geplanten Steuerreform einbringen. Auf der Agenda stehen demnächst auch die Verhandlungen über das kommende Gehälterabkommen.*



„Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich behaupte, dass die CGFP eine Erhöhung des Punktwertes fordern wird, zumal die vorigen Anpassungen immer extrem bescheiden waren,“ betont CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff in Bezug auf die Verhandlungen über das kommende Gehälterabkommen. Außerdem dürfe die von der Regierung angekündigte Steuerreform nicht zu Lasten der künftigen Generationen gehen. Auch beim Kampf gegen die schwindelerregenden Wohnungspreise müssten insbesondere junge Familien finanziell entlastet werden.



„Ich würde es sehr bedauern, wenn Ende 2020 auf einmal 60 sektorielle Konflikte eintreten würden“, sagt CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger mit Blick auf die im Zusatzpapier zum Gehälterabkommen festgeschriebenen und zurzeit mit Beamtenminister Marc Hansen laufenden Verhandlungen der CGFP-Fachverbände. Der von der CGFP mit der Vorgängerregierung ausgehandelte Finanzierungsplan gebe der Politik auf jeden Fall genügend Spielraum, um den legitimen Forderungen der CGFP-Mitgliedsorganisationen weitgehend gerecht zu werden.

**fp: Im kommenden Jahr stehen die Sozialwahlen im öffentlichen Dienst auf Ihrer Agenda. Welche Ziele hat sich die CGFP gesteckt?**

**Romain Wolff (RW):** Die CGFP will ihre Mehrheit in der Berufskammer der öffentlich Bediensteten verteidigen und gegebenenfalls sogar ausbauen. Die Sozialwahlen sind für uns von größter Wichtigkeit, gilt es doch, die nationale Repräsentativität zu bestätigen. Dieser Termin, der alle 5 Jahre erfolgt, ist der wichtigste in unserer Agenda. Wahlen kann man nur für sich entscheiden, indem man die geeignetsten Kandidaten ins Rennen schickt und gleichzeitig eine überzeugende Gewerkschaftsarbeit aufzuweisen hat. Die Vorbereitungen für die Sozialwahlen laufen zurzeit innerhalb der CGFP auf Hochtouren.

**Steve Heiliger (SH):** Aufgrund ihrer nationalen Repräsentativität ist die CGFP nach wie vor der einzige Verhandlungspartner der Regierung bei sämtlichen Fragen, die den öffentlichen Dienst betreffen. Als Dachorganisation aller Staatsbediensteten hat die CGFP den Blick fürs Ganze, da sie, im Gegensatz zu anderen Gewerkschaften, nicht nur in einzelnen Sektoren vertreten ist. Wir rufen unsere Mitglieder, und darüber hinaus alle Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes dazu auf, die CGFP bei den Sozialwahlen zwischen dem 20. und 30. März 2020 massiv zu unterstützen. Wir appellieren an die Stimmberechtigten, die Wahlzettel, die sie per Post erhalten, auszufüllen und fristgerecht zurückzuschicken.

**fp: Welche Errungenschaft, die im Lauf Ihrer Amtszeit erkämpft wurde, bereitet Ihnen am meisten Freude?**

**RW:** Wir haben es geschafft, mit der vorigen Regierung ein Abkommen zur Abschaffung der unsäglichen 80/80/90-Regelung zu erreichen. Diese Maßnahme besagt, dass die Praktikanten während ihrer dreijährigen „Stage“-Zeit keine volle Besoldung erhalten. Dies war der CGFP von Anfang an ein Dorn im Auge. Wir hatten damals dieser umstrittenen Regelung

nur widerstrebend zugestimmt, um einen weitaus schlimmeren Sozialabbau zu vermeiden.

**SH:** Unserer Ansicht nach war es von Beginn an falsch, Sparmaßnahmen zulasten der jüngeren Generationen einzuführen. Vor dem Hintergrund sprudelnder Staatsfinanzen wäre ein Aufrechterhalten der 80/80/90-Regelung zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr gerechtfertigt. Die Abschaffung dieser kontraproduktiven Maßnahme soll zudem dazu beitragen, den Personalmangel beim Staat zu beheben. Zugleich soll der öffentliche Dienst, der im Wettbewerb mit anderen Sektoren steht, dadurch wieder attraktiver werden.

**RW:** Neben der Beseitigung der 80/80/90-Regelung konnte die CGFP in den vergangenen Jahren noch viele andere wichtige Anliegen durchsetzen. Eines davon ist zum Beispiel die Einführung der Zeitsparkonten, die im Oktober 2018 in Kraft getreten sind.

**fp: Stellt Sie die Umsetzung der Zeitsparkonten zufrieden?**

**RW:** Beim „compte épargne-temps“ (CET) handelt es sich um eine ausgezeichnete Initiative, die nach anfänglichen Startschwierigkeiten auf Betreiben der CGFP im öffentlichen Dienst zustande kam. Heute stellt niemand mehr diese sinnvolle Maßnahme infrage. Der beste Beleg dafür ist, dass der CET inzwischen auch in der Privatwirtschaft eingeführt wurde. Der öffentliche Dienst hat hier, wie schon so oft in der Vergangenheit, eine Vorreiterrolle übernommen.

**SH:** Diese politisch sehr innovative Maßnahme hat zu einer völlig neuen Arbeitszeitorganisation geführt. Die alte rigide Arbeitseinteilung entsprach schon lange nicht mehr dem heutigen Zeitgeist. Aus diesem Blickwinkel betrachtet sind die Zeitsparkonten auch Bestandteil einer modernen Familienpolitik, da sie eine bessere Vereinbarung von Privat- und Berufsleben zulassen.

**fp: Nichtsdestotrotz sind bei der Einführung der Zeitsparkonten vereinzelt Schwierigkeiten in Bezug auf die Arbeitszeitregelung aufgetreten. Wie will die CGFP diese Probleme beheben?**

**RW:** Die Problematik betrifft vorwiegend die Schichtarbeit. Die EU-Richtlinie aus dem Jahr 2003 betreffend die Arbeitszeitregelung muss in nationales Recht umgesetzt werden. Die Richtlinie sieht Mindestnormen vor. Ziel ist es, in diesem Rahmen eine allgemeingültige Lösung zu finden. Eine CGFP-Arbeitsgruppe hat sich dieser Herausforderung angenommen. Die Vorschläge wurden dem zuständigen Minister unterbreitet. Außerdem werden bald weitere sektorielle Abkommen getroffen. Dies geschieht nach einem ähnlichen Strickmuster, wie zuvor bei der Polizei und der Armee. Lassen Sie mich eine Sache klarstellen: Die generellen Punkte, die gesetzlich verankert werden, dürfen die bisherigen sektoriellen Übereinkünfte nicht aushebeln. Die Abkommen stehen vollkommen im Einklang mit der EU-Richtlinie.

**SH:** Wir wollen vermeiden, dass die sektoriellen Abmachungen untergraben werden. Damit die Vereinbarungen integral und wortgetreu umgesetzt werden können, muss über großzügige Verordnungen eine legale Grundlage geschaffen werden. Es kann nicht angehen, dass sektorielle Übereinkommen mit dem zuständigen Ressortchef ausgehandelt werden und die entsprechende Verwaltung sich weigert, diese zu berücksichtigen.

**RW:** Im Zuge der bevorstehenden Veränderungen dürfen bei den Zeitsparkonten unter keinen Umständen Verschlechterungen eintreten. Wir müssen die Quadratur des Kreises hinbekommen.

**fp: Was ist, wenn Minister Marc Hansen Maßnahmen in das Gesetz integriert, die weit über die CGFP-Vorschläge hinausgehen?**

**RW:** Wir verschließen uns nie Verbesserungen. Niemals würde sich die CGFP dem widersetzen. Das wäre töricht....

**SH:**...Es wäre jedoch eine verkehrte Welt, wenn Maßnahmen, die etwas Positives bewirken sollen, auf einmal zu Missbräuchen führen könnten. Ich sehe keinen Sinn darin, dass Bestimmungen, die sich nur auf wenige Ausnahmefälle beziehen, einen allgemeingültigen Charakter haben sollen. Ich bin der Meinung, dass man in Ausnahmesituationen öffentlich Bediensteten, die mehr arbeiten als erforderlich, von Fall zu Fall entgegenkommen kann.

**RW:** Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Wenn man etwas bewirken möchte, muss es möglich sein, einen Ausweg zu finden, ohne dass dabei andere geschädigt werden. Wir müssen sicherstellen, dass niemand Nachteile erfährt. Die CGFP pocht darauf, dass die nötigen Vorkehrungen getroffen werden.

**fp: In welchen Bereichen muss nach den Abkommen bei der Polizei und der Armee noch nachgebessert werden?**

**RW:** Überall dort, wo es aufgrund der aktuellen Bestimmungen schwierig ist, einen Dienst rund um die Uhr zu gewährleisten. Dies ist derzeit unter anderem beim „Corps grand-ducal d'incendie et de secours“ (CGDIS) und beim Zoll der Fall. Auch in anderen Bereichen sind solche Abkommen notwendig.

**fp: Wie zuversichtlich sind Sie, dass das Unterfangen gelingt?**

**RW:** Was bei der Polizei und bei der Armee erreicht wurde, wird auch woanders möglich sein. In dem Punkt stimme ich mit Minister Marc Hansen überein, der neulich in einem „Wort“-Interview betonte, dass das Polizei-Abkommen als Grundlage für das CGDIS dienen könne.

**SH:** Inzwischen fand diesbezüglich auch eine Unterredung mit Innenministerin Taina Bofferding statt. Die CGFP hat deswegen mit ihrem Fachverband SNPPL darauf gedrängt, dass, ähnlich wie bei der Polizei und der Armee, das für die Rettungskräfte zuständige Regierungsmitglied am Verhandlungstisch sitzen muss. Die erforderlichen Anpassungen übertreffen bei Weitem den Kompetenzbereich der CGDIS-Direktion und des Verwaltungsrats.

**fp: Wie bewerten Sie derzeit den Sozialdialog in Luxemburg?**

**RW:** Die Entscheidung des Arbeitgeberverbandes UEL dem „Comité Permanent du Travail et de l'Emploi“ (CPT) fernzubleiben, ist zu tiefst bedauerlich. Die CGFP spricht sich für den Erhalt des Sozialdialogs aus und wird solidarisch mit dem LCGB und dem OGBL am 19. November an einer gemeinsamen Protestkundgebung teilnehmen. Der öffentliche Dienst blickt ebenfalls auf ereignisreiche Jahre zurück. Die CGFP-Kundgebung am 16. Juni 2016 war mit mehr als 1.000 Demonstranten ein wahrer Erfolg. Die CGFP weigerte sich damals kategorisch, Einschnitte bei den Prämien für Staatsbedienstete hinzunehmen. Angesichts der verbesserten Staatsfinanzen waren diese Sparmaßnahmen überflüssig.

**SH:** Nur 15 Monate später brachte die CGFP am 27. November 2017 im Rahmen einer beeindruckenden Protestveranstaltung ihren Unmut über die mangelhafte Umsetzung der Reform im öffentlichen Dienst zum Ausdruck. Nahezu alle CGFP-Forderungen wur-



den später von der vorigen Regierung erfüllt. Zu den Streitpunkten gehörten damals die sinnlose 80/80/90-Regelung, die systematische Überbelastung der Bediensteten, das fragwürdige Bewertungssystem, die Ausgrenzung der CGFP-Fachverbände und die ungerechte Neuordnung von bestimmten Laufbahnen!

**fp: Schreiten die Verhandlungen, die der Minister des öffentlichen Dienstes seit März mit den 60 CGFP-Fachverbänden führt, gut voran?**

**SH:** Nach den Rückmeldungen, die wir bislang erhielten, haben etliche CGFP-Mitgliedsorganisationen den Verhandlungstisch mit gemischten Gefühlen verlassen. Ich will daran erinnern, dass mit dem vorigen Minister des öffentlichen Dienstes, Dan Kersch, nicht nur Gespräche, sondern auch eine beachtliche Summe ausgehandelt wurde, um somit den legitimen Forderungen der Fachverbände bestmöglich Rechnung zu tragen. Die Zeit drängt!

**fp: Wieso haben Sie es so eilig?**

**SH:** Die Verhandlungen sind ein wesentlicher Bestandteil des Zusatzabkommens zum Gehälterabkommen, das bis Ende 2020 gilt. Bis dahin müssen die Gespräche also erfolgreich abgeschlossen werden. Ich würde es sehr bedauern, wenn Ende kommenden Jahres plötzlich 60 sektorielle Konflikte eintreten würden. Dies wäre mit Sicherheit im Interesse von niemandem.

**fp: Findet die CGFP genügend Gehör bei der Regierung?**

**SH:** Die CGFP vertritt 65 Fachverbände und mehr als 30.000 Familien. Bei Fragen, die den öffentlichen Dienst betreffen, führt kein Weg an der CGFP vorbei. Die Politik muss sich dessen bewusst sein. Nach Auffassung der CGFP werden Gespräche zunächst am Verhandlungstisch geführt. Das Beispiel der „Spuerkeess“ zeigt jedoch, dass wir durchaus auch zu anderen gewerkschaftlichen Maßnahmen fähig sind, wenn dies erforderlich ist.

**RW:** Diese Regierung wird an den Ergebnissen der Steuerreform gemessen. Die CGFP will rechtzeitig bei der Ausarbeitung dieses ehrgeizigen Vorhabens eingebunden werden. Des Weiteren fordern wir, dass die Steuertabelle endlich an die Preisentwicklung angepasst wird. Es kann nicht sein, dass der finanzielle Spielraum für die Reform durch eine Nicht-Anpassung der Steuertabelle geschaffen wird.

**fp: Die Individualbesteuerung der Privathaushalte wird ein Kernelement der Steuerreform sein. Wie steht die CGFP diesem Vorhaben gegenüber?**

**SH:** Viele Fragen sind diesbezüglich noch zu klären. Wenn bei einem verheirateten oder gepacsten Paar die Individualbesteuerung eingeführt wird, bleibt bei der Steuererklärung vieles im Ungewissen. Nehmen wir als Beispiel den Abschluss eines Bausparvertrages. Dieser wird immer auf einen Namen ausgestellt. Macht in diesem konkreten Fall der Halter des Vertrags die Beiträge steuerlich geltend, oder trifft dies auf das Paar zu, das gemeinsam das Wohnobjekt erstanden hat? Abzuwarten bleibt zudem auch, ob künftig dem ehelichen Güterrecht auf steuerlicher Ebene eine Bedeutung zuerteilt wird. Derzeit ist dies nicht der Fall. Zudem kommt bei einer Individualbesteuerung ein doppeltes Arbeitsvolumen auf die Steuerverwaltung zu. Erst kürzlich hat der CGFP-Fachverband der Steuerbeamten davor gewarnt, dass die betreffende Verwaltung jetzt schon überlastet ist.

**RW:** Die Individualbesteuerung ist in aller Munde. Welche konkreten Auswirkungen sie haben wird, ist derzeit schwer abzuschätzen. Das trifft auch auf die Steuerreform insgesamt zu. Von politischer Seite aus wurde versichert, dass es keine Verlierer geben werde und

manche besser abschneiden würden. Die Steuerklassen sollen abgeschafft werden. Dabei stellt sich jedoch unweigerlich die Frage, wie das in der Praxis finanzierbar ist. Ich befürchte, dass es bei der Steuerreform am Ende doch noch den einen oder anderen Verlierer geben wird. Es ist davon auszugehen, dass die Regierung Kompensationsmaßnahmen beschließen wird, um somit finanziellen Mehrbelastungen bis auf Weiteres vorzubeugen. Wir weisen jedoch darauf hin, dass auch für die künftigen Generationen keine Nachteile entstehen dürfen...

**SH:** ...Die CGFP setzt sich auch für die Interessen der nachfolgenden Generationen ein.

**fp: Seit Langem sehen Sie Handlungsbedarf bei den „Fonds d'investissement spécialisé“ (FIS). Bislang stieß diese Forderung jedoch auf taube Ohren...**

**RW:** ...Ich bin mir bewusst, dass es die absolute Steuergerechtigkeit nicht gibt und dennoch setzt sich die CGFP hartnäckig für eine faire Aufteilung der Steuerlast ein. Menschen, die riesige Vermögen verwalten, greifen gerne auf die FIS zurück. Diese Fonds eignen sich gut, um massiv Steuern zu sparen, da sie nahezu von allen herkömmlichen Steuerarten befreit sind. Der Durchschnittsbürger wird jedoch zur Kasse gebeten. Beim Verkauf einer Immobilie wird die Wertsteigerung hoch besteuert. Die FIS-Besitzer bleiben unterdessen verschont. Unter Steuergerechtigkeit versteht die CGFP etwas Anderes.

**fp: Ergibt die Solidaritätssteuer in Zeiten voller Staatskassen heute noch einen Sinn?**

**RW:** Die Solidaritätssteuer wird vorwiegend von den natürlichen Personen getragen. Die Verteilung dieser Steuerlast ist insofern ungerecht, da die Bürger einen deutlich höheren Solidaritätssteuersatz zahlen als die Unternehmen. Bei der jetzigen Hochkonjunktur muss man sich Gedanken machen, ob diese Abgabe noch in diesem Maß gebraucht wird.

**SH:** Gleiches gilt auch für die Beiträge der Pflegeversicherung. Die Betriebe stehen hier außen vor. Ihr Solidaritätsbeitrag lässt zu wünschen übrig.

**fp: Die äußerst angespannte Lage am Wohnungsmarkt ist besorgniserregend. Haben Sie ein Rezept, um gegen den rasanten Preisanstieg anzugehen?**

**RW:** Für immer mehr Bürger rückt der Traum der eigenen vier Wände in weite Ferne. Die Preisexplosion macht insbesondere jungen Menschen zu schaffen. Ein Großteil von ihnen ist auf die finanzielle Unterstützung der Eltern angewiesen. Die Anderen bleiben auf der Strecke oder sie müssen sich über einen Zeitraum von 40 Jahren verschulden. Erschwerend hinzu kommt, dass Bauspekulanten seit Langem die Immobilienpreise in die Höhe treiben. Ein Wundermittel, um dagegen vorzugehen, gibt es nicht. Ein erster Ansatz könnte jedoch die Einführung einer jährlichen „Spekulantesteier“ sein, die mindestens 5% vom Marktwert des Grundstücks entsprechen würde. Eine derartige Maßnahme wäre nicht der Weisheit letzter Schluss, aber ein Schritt in die richtige Richtung.

**fp: Diese Idee der CGFP wurde bislang nicht von der Politik aufgegriffen. Haben Sie eine Erklärung dafür?**

**RW:** Ja, das stimmt! Zur Einführung einer „Spekulantesteier“ gehört politischer Mut. Es darf bezweifelt werden, ob die Politik den Mumm dazu hat. Einfach nichts tun, kann jedoch nicht die Lösung sein.

**SH:** Um Herr der Lage zu werden, gibt es mehrere Lösungsansätze. Einer davon besteht darin, dass die öffentliche Hand versucht, das Wohnungs- und Baulandangebot substanzial zu erhöhen. Nach wie vor liegen auf staatlicher



und kommunaler Ebene viele Grundstücke brach.

**fp: Beim Bau von Erstwohnungen tritt die CGFP für eine Entlastung der jungen Familien ein. Worauf wollen Sie hinaus?**

**RW:** Der superreduzierte Mehrwertsteuersatz von 3% bedarf einer dringenden Reform. Die höchstzulässige Grenze zur Anwendung des äußerst günstigen 3%igen Satzes von derzeit 50.000 € muss schnellstens nach oben angepasst werden. Seit die Mehrwertsteuer von 15 auf 17% erhöht wurde, ist der Unterschied zum superreduzierten TVA-Satz noch größer geworden. Folglich wird der Höchstbetrag von 50.000 €, der bei der Anwendung des superreduzierten Steuersatzes entscheidend ist, schneller erreicht. Deshalb verlangen wir, dass der maximale Betrag für die TVA-Rückerstattung auf 100.000 € verdoppelt wird.

**SH:** Um die Haushalte zusätzlich zu entlasten, sehen wir Nachholbedarf bei den Bausparverträgen. Gegen die Verdopplung der abzugsfähigen Beiträge ist nichts einzuwenden. Warum dieser Steuervorteil nur bis zum 40. Lebensjahre gilt, ist für uns unbegreiflich. Wir rufen die Regierung dazu auf, die Altersgrenze auf 65 Jahre zu erhöhen. Somit käme man den jungen Menschen entgegen, die heute wesentlich später in die Berufswelt einsteigen als früher und Verträge mit Laufzeiten, die sich über mehrere Jahrzehnte hinziehen, abschließen müssen.

**fp: Kann das gängige Sozialschutzsystem im Zeitalter der Digitalisierung langfristig abgesichert werden?**

**RW:** Die Digitalisierung greift allorts um sich. Die Arbeitnehmer werden schleichend durch Maschinen ersetzt. In Anbetracht dieser Tatsache müsste eine Robotersteuer eingeführt werden, bevor das Sozialschutzsystem zusammenbricht. Ohne politisches Handeln wird das gesamte System langfristig in Gefahr sein.

**SH:** Luxemburg darf den Zug der Digitalisierung nicht verpassen. Die Künstliche Intelligenz vernichtet alte Arbeitsplätze und schafft zugleich neue. Der Übergang muss jedoch sanft geschehen, damit niemand auf der Strecke bleibt. Die Gewerkschaften müssen ihren Beitrag dazu leisten. Auch der Staat darf sich nicht seiner sozialen Verantwortung entziehen.

**fp: Ende 2020 läuft das aktuelle Gehälterabkommen ab. Wird die CGFP bei den nächsten Verhandlungen erneut auf eine Erhöhung des Punktwerts verzichten?**

**SH:** Als das jetzige Gehälterabkommen ausgehandelt wurde, haben die Staatsbediensteten einen sehr großen Solidaritätsbeitrag für die jungen Menschen geleistet. Statt auf einer Punktwerverhöhung zu beharren, hatte die Abschaffung der 80/80/90-Regelung oberste Priorität. Dieses enorme Zugeständnis war einmalig und wird sich also nicht jedes Mal wiederholen.

**RW:** Ich verrate kein Geheimnis, wenn ich behaupte, dass wir bei den Verhandlungen über das kommende Ge-

hälterabkommen eine Erhöhung des Punktwertes fordern werden, zumal die vorigen Anpassungen immer extrem bescheiden waren. Bei all diesen Überlegungen muss man sich stets bewusst sein, dass die Erhöhung des Punktwerts einen Einfluss auf die Entwicklung der Löhne und Gehälter und somit auch auf die Anpassung von Renten und Pensionen hat.

**fp: Im Zuge der Dienstrechtsreform von 2015 wurde beim Staat das Bewertungssystem eingeführt. Inzwischen wurde nachgebessert. Haben sich die Wogen jetzt geglättet?**

**SH:** Nein! Das Bewertungssystem stammt aus dem angelsächsischen Raum und fand seinen Ursprung in der Privatwirtschaft. Das Management in den Unternehmen ist nach einer maximalen Profitoptimierung ausgerichtet. Für einen modernen Dienstleister wie den öffentlichen Dienst eignet sich ein derartiges Konzept jedoch nicht. Auch die abgespeckte Fassung des Bewertungssystems birgt noch immer das Risiko von Willkür und Diskriminierung. Wir sind der Ansicht, dass derartige Praktiken absolut keinen Platz im öffentlichen Dienst haben sollten. Ohnehin steht der Aufwand bei mehr als 47.000 Beschäftigten in keinem Verhältnis zum Ergebnis. Die Abschaffung des Bewertungssystems bleibt eine klare Forderung der CGFP.

**fp: Worauf werden Sie bei der Vorständekonferenz im Dezember den Schwerpunkt setzen?**

**RW:** Die „Conférence des Comités“ wird dieses Jahr einen feierlichen Charakter haben. 1909 entstand die erste gewerkschaftliche Bewegung im öffentlichen Dienst. Damals wurde die „Association Générale des Fonctionnaires“ (AGF) gegründet. Wir werden dieses Jubiläum gebührend feiern. Der „Allgemeine Verein der Staatsbeamten“ führte die damals bestehenden Verbände und „caisses de mutualités“ mit dem Ziel zusammen, ihre gemeinsamen Interessen zu wahren. Die Beamten verfügten zwar über eine Beschäftigungsgarantie. Ihre soziale Lage war dagegen eher schlecht.

**SH:** In der 110-jährigen Geschichte der Gewerkschaftsbewegung im öffentlichen Dienst gab es viele Höhen, aber auch einige Rückschläge. Über all die Jahre gelang es jedoch stets, den Fortbestand der Bewegung zu sichern. 1967 unterzeichneten vier große Verbände das Gründungsprotokoll der CGFP. Im Laufe der Zeit schlossen sich nahezu alle sektoriellen Berufsverbände dieser neuen Struktur an. Inzwischen vereinigt die CGFP mehr als 60 Fachverbände.

**RW:** Der Erfolg der CGFP in all den Jahren ist unbestreitbar. Bereits ein Jahr nach ihrer Gründung schaffte es die CGFP, deutliche Verbesserungen im Interesse der Staatsbediensteten durchzusetzen. Dank ihrer Hartnäckigkeit und ihres Verhandlungsgeschicks ist es der CGFP bis heute gelungen, den öffentlichen Dienst an der Einkommensentwicklung teilhaben zu lassen und somit die Attraktivität des Staatsdienstes zu gewährleisten.

**Die Fragen stellte Max Lemmer**



Austauschtreffen zwischen den Berufskammern Chfep und CSL

## Die Zusammenarbeit vertiefen

Im vergangenen Juni übernahm Nora Back den Vorsitz der „Chambre des Salariés“ (CSL). Zur Seite stehen ihr die beiden Vizepräsidenten Jean-Claude Reding (OGBL) und Patrick Dury (LCGB) sowie CSL-Direktor Sylvain Hoffmann. Nach den Sozialwahlen in der Privatwirtschaft nahm sich die neue Führung vor, eine Reihe von Antrittsbesuchen zu absolvieren. So fand auf Anfrage der CSL am 12. September 2019 eine Unterredung mit Romain Wolff und Georges Muller, dem Präsidenten und dem Direktor der „Chambre des fonctionnaires et employés publics“ (Chfep) sowie dem Chfep-Vizepräsidenten Gilbert Goergen statt.

Gleich zu Beginn des Treffens versicherte CSL-Präsidentin Nora Back, die Arbeitnehmerkammer werde auch in Zukunft keine Gesetzentwürfe begutachten, die die Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes betreffen. Für diesen Bereich sei die Berufskammer der Staatsbediensteten zuständig. Diese bislang gängige Praxis wolle man keineswegs infrage stellen.

Beide Seiten nutzten zudem die Gelegenheit, ihre jeweiligen zukünftigen Prioritäten auszutauschen. Ziel ist es, den sozialen Blickwinkel auf neue gesellschaftliche Entwicklungen zu schärfen. Mit der Unterstützung ihrer Berufskammern wollen sich die drei national repräsentativen Gewerkschaften in regelmäßigen Abständen über verschiedene Themenbereiche untereinander austauschen, um somit verstärkt Einfluss auf die öffentliche Meinung zu nehmen. Zu den Schwerpunkten gehören unter anderem die Steuerreform, der Wohnungsbau, die Umweltpolitik sowie die Auswirkungen der Digitalisierung.

Vor dem Hintergrund der geplanten Steuerreform wollen beide Berufskammern demnächst in einer technischen Arbeitsgruppe über steuerrechtliche Fragen beraten. Chfep-Präsident Romain Wolff hegte Zweifel daran, wie die vorgesehene Individualbesteuerung finanziert werden könne, ohne dass es dabei Verlierer geben werde. Zudem sei eine Vereinfachung der Steuererklärung unumgänglich, hieß



Der Präsident der Berufskammer der öffentlich Bediensteten, Romain Wolff (Mitte), umgeben von CSL-Direktor Sylvain Hoffmann, Jean-Claude Reding (CSL), CSL-Präsidentin Nora Back, Patrick Dury (CSL), Gilbert Goergen (Chfep) und Chfep-Direktor Georges Muller (v.l.n.r.).

es weiter. Eine Zweiklassengesellschaft, in der Menschen, die sich keine Steuerberater leisten können, benachteiligt werden, gelte es zu vermeiden. Im Gegensatz zu der vorigen Steuerreform müssten die Arbeitnehmervertreter dieses Mal rechtzeitig in die Arbeiten eingebunden werden.

Einig waren sich beide Delegationen, dass im Wohnungsbau schnellstmöglich gehandelt werden müsse, wohlwissend dass es keine magische Lösung gebe. Untätig zu bleiben, sei jedoch mit Sicherheit der falsche Weg. Ein möglicher Ansatzpunkt zur Entschärfung der Lage am Wohnungsmarkt könnte die Einführung einer jährlichen „Spekulantesteier“ in Bezug auf den Wert des Grundstücks sein, so Wolff.

### Den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen wahren

In Zukunft wollen sich beide Berufskammern auch dem ökologischen Wandel verstärkt widmen, zumal das Thema auf internationaler Ebene zunehmend an Bedeutung gewinnt. Der Grad, auf dem man sich dabei bewegt, ist schmal. Umweltsteuern

seien größtenteils indirekte Abgaben, die vor allem Kleinverdiener treffen würden, gaben die Vertreter der CSL zu bedenken. Dabei stelle sich unweigerlich die Frage, wie die Kompensationsmaßnahmen ausgerichtet werden sollen.

Ein weiteres Thema im Laufe der Unterredung war die unaufhaltsame Digitalisierung in der Arbeitswelt. Neben neuen Chancen berge dieser Trend eine Reihe von Risiken, warnte Wolff. Eine der großen Herausforderungen bestehe darin, die langfristige Finanzierung des Sozialschutzes und der öffentlichen Dienstleistungen sicherzustellen. Falls der steigende Einfluss der Digitalisierung zu sehr überhandnehme, könne dadurch das gesamte System infrage gestellt werden.

Auch beim Zugang zu den öffentlichen Dienstleistungen gebe es noch vieles zu klären, so die einhellige Meinung. Infolge der wachsenden Digitalisierung würden vor allem ältere Menschen Gefahr laufen, den Anschluss zu verpassen und isoliert zu werden. Früher habe man beim Ausfüllen eines Formulars einen Rat beim Schalter einholen

können. Inzwischen seien die Menschen in der Regel auf sich selbst angewiesen. Zum Leidtragen der benachteiligten Bürger mit geringerem Einkommen seien bislang keine Subventionen zur Anschaffung des erforderlichen Informatikmaterials vorgesehen.

Im Rahmen ihres bilateralen Austausches wollen sich die Chfep und die CSL über den Stand der Dinge beim „Conseil National des Finances Publiques“ (CNFP) auf dem Laufenden halten. Dieses unabhängige Gremium wacht u.a. darüber, ob die nationalen Haushaltsvorschriften, denen alle öffentlichen Verwaltungen unterliegen, angewandt werden. Auf Vorschlag der Berufskammer der öffentlich Bediensteten und der Arbeitnehmerkammer wurde Sylvain Hoffmann im März 2019 als Mitglied des CNFP aufgenommen.

Kürzlich wurde unterdessen der „Conseil National de la Productivité“ in einer konstituierenden Sitzung aus der Taufe gehoben. Jean-Claude Reding, der in diesem Expertenrat den Standpunkt der Gewerkschaften vertritt, wird die Chfep regelmäßig über den Fortgang der Arbeit in Kenntnis setzen. Dieses Gremium, das sich in dem europäischen Regelwerk einschreibt, soll die Wettbewerbsfähigkeit messen. Gerade in einigen Bereichen des Staatsdienstes dürfte die Umsetzung jedoch schwierig werden. Wie lässt sich zum Beispiel die Produktivität eines Lehrers oder eines Polizeibeamten messen? Aus diesem Grund ist es von Nutzen, dass die Arbeitnehmervertreter auf ihre gegenseitigen Kompetenzen zurückgreifen.

Mit Blick auf das kommende Jahr verwies Chfep-Direktor Georges Muller auf die bevorstehenden Sozialwahlen im öffentlichen Dienst, die vom 20. bis zum 30. März 2020 stattfinden. Ende September tagte der Wahlausschuss („comité électoral“) ein erstes Mal, um die nötigen Vorbereitungen zu treffen. Dazu gehört unter anderem die Aufstellung der Wählerlisten. Mitte April werden die Ergebnisse der Sozialwahlen im öffentlichen Dienst vorliegen.

ml

Treffen zwischen Ministerin Taina Bofferding und dem ständigen CGFP-Ausschuss für Gleichstellung

## Immer noch zu wenig Frauen in Führungspositionen

Die Fakten sind durchaus bekannt: Frauen haben einen großen Anteil am Beschäftigungszuwachs der vergangenen Jahre. Dennoch bleiben sie in leitenden Führungspositionen oft unterrepräsentiert. An mangelnden Programmen zur Frauenförderung und diversen Aktionstagen liegt es vermutlich nicht. Schon jahrelang bemühen sich Gewerkschaften, Politik und Wirtschaft, die Chancengleichheit der Geschlechter in der Berufswelt voranzutreiben.

Seit 1999 setzt sich das CEC „comité permanent à l'égalité des chances“ der CGFP mit unermüdlichem Einsatz für einen gleichberechtigten öffentlichen Dienst ein, frei von Diskriminierung jeglicher Art. Die Mitglieder dieses Gremiums – darunter auch Männer – gehören CGFP-Fachverbänden an. Sie alle sind gewerkschaftlich stark engagiert und gut vernetzt.

Von der Politik fühlte sich das CEC in den vergangenen Jahren allerdings etwas im Stich gelassen. Inzwischen wurde ein neuer Anlauf genommen, um die Zusammenarbeit zu intensivieren. Am vergangenen 11. September führte der ständige CGFP-Ausschuss für Gleichstellung einen Gedankenaustausch mit der zuständigen Ministerin Taina Bofferding.

CEC-Präsidentin Carmen Jaffke räumte ein, dass sich in den letzten Jahren auf gesetzlicher Ebene einiges geändert habe. Im Zuge der Dienstrechtsreform von 2015 seien längst überfällige Regelungen abgeschafft worden. Vor dieser Reform hatten zum Beispiel Teilzeitbeschäftigte kein Recht auf einen Führungsposten. Zum Glück gehöre diese archaische Verfahrensweise jetzt der Vergangenheit an.

Ungeachtet der eingeleiteten Reformen herrsche in manchen Ministerien und öf-



Konstruktiver Gedankenaustausch zwischen Ministerin Taina Bofferding (2.v.l., vorderste Reihe) und den Vertretern des „comité permanent à l'égalité des chances“ der CGFP.

fentlichen Einrichtungen allerdings immer noch eine altmodische Denkweise, so Jaffke: „Leider stellen wir fest, dass nach wie vor viele Klischees, Stereotypen und Vorurteile bestehen.“ Diese traurige Realität sei auf uralte patriarchische Strukturen zurückzuführen. Für die Gewerkschaften sei es deshalb manchmal schwierig dagegen vorzugehen.

Insbesondere in den öffentlichen Einrichtungen bleiben die Frauen in den Entscheidungspositionen teilweise unterrepräsentiert. Außerdem fehlt es an zuverlässigen Statistiken, die eine tiefgründige Ursachenerforschung ermöglichen. Das „comité permanent à l'égalité des chances“ wollte in Erfahrung bringen, welche Maßnahmen das Ministerium demnächst ergreifen möchte, damit mehr Frauen den Sprung in den Chefessell schaffen.

Die Gesetzgebung sei gut, nur die Umsetzung lasse ab und zu noch zu wünschen übrig, gestand Bofferding ein. Aus diesem Grund wolle man gerade im Bildungswesen ansetzen. Mit der Universität Luxemburg wird derzeit eine Studie durchgeführt. Ziel ist es herauszufinden, mit welchen Stereotypen die Jugendlichen heute noch konfrontiert werden. Es sei wichtig, Vorurteile gegenüber dem weiblichen Geschlecht, denen junge Menschen später im Berufsleben begegnen, von vornherein abzubauen, hieß es weiter.

Was schreckt Frauen vor Führungspositionen ab? Das Ministerium für die Gleichstellung von Frauen und Männern macht zurzeit mit einer externen Firma eine Bestandsaufnahme. Dabei werden die aktuellen Programme zur Frauenförderung bewertet. Diese Übung kann auch

für öffentliche Verwaltungen und für die Gemeinden sehr nützlich sein.

Auch heute noch werden Teile der Berufswelt von Männern dominiert. Zahlreiche Frauen haben Angst davor, sich in eine Männerdomäne vorzuwagen. Taina Bofferding, die zugleich Innenministerin ist, will sich nicht damit abfinden. So sollen zum Beispiel künftig beim „Corps grand-ducal d'incendie et de secours“ (CGDIS) verstärkt Frauen rekrutiert werden. Eine Arbeitsgruppe berät zurzeit darüber, wie die Einstellungskampagnen anders ausgerichtet werden können, damit sich auch das weibliche Geschlecht angesprochen fühlt. In der Kommunikation soll vermieden werden, sich bei altbackenen Stereotypen zu bedienen.

Um sich einen besseren Gesamtüberblick zu verschaffen, soll demnächst ein innovatives Informatiktool eingesetzt werden, das es ermöglicht, die verschiedenen Daten genauer zu erfassen und gezielt zusammenzuführen. In diesem Sinne zieht das Ministerium die Schaffung eines „Observatoire à l'Egalité“ in Erwägung, das in diverse Themenbereiche aufgegliedert werden soll. In einer ersten Phase wird der Schwerpunkt auf die häusliche Gewalt gelegt. Zu einem späteren Zeitpunkt wird die Beschäftigung in den Fokus rücken. Die aus den Statistiken gewonnenen Erkenntnisse sollen unter anderem helfen, die Aufklärungskampagnen neu auszurichten. Zugleich bekräftigte Ministerin Bofferding, dass sie künftig die Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter in die Vorbereitung des nächsten nationalen Plans zur Gleichstellung von Frauen und Männern einbeziehen möchte.

ml



CGFP und SNPPL verhandeln mit der Regierung über die Arbeitszeit beim CGDIS

# Startschuss für ein weiteres sektorielles Abkommen

*Seit Anfang Mai hatten die CGFP und deren Fachverband SNPPL ein Treffen mit Innenministerin Taina Bofferding beantragt, um über die Arbeitszeit beim CGDIS zu sprechen. Nach monatelangem Zögern lenkte die zuständige Ressortchefin ein: Die erste Unterredung war durchaus konstruktiv und erfolgversprechend. Die Verhandlungsteilnehmer waren sich einig, dass bei den notwendigen Anpassungen keine Verschlechterungen für die Belegschaft der Rettungskräfte eintreten dürfen. Eine Zwischenanalyse.*

Die Einführung der Zeitsparkonten, die unter dem vorigen Minister des öffentlichen Dienstes Dan Kersch im Staatsdienst verwirklicht wurde, ist eine großartige sozialpolitische Maßnahme. Sie hat gezeigt, dass der Staat durchaus in der Lage ist, innovative Konzepte umzusetzen, die Hand in Hand mit einer modernen Familienpolitik gehen.

Auf Betreiben des Staatsrats wurde gleichzeitig die Arbeitszeitregelung in das entsprechende Gesetz eingegliedert. Schnell stellte sich jedoch heraus, dass punktuelle Probleme in vereinzelten Bereichen des Staatsdienstes auftraten. Die in der EU-Richtlinie von 2003 festgelegte maximale wöchentliche und tägliche Arbeitszeit ist mancherorts schwierig umzusetzen. Am meisten sind Verwaltungen mit Schichtarbeitern davon betroffen. Würde man sich strikt an die geltenden Bestimmungen halten, könnten einige von ihnen ihre Aufgaben nicht mehr richtig wahrnehmen.

Um einen Ausweg zu finden, hat sich eine CGFP-Arbeitsgruppe in den vergangenen Wochen mit punktuellen Anpassungen des Dienstrechts befasst (siehe Seite 5).

Laut EU-Richtlinie besteht die Möglichkeit, in einzelnen Verwaltungen – falls notwendig – von den allgemeinen Prinzipien abzuweichen, sofern die Mindeststandards zum Schutz der Beschäftigten eingehalten werden. Bei der Polizei und bei der Armee wurden inzwischen sektorielle Abkommen mit der Regierung vereinbart. Diese Übereinkünfte müssen jetzt noch eine Rechtsgrundlage erhalten, zum Beispiel via eine großherzogliche Verordnung.

Im Zuge der gesetzlich verankerten Arbeitszeitregelung sind auch beim „Corps grand-ducal d'incendie et de secours“ (CGDIS) einige Anpassungen erforder-



lich. Nach einer monatelangen Hinhaltenakt hatte Innenministerin Taina Bofferding am vergangenen 17. September eine Unterredung mit der CGFP und deren Fachverband SNPPL („Syndicat National des Pompiers Professionnels du Luxembourg“). Seit Anfang Mai hatte die CGFP mehrfach schriftlich ein derartiges Treffen beantragt. Erst nachdem die Ministerin zunehmend öffentlich unter Druck geraten war, lenkte sie schließlich ein.

## Keine unlösbaren Probleme

Von Beginn an bestand die CGFP darauf, dass neben der CGDIS-Direktion und dem Verwaltungsrat auch die zuständige Ressortchefin ihre Verantwortung übernimmt. Als „établissement public mixte“ (Staat und Gemeinden) verfügt das CGDIS zwar bei finanziellen und verwaltungstechnischen Fragen über eine gewisse Autonomie. In Bezug auf die Arbeitszeitregelung wird man jedoch nicht daran vorbeikommen, gesetzgeberisch tätig zu werden. Dieser Schritt, der im Zeichen des Sozialdialogs vollzogen werden soll, fällt eindeutig in den Kompetenzbereich der Politik.

Anders als es zum Teil fälschlicherweise in der Presse dargestellt wurde, hat die CGFP nie die Innenministerin beschuldigt, sich nicht für die Belange des CGDIS zu interessieren. Die medienwirksamen Auftritte von Taina Bofferding im Zuge der Tornado-Katastrophe im Sommer entgingen auch der CGFP nicht. Die Ministerin hatte sich aus diesem Anlass bei den Einsatzeinheiten über den Mehraufwand an Arbeit vor Ort erkundigt. Die Kritik bezog sich lediglich darauf, dass die Ministerin die Anfragen seitens der CGFP nachweislich unbeachtet ließ.

Auch ging es der CGFP zu keinem Zeitpunkt darum, die CGDIS-Verantwortlichen vom Verhandlungstisch auszuschließen. Im Gegenteil! Die CGFP wollte möglichst viele Akteure an den Gesprächen teilhaben lassen. Mit dieser Vorgehensweise hatte der Dachverband aller öffentlich Bediensteten bereits zuvor immer gute Ergebnisse erzielt. Die erfolgreichen Verhandlungen bei der Polizei und bei der Armee wurden u.a. im Beisein von Vertretern der Polizeigeneraldirektion und des Militärstabs geführt.

Es ist bedauerlich, dass das Treffen zwischen der Ministerin und der CGFP/SNPPL-Delegation so lange auf sich warten ließ, zumal sich keine unlösbaren Probleme abzeichneten. In der Praxis ist die Arbeitsweise innerhalb des CGDIS weitgehend zufriedenstellend. Im Zuge der Arbeitszeitregelung gilt es jedoch, eine solide Rechtsgrundlage zu schaffen, damit die Arbeitseinteilung der Rettungskräfte im Einklang mit der EU-Richtlinie steht. Dabei achtet die Gewerkschaftsseite peinlichst genau darauf, dass für die Beschäftigten keine Verschlechterungen eintreten.

„Die CGFP hat sich keineswegs zum Ziel gesetzt, dem CGDIS Probleme zu berei-

ten. Vielmehr wollen wir proaktiv helfen, gemeinsame Lösungen zu finden“, stellte CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger klar. Zugleich äußerte er den Wunsch, möglichst schnell eine für alle Seiten tragbare Einigung zu erreichen.

Innenministerin Taina Bofferding versicherte mehrmals, dass ihr der Sozialdialog sehr am Herzen liege. Dies sei eine Grundvoraussetzung, um auf eine konstruktive Art und Weise Fortschritte zu erzielen. Jedem sei daran gelegen, in dieser Angelegenheit voranzukommen. Zugleich unterstrich sie mehrmals, man müsse Sorge dafür tragen, dass sich die Arbeitsbedingungen für die Belegschaft des CGDIS nicht verschlechtern. Dank einer intensiven Zusammenarbeit zwischen dem SNPPL und den CGDIS-Verantwortlichen sei die äußerst ehrgeizige Reform der Rettungskräfte bislang weitgehend gut verlaufen, betonte SNPPL-Präsident Bob Jungers. Beide Seiten seien sich prinzipiell einig, dass die Arbeitszeitregelung beim CGDIS konform zur EU-Vorgabe gemacht werden müsse.

## Aufrechterhalten des 12-Stunden-Rhythmus

Als der damalige Innenminister Dan Kersch vor mehr als 100 Berufsfeuerwehrläuten in der vorigen Legislaturperiode verkündet hatte, dass der 12-Stunden-Rhythmus beim CGDIS nicht infrage gestellt werde, erhielt er stehende Ovationen. Eine ähnliche Äußerung machte neulich auch Alain Becker, der Präsident des CGDIS-Verwaltungsrates. Jetzt gelte es, einen gesetzlichen Rahmen zu schaffen, der diese Arbeitsweise zulasse, bekräftigte Jungers. Den 12-Stunden-Rhythmus zu reglementieren sei an sich keine Forderung, sondern eine Selbstverständlichkeit, verpflichtete ihm Alain Becker bei.

Zur Berechnung der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit ist die Einführung einer Referenzperiode unausweichlich. Das SNPPL tritt für eine möglichst kurze Dauer dieser Referenzperiode ein.

Ähnlich wie bei der Polizei, der Armee und der Strafvollzugsverwaltung – um nur diese zu nennen – ist das CGDIS mit personellen Engpässen konfrontiert. Das SNPPL besteht darauf, dass sich die Regierung per Abkommen dazu verpflichtet, den Personalmangel durch weitere Einstellungen zu beheben.

## Mehr Wertschätzung für die Schichtarbeiter

Damit das CGDIS gegenüber anderen Verwaltungen nicht an Attraktivität einbüße, müsse auf gesetzgeberischer Ebene nachgebessert werden, bekräftigte das SNPPL. Der Anteil derjenigen, die eine Aussicht auf eine mittlere Berufslaufbahn haben, sei derzeit zu gering.

Im Namen der Sicherheit sind die Rettungskräfte rund um die Uhr für die Bürger im Einsatz. Das verlangt ihnen viel ab. Für

Menschen im Schichtdienst steigt das Risiko auf physische und psychische Belastungen. Wer Schichtarbeit leistet, arbeitet häufig gegen seinen Biorhythmus und mutet seinem Körper viel zu.

Das SNPPL fordert daher mehr Schutz, Entgegenkommen und Wertschätzung für die Schichtarbeiter. Verlangt wird ein festes Rotationsmodell beim Schichtdienst, um den Beschäftigten mehr Planungssicherheit zu gewährleisten. Wechselhafte Schichtpläne sollten länger im Voraus aufgestellt werden. Da Schichtarbeiter das ganze Jahr über sehr flexibel sein müssen, beansprucht das SNPPL zusätzliche Kompensationsmaßnahmen.

Auch bei der Nachtarbeit gelten auf EU-Ebene strikte Regeln. Die europäische Richtlinie lässt Ausnahmebestimmungen zu, vorausgesetzt, dass der bestmögliche Schutz für die Gesundheit der Mitarbeiter sichergestellt bleibt. Wenn keine Nachteinsätze von vornherein geplant sind, sollten die Feuerwehrläute künftig das Recht haben, eine Ruhepause einzulegen, findet das SNPPL. Bislang werde den Rettungshelfern in solchen Fällen eine andere Arbeit zugeteilt.

## Weiterer Diskussionsbedarf

Die Arbeitskleidung dient als Schutz für die CGDIS-Einsatzkräfte. Vielfach taucht die Frage auf, ob das Umziehen zur Arbeitszeit zählt oder nicht. Nach Auffassung des SNPPL gehört die Umkleidezeit zum normalen Arbeitsablauf, zumal das Tragen der Arbeitskleidung Pflicht ist und diese unter anderem aus Hygienegründen erst in der Kaserne angelegt werden darf. Im Ausland haben bereits mehrere Gerichte Urteile gefällt, denen zufolge die Umkleidezeit als Arbeitszeit anzurechnen ist.

Staatsbedienstete, die jedes Jahr einen gewissen Anteil von Stunden unregelmäßig arbeiten, erhalten eine „prime d'astreinte“. Beim Polizeiabkommen war sich darauf geeinigt worden, den Stundensatz dieser Prämie um 10% anzuheben. Das SNPPL erinnerte daran, dass sich diese Erhöhung auf den gesamten öffentlichen Dienst beziehen müsse. Der zuständige Minister Marc Hansen hatte bereits zuvor seine Zusage dafür gegeben. Insgesamt sollen 4.500 öffentlich Bedienstete in den Genuss dieser Maßnahme kommen.

CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff begrüßte die ausdrückliche Bekenntnisse der Ministerin und des CGDIS-Verwaltungsrats, dass die CGDIS-Mitarbeiter bei den notwendigen Anpassungen der Arbeitszeit keine Einbußen erleiden sollen. Die minimalen Änderungen, die bald im öffentlichen Statut vorgenommen werden, dürften unter keinen Umständen die bereits ausgehandelten sektoriellen Abkommen infrage stellen, so Wolff. Darüber hinaus dürften im Dienstrecht keine Elemente hinzugefügt werden, die im Widerspruch zur EU-Richtlinie stünden.

Das erste Treffen mit Innenministerin Taina Bofferding und den CGDIS-Verantwortlichen bezeichneten die CGFP und das SNPPL als konstruktiv und aufschlussreich. Dennoch bestehe in manchen Hinsichten noch Diskussionsbedarf, hieß es nach der Unterredung. Die klärungsbedürftigen Punkte sollen im Laufe der kommenden Verhandlungsrunden in Angriff genommen werden. Die CGFP und deren Mitgliedsorganisation SNPPL pochen mit Nachdruck darauf, dass im Interesse aller Beteiligten eine rasche Lösung gefunden wird, damit die Rettungskräfte ohne interne Spannungen und in Ruhe ihre Arbeit verrichten können. Bei der Polizei und bei der Armee sah es zeitweise so aus, als ob eine Lösung in weite Ferne gerückt sei. Obwohl die Ausgangslage damals wesentlich komplizierter war als beim CGDIS, gelang es dennoch, die Verhandlungen in einem vernünftigen Zeitrahmen erfolgreich abzuschließen.

Max Lemmer





Ecole d'Hôtellerie et de Tourisme du Luxembourg (EHTL) in Diekirch

# Tradition und Innovation smart miteinander verbinden

*Die sogenannte „Hotelschoul“ in Diekirch wurde kürzlich umbenannt. Sie tritt damit in eine neue Ära ein. Die Schule, die seit zwei Jahren von Michel Lanners geleitet wird, will sich damit auf internationaler Ebene noch mehr Sichtbarkeit verschaffen. Gleichzeitig wurde das Ausbildungsangebot erheblich erweitert. An neuen innovativen Ideen mangelt es wahrlich nicht. In der Pipeline stecken zahlreiche ehrgeizige Projekte, die getreu dem Motto „Striving for excellence“ zielstrebig umgesetzt werden. So wird sich die EHTL im kommenden Jahr am luxemburgischen Pavillon bei der Weltausstellung in Dubai beteiligen.*



Die Hotelfachschule in Diekirch blickt auf eine langjährige Geschichte zurück, die vor 70 Jahren im Zuge einer Privatinitiative ihren Ursprung fand. Erklärtes Ziel war es, den Kindern der lokalen Hotelbetreiber in den Wintermonaten eine Grundausbildung zu ermöglichen, um sie später auf die Übernahme der Familienbetriebe vorzubereiten. Die Schule wurde 1949 auf privater Basis eröffnet. Das „Syndicat des Abergistes, Cafetiers et Hôteliers organisés du Grand-Duché de Luxembourg“ (SACOL) finanzierte den ersten Ofen.

Diekirch war damals eine Touristenhochburg, die mit ihren zahlreichen Hotels viele Gäste anzog. Alexis Heck galt als Vorreiter und setzte neue Maßstäbe in der Tourismusbranche. Mit seinen Ausflügen und Freizeitaktivitäten für die Gäste trug er wesentlich zum Ansehen der Region bei. Um ihn für seine Verdienste zu würdigen, wurde zu einem späteren Zeitpunkt beschlossen, die Schule nach ihm zu benennen.

Nur wenige Monate nachdem der Unterricht in der Schule begonnen hatte, wurde die Politik sich zunehmend bewusst, dass eine Hotelschule Luxemburg gut zu Gesicht stehe. In den folgenden Jahren wurde die staatliche finanzielle Unterstützung zur Finanzierung der Lehrkräfte und der Infrastrukturen progressiv erhöht. Doch die Hotelschule blieb von Schicksalsschlägen nicht verschont.

So zerstörte 1969 ein Brand das ursprüngliche Gebäude auf der „Kluuster“ neben der Kirche im Ortszentrum und machte es für mehrere Monate unbrauchbar. 1978 wurde das Gesetz zum Bau eines neuen Gebäudes im Parlament verabschiedet. Bis zur Einweihung des „Lycée technique Alexis Heck“ in der Rue Joseph Merten verstrichen erneut sechs weitere Jahre.

## Eine 100-prozentige Jobgarantie

Die Hotelschule, die heute rund 300 Schüler ausbildet, genießt im Ausland einen ausgezeichneten Ruf im Hotel- und Gastgewerbe. Um sich verstärkt auf internationaler Ebene zu positionieren, wurde die Traditionsschule vor Kurzem in „Ecole d'Hôtellerie et de Tourisme du Luxembourg“ (EHTL) umgetauft. „Wir wollten auf den Zug des „Nation Branding“ springen und die Hotelschule als Bestandteil von Luxemburg vermarkten“, unterstreicht Direktor Michel Lanners, der seit 2 Jahren in Zusam-

menarbeit mit der beigeordneten Direktorin Mia Aouadi die Geschicke leitet. Die Umbenennung sei in mehrfacher Hinsicht erforderlich gewesen. Zum einen sei die EHTL kein Lyzeum, zum anderen habe in der ursprünglichen Bezeichnung der Begriff Tourismus gefehlt.

Inzwischen wurde auch das Profil geschärft. „Striving for excellence“ lautet das Leitmotiv der EHTL. „Diese Schule hat eine klare Ambition. Dabei geht es keineswegs um elitäres Denken“, stellt Lanners sofort klar. Die Schüler, die Lehrkräfte, die Verwaltung und die Direktion sollen sich gleichermaßen dazu verpflichtet fühlen, das Bestmögliche in Bewegung zu setzen.

Die EHTL kann mit einer Vielzahl von Stärken auftrumpfen. Im Vordergrund stehen die sozialen Kompetenzen. „Die Familiarität wird bei uns großgeschrieben. Bei uns ist der Schüler keine Nummer, wir kennen jeden einzelnen beim Namen“, unterstreicht Aouadi. Neben der Liebe zum Beruf werden den Schülern gemeinsame Werte, wie transversale Kompetenzen, Verantwortlichkeit, Teamgeist und Innovationsstreben vermittelt. Diejenigen, die sich nicht an die Vorschriften halten, werden sanktioniert. Dabei gilt jedoch das Prinzip, dass jeder Schüler, der einen Fehler begangen hat, eine zweite Chance verdient.

## Erweitertes Bildungsangebot

„Wir haben auf diesem Campus eine Dynamik entwickelt, die uns ab und zu selbst überrascht“, räumt Lanners ein. Die Schüler seien dabei die großen Nutznießer. Im Ausland würden sie mit offenen Armen für Praktika aufgenommen. Ihre Zuverlässigkeit und ihr Verantwortungsbewusstsein werde überall geschätzt.

Sorgen um ihre berufliche Zukunft brauchen sich die EHTL-Schüler nicht zu machen: „Unsere Absolventen verfügen über eine 100-prozentige Jobgarantie. Manche werden schon eingestellt, bevor sie ihr Diplom in der Tasche haben“, so Lanners.

Lediglich den Namen der Schule zu ändern und ein Leitmotiv auszuwählen, wäre unzureichend gewesen. Zur gleichen Zeit wurde das Bildungsangebot erweitert. „Dieser Wandel stellt keine Revolution dar, sondern eine Neufokussierung auf die initialen Stärken“, bekräftigt Lanners. Der Schwerpunkt der Ausbildung liegt im „Hospitality“ (Gastlichkeit)-Management, ein Begriff,

der gastbezogene Dienstleistungen umfasst.

Neu im Angebot ist die Sparte „Gestion de l'hospitalité“, die zu einem Abitur führt. Sie bereitet die Schüler praxisnah auf eine Berufslaufbahn im Bereich des Gast-, Hotel- und Tourismusmanagements vor. Die Ausbildung „Hospitality-Management“ wurde zudem um ein BTS („Brevet de techniciens supérieurs“) erweitert, was schulisch einem BAC+2 entspricht. 30 % der Ausbilder im BTS sind externe Lehrkräfte. Eine ähnliche Entwicklung wünscht sich Michel Lanners auch in der Grundausbildung. Wer für einen starken öffentlichen Dienst eintrete, sollte sich nicht vor einem intensiven Austausch mit Experten von außen scheuen.

## Partnerschaften mit Ferrandi und Ducasse

Die geplante Einführung eines englischsprachigen Schulzweigs in der Berufsausbildung gerät wegen mangelnder Nachfrage in Verzögerung. Gerne würde die Hotel- und Tourismusfachschule auch hier neue Wege beschreiten. Für Michel Lanners ist es zum Beispiel unverständlich, warum ein Koch nach seinem dreijährigen DAP-Lehrgang („diplôme d'aptitude professionnelle“) nicht die Möglichkeit hat, eine zusätzliche zertifizierte Ausbildung zu absolvieren.

Seit Jahren beschwert sich die Dachorganisation des Hotel- und Gastgewerbes (Horesca) über einen Mangel an qualifizierten Lehrkräften. Im Bestreben, diese personellen Engpässe abzubauen, bildet die EHTL inzwischen auch Flüchtlinge aus, die über eine Aufenthaltsgenehmigung verfügen.

Gerade in Zeiten von Fachkräftemangel wird der Weiterbildung eine immer wichtigere Rolle zugeordnet. War die luxemburgische Hotelschule in der Vergangenheit ausschließlich für die Grundausbildung zuständig, so widmet sie sich heute zunehmend dem „Lifelong Learning“. Mit ausländischen Akteuren, wie etwa der renommierten Gastronomieschule Ferrandi und dem französischen Starkoch Alain Ducasse, wurden Partnerschaften in die Wege geleitet.

Auch die Zusammenarbeit mit dem „House of training“ der luxemburgischen Handelskammer trägt Früchte. Mittlerweile deckt die EHTL 90% der beruflichen Weiterbildung im Horesca-

Bereich ab. „Lediglich Kurse anzubieten, genügt längst nicht mehr. Wir müssen reaktiv sein und flexibel auf die Bedürfnisse der Unternehmen eingehen“, erklärt Lanners.

Die „Ecole d'Hôtellerie et de Tourisme“ ist eng verzahnt mit der Berufswelt. So wurde zum Beispiel mit der Luxlait Molkerei ein Forschungs- und Entwicklungsprojekt gestartet,

## Zur Person



Michel Lanners, ausgebildeter Sportlehrer, wirkte 17 Jahre im Bildungsministerium, davon 8 Jahre als Erster Regierungsrat. Der ehemalige Spitzenbeamte leitete das bedeutende „Département des affaires générales“. Damals trug er die Verantwortung für zahlreiche wichtige Bereiche, wie zum Beispiel Personal, Infrastrukturen, Finanzen, Privatschulen und Restopolis. 2017 übernahm er die Leitung der Hotelfachschule in Diekirch. Nach den beiden ersten Jahren in seinem neuen Amt zeigt sich Michel Lanners heute sichtlich erfreut darüber, eine für ihn völlig neue Welt entdeckt zu haben.

Bei seiner Ankunft in Diekirch hatte der neue Direktor seine Schule als „Geheimtipp“ bezeichnet. Die traditionsreiche Schule habe früher ein ausgezeichnetes Ansehen genossen, so Lanners. Im Laufe der Jahre sei der gute Ruf jedoch etwas lädiert worden. Zusammen mit der beigeordneten Direktorin Mia Aouadi und den Lehrkräften setzte er sich zum Ziel, diesem Trend entgegenzusteuern. Mit Erfolg! Die Zahl der Neueinschreibungen steigt kontinuierlich. **ml**



das darauf abzielt, neue Produkte zu verfeinern (Farbe, Konsistenz, ...) und diese in Rezepte einfließen zu lassen. Die Lehrkräfte bekommen somit die Wertigkeit ihres Berufes bestätigt.

Außerdem werden ab Januar kommenden Jahres die Fischverkäufer der Supermarktkette Cactus in EHTL-Kursen ausgebildet. Staatsbeamte werden demnach via „Formation Continue“ Mitarbeiter ausbilden, die in der Privatwirtschaft tätig sind. Im Umkehrschluss nehmen EHTL-Schüler am „Festival des vins“ teil, der jedes Jahr von dem Cactus-Unternehmen organisiert wird. Dabei lernen sie, wie man den Kunden fachmännisch mit Rat und Tat zur Seite steht und sie somit zum Kaufen animiert. Bereits im Vorfeld erhalten die Schüler im Rahmen einer Ausbildung einen Einblick in die Welt der Weine.

**Erwünschte Änderungen beim „Stage“**

Obwohl die EHTL einen guten Draht zur Berufswelt hat, treten manchmal Probleme in Bezug auf die Praktika auf. Laut Gesetz beträgt die jährliche maximale „Stage“-Dauer 10 Wochen. Ein Großteil der Arbeitgeber, die Referenten ausbilden, würden nach dem Ende des Praktikums die „Stagiaires“ gerne noch etwas länger behalten. Das aktuelle System lässt dies jedoch nicht zu. Dabei ist die Berufsausbildung für die Schüler sehr nützlich. Sie hilft ihnen, sich mit den Kunden vertraut zu machen, das „savoir-faire“ und die Regeln der guten Manieren (Zuhören, Höflichkeit, ...) zu vertiefen.

Hinzu kommt, dass die voranschreitende Digitalisierung auch diese Branche, wie keine andere Entwicklung, verändern wird. Die Hotel- und Tourismusschule Luxemburgs trägt diesem Phänomen Rechnung. Die Einführung digitaler Unterrichtsmaterialien gewinnt zunehmend an Bedeutung.

Im Rahmen des Projektes „One2one“ des Unterrichtsministeriums wurden die Schüler mit iPads ausgerüstet. Diese Tablets ermöglichen zum Beispiel, Übungen mit Auto-Korrekturen zu machen. Außerdem können kleine Filmsequenzen eingefügt und Lerninhalte anhand von Links vernetzt werden. Selbst die renommierte Hotelschule in Lausanne wurde hellhörig und erkundigte sich bei der EHTL über die gesammelten Erfahrungswerte.

In naher Zukunft sollen E-Learning-Kurse, die eine Fernausbildung ermöglichen, angeboten werden. Die EHTL war zudem einer der ersten Schulen hierzulande, die ein elektronisches Klassenbuch eingeführt haben. Darüber hinaus werden große Anstrengungen unternommen, um die Webseite attraktiver auf Englisch und Französisch zu gestalten.

Auf internationaler Ebene braucht die EHTL keinen Vergleich zu scheuen. Es gibt zwar kein Ranking, das die Hotelschulen anhand von nachvollziehbaren Kriterien einordnet. Die zahlreichen Preise, die EHTL-Schüler regelmäßig bei Wettbewerben im Ausland einheimen, sprechen jedoch für sich.

**Wiedersehen mit einem Sternekoch**

Die „Ecole d’Hôtellerie et de Tourisme“ ist dabei, sich einen Zugang zu den wichtigsten Netzwerken der Hotelschulen zu verschaffen. Von den internationalen Auszeichnungen für die innovativsten Hotelschulen ist EHTL-Direktor Lanners weitaus weniger überzeugt und das aus gutem Grund: Vor der Bewertung müssen die Hotelschulen ein Teilnehmergegeld bezahlen. „Der Schein ist wichtig, noch wichtiger ist jedoch das Sein“, stellt Lanners fest. Ihm sei es viel wichtiger, dass die Schüler von einem starken Team betreut werden und bei internationalen Wettbewerben gut abschneiden.

Hoteldirektoren und Küchenchefs, die die EHTL in Diekirch besucht haben, findet man überall in der Welt. 50 bis 70 der rund 300 eingeschriebenen Schüler schlägt es nach ihrer Ausbildung ins Ausland. Einer von ihnen war KimKevin de Dood.

1991 erhielt er sein Abschlusssdiplom in Diekirch mit „mention très bien“. Fünf Jahre lang absolvierte er quer durch Europa Praktika in angesehenen Restaurants. 2016 wurde er zum Chefkoch des „Saint Pierre“ in Singapur ernannt. Nur ein Jahr später folgte der erste Michelin-Stern. Nach seiner steilen Laufbahn kehrt der 28-jährige Luxemburger jetzt wieder an seine alte Wirkungsstätte in Diekirch zurück, um dort im Auftrag der EHTL eine spannende Aufgabe zu übernehmen: Das Ausnahmetalent wird nächstes Jahr mit Schülern der Hotelschule das Restaurant des luxemburgischen Pavillons in Dubai betreiben (siehe Kasten).

Nach dieser Mission wird KimKevin de Dood als Ausbilder an der EHTL tätig sein. Zu diesem Zweck wird er seine Lehrerausbildung am „Institut de formation de l’Education nationale“ (IFEN) abschließen. Dieser Werdegang ist keineswegs ein Ausnahmefall: Oft kehren Ex-Schüler der EHTL nach Luxemburg zurück, nachdem sie zuvor mehrere Jahre im Ausland beruflich tätig waren.

**Noch keine Entscheidung über den künftigen Standort**

In Luxemburg werden in den kommenden Jahren 1,3 Milliarden Euro in die schulischen Infrastrukturen investiert. Derzeit herrscht noch etwas Unsicherheit über den Standort der EHTL. Nach seiner Inbetriebnahme vor 35 Jahren bräuchte das bestehende Gebäude eine Kernsanierung. Lediglich die Küche wurde renoviert und den europäischen Standards in puncto Hygiene und Lebensmittelsicherheit angepasst.

Im Koalitionsabkommen der Regierung ist die Errichtung einer neuen Hotelfachschule ausdrücklich vorgesehen. EHTL-Direktor Michel Lanners räumt ein, dass der derzeitige Standort suboptimal ist. Schüler, die zum Beispiel im Süden des Landes wohnhaft sind, opfern täglich 3 Stunden für Hin- und Rückfahrt. Das Ministerium habe das Problem erkannt und bemühe sich, eine Lösung zu finden, schiebt Lanners nach. Wünschenswert wäre ein Standort im Zentrum des Landes.



© Fotos: EHTL

Häufig sind internationale Hotelfachschulen in einen kulturellen, wirtschaftlichen oder historischen Kontext eingebettet. Einige davon waren zum Beispiel früher ein Krankenhaus oder ein Kloster. Luxemburg verfüge über die nötigen Rahmenbedingungen, um auch die Hotelschule in einen kulturellen Kontext einzugliedern, so Lanners: „Der Staat ist im Besitz von mehreren Schlössern, für die es derzeit keinen Verwendungszweck gibt. Warum sollte man nicht einen Teil der EHTL-Aktivitäten dort unterbringen?“ Selbstverständlich müssten andere Parameter (geografische Lage, Zugang,...) den Bedürfnissen einer Hotelschule entsprechen.

Bei all diesen Überlegungen dürften die historischen Verdienste, die Diekirch im Bereich der Tourismusförderung in

Luxemburg aufzuweisen hat, nicht ignoriert werden, betont Lanners. Mit Diekirch fühle man sich nach wie vor verbunden. Das Ausbildungsrestaurant, das früher „An der Kéier“ hieß, ist heute nach dem Begründer des Hotel- und Tourismuswesens Alexis Heck benannt. Drei Mal wöchentlich ist das „restaurant d’application“ für externe Gäste geöffnet. Im kommenden Jahr soll es teilweise auch abends Gäste bekosten.

Mit den zuständigen Behörden laufen derzeit Gespräche zur Errichtung eines Ausbildungshotels, das an der gleichen Stelle vorgesehen ist, wo derzeit das Internat steht. Eine Arbeitsgruppe hat sich der Sache angenommen. Das „hôtel d’application“ soll dem Lokalcharakter der Stadt Diekirch gerecht werden.

Max Lemmer

**Die Hotelschule ist Gastronomie-Partner im Luxemburg-Pavillon der Weltausstellung 2020**

„Connecting Minds, Creating Future“ lautet das Motto der Weltausstellung, die vom 20. Oktober 2020 bis zum 10. April 2021 in Dubai stattfindet. Diesmal findet eine Premiere statt, denn zum ersten Mal in der 170-jährigen EXPO-Geschichte wird ein derartiges Ereignis in einem arabischen Land organisiert. Rund 200 Staaten und Organisationen werden die EXPO 2020 auf einem 4,4 km² großen Gesamtareal als Podium nutzen. Insgesamt werden rund 25 Millionen Besucher erwartet. 70 % davon kommen aus dem Ausland.

Luxemburg knüpft gerne an den Erfolg seines Pavillons bei der letzten Weltausstellung in Schanghai an, der ein echter Publikumsmagnet war. Für die kulinarische Betreuung wird im Rahmen einer Partnerschaft mit der EHTL ein Konzept für das Pavillonrestaurant entwickelt. „Für unsere Schule ist es eine besondere Ehre, Luxemburg gastronomisch auf der EXPO 2020 vertreten zu dürfen“, freut sich Direktor Michel Lanners. Die Beteiligung an der EXPO 2020 sei für die EHTL eine großartige Gelegenheit, sich im Ausland zu profilieren.

**Rund 30 Schüler in Dubai**

Während der sechsmonatigen Weltausstellung werden insgesamt 3 Gruppen mit jeweils 10 bis 12 Schülern nach Dubai eingeflogen. Die Schüler wurden anhand von bestimmten Kriterien ausgewählt. Die Motivation, das Engagement und die Akzeptanz, eine neue Kultur zu entdecken, gehörten zu den Voraussetzungen, die erfüllt werden müssen. Nach ihrer Auswahl erhalten die Schüler separate Kurse zur Vorbereitung auf das bevorstehende Abenteuer. Neben einer Einführung in die arabische Kultur werden unter anderem die Englischkenntnisse vertieft.

In Dubai werden die Schüler Hand in Hand mit dem Michelin-Sternekoch und Ex-EHTL-Schüler KimKevin de Dood arbeiten. Bei den Arbeitsbedingungen gelten die luxemburgischen Bestimmungen. Für ihre Unterkunft sorgt die angesehene „Emirats Academy“. Derzeit wird eine zusätzliche Konvention ausgearbeitet, die zum Ziel hat, den Schülern vor Ort zusätzliche Kurse anzubieten. Der Aufenthalt in Dubai ist für die EHTL-Teilnehmer nicht nur eine einmalige Erfahrung, sondern auch Bestandteil ihrer Ausbildung, sodass ihnen kein Schuljahr verloren geht. ml





Angesichts der rasenden Wohnungspreisspirale:

# Total überforderte politische Parteien

## Warum interessiert sich keiner für den mutigen CGFP-Lösungsvorschlag?

Das Wohnen in diesem Land ist teuer, sogar sehr teuer, unabhängig davon, ob hier vom Niveau der Monatsmieten oder vom Erwerbspreis eines Eigenheimes die Rede ist. Das Tempo, mit dem die hohen Wohnungspreise weiterwachsen, wird tagtäglich angeprangert, selbst durch jene, die das Problem jahrelang unterschätzt haben. Dass diese Steigerung sich nun laufend beschleunigt, ist kein bloßes Gefühl, kein subjektiver Eindruck, sondern es ist eine statistisch bewiesene Realität.

In den letzten 12 Monaten (vom 2. Trimester 2018 bis zum 2. Trimester 2019) sind nach den Erhebungen des Statec die Quadratmeterpreise durchschnittlich um 11,4% angestiegen. In einem einzigen Jahr! Die Entwicklung ist übrigens bei allen Wohnungsarten ähnlich: +10,7% bei bestehenden Appartements, +11,5% bei Neuwohnungen und +11,8% bei existierenden Häusern.

Von 2005 bis 2019 haben sich die Verkaufspreise für Appartements in Luxemburg mehr als verdoppelt (+115% vom 1. Trimester 2005 bis zum 2. Trimester 2019). Der Mietzins für solche Wohnungen legte seinerseits im gleichen Zeitraum um über 67% zu.

Das Wohnen, ob zur Miete oder im Eigenheim, wird bereits über 70 Jahre in Luxemburg ständig teurer. Also nichts Neues unter der Sonne? Doch, ganz im Gegenteil: Wir erleben in den letzten Jahren eine geradezu dramatische Beschleunigung des Problems. Dazu ein Zitat aus dem Luxemburger Wort vom 27. Juli dieses Jahres: „Laut den Zahlen des Observatoire – sie basieren auf Immobilienanzeigen – sind die Mietpreise von Appartements innerhalb des vergangenen Jahres um ganze 18,23% gestiegen. Eine derartige Preisexplosion bei den Mieten hat es noch nie gegeben.“

### Offensichtliche Ratlosigkeit

Diese besorgniserregende Verschärfung des Problems fußt auf der enormen demografischen Dynamik des Landes und steht im Konflikt mit einem bedauerlichen politischen Immobilismus. Gewiss haben seit ein oder zwei Jahren auch die Politiker das Problem endlich entdeckt, zumindest rhetorisch und wahlkämpferisch.

Was aber nicht bedeutet, dass sie uns inzwischen, neben der schlichten Feststellung der statistischen Sachverhalte, irgendwelche sinnvolle Ansätze für eine Lösung anbieten würden. Man gackert viel herum, von links bis rechts drischt man Phrasen, im Parlament, auf Pressekonferenzen und in Interviews; man fordert oder bestellt Studien und man fasst sogar Reformen ins Auge, deren Umsetzung aber kleine Ewigkeiten erfordern werden oder würden.

Die CGFP hat die üble Lage mit ihren Hintergründen und Ursachen ausführlich untersucht und bewertet, und sie hat dazu einen drastischen Lösungsvorschlag vorgelegt. Dieser ist klar und eindeutig und wurde in der Mai-Ausgabe von „fonction publique“ unter dem Titel „Casser la spéculation foncière professionnelle par une ‚Spekulante-Steier‘ très musclée“ veröffentlicht.

### Betretenes Schweigen aller Missetäter

Keine einzige der großen und mittelgroßen Parteien des Landes aber ist auf diesen Vorschlag eingegangen. Nun kann man ja durchaus noch verstehen, dass keine politische Kraft den CGFP-Plan unverändert oder auch nur abgeschwächt übernimmt. Dass sich die traditionellen Parlamentsfraktionen aber alle unisono und beharrlich weigern, die CGFP-Position überhaupt zur Kenntnis zu nehmen und sie – wie auch immer –



zu kommentieren, das lässt doch schon tief blicken.

Sagen wir es einmal so: Die Volksparteien leisten sich und unserer Demokratie wahrlich keinen Dienst, wenn sie nicht auf das Volk und auf die Zivilgesellschaft hören, sondern taktische Schamzügel unter sich führen. Auch auf den Politseiten der Luxemburger Presse herrschte bezüglich der CGFP-Ideen absolute Windstille; aber da arbeiten ja ausschließlich Privatangestellte, welche sich recht beharrlich bemühen, den Forderungen der Staatsbeamten keinen Widerhall zu geben.

Auf der gesamten Politzscene sind somit offensichtlich nur „die Linken“ auf der gleichen Linie wie die CGFP, welche unzweideutig gefordert hat, dass man einigen hundert Milliardären und Multimillionären, in anderen Worten den wahrhaftigen Super-Immobilienpekulanten endlich die Suppe versalzen soll. Die beabsichtigten Maßnahmen sollen sich nur auf diese Clique beziehen, dafür aber in vollem Umfang.

### Ein Sozialproblem erster Klasse

Dass in der jüngsten Vergangenheit eine intensive politische Diskussion über die sich ständig beschleunigende Verteuerung des Wohnraumes in Luxemburg entstanden ist, zeugt von der großen sozialen Bedeutung dieses Themas für die Bevölkerung des Landes. Ein hoher Anteil des monatlichen Einkommens der jüngeren und nicht mehr so ganz jungen Einwohner Luxemburgs fließt entweder in die Miete für eine Wohnung oder aber in das Abzahlen des erworbenen Eigenheims sowie in die entsprechenden Nebenkosten des Wohnens.

Statec-Berechnungen zufolge flossen im Jahre 2016 durchschnittlich rund 35,7% der Konsumausgaben der Luxemburger Haushalte in die Wohnkosten im weiteren Sinne (also einschließlich Wasser, Strom, Gas und sonstiger Energie) und weitere 6,3% in Möbel, Haushaltsgeräte und Wohnungsunterhalt. Für diese beiden Posten zusammen sind dies somit 42%, gegenüber beispielsweise nur 8,6% für Nahrungsmittel, 6,5% für Kultur und Freizeit und 5,3% für Kleidung. (Quelle: Statec, Broschüre „Luxemburg in Zahlen“, 2018)

Bei den bescheidenen Einkommen aber stellen die Gesamtausgaben für das Wohnen einen noch viel höheren Anteil des Familienbudgets dar. So sind es bei einer Einzelperson mit einem Einkommen von 1.999 Euro 55%, bei einem Paar ohne Kind mit 2.707 Euro 48% und für ein Paar mit 2 Kindern und 4.079 Euro 38% der Ausgaben (Angaben der Statec-Verwaltung von Oktober 2018.)

### Eine unwiderstehliche Dynamik

Angetrieben wird die ständige Verteuerung des Wohnens durch eine spektakuläre und skandalöse Inflation der Grundstückpreise, weil im Verhältnis zur enormen demografischen Dynamik unserer Gesellschaft nicht genügend Baufläche zur Verfügung gestellt wird.

Unter dem Impuls des langfristig anhaltenden Wirtschaftswachstums schwillt die Wohnbevölkerung des Landes seit Jahrzehnten an, vornehmlich durch Einwanderung. So sind allein in den letzten 30 Jahren rund 240.000 Einwohner hinzugekommen, ein Zuwachs um mehr als 60%. In 60 Jahren hat sich die Bevölkerung des Landes verdoppelt.

Seit 10 Jahren übertrifft das Bevölkerungswachstum jährlich 12.000 zusätzliche Menschen, mit einem entsprechenden Bedarf an weiterem Wohnraum. In der letzten Zeit erlebte diese Entwicklung eine eindeutige Beschleunigung. Die Zahl der jährlich geschaffenen zusätzlichen Arbeitsplätze ist zwischen 2013 und 2016 von +6.700 auf +13.600 angewachsen und erreicht nun (Stand August 2019) bereits +16.700 binnen 12 Monaten, was einem historischen Rekord entspricht.

Der hierzulande festgestellte Höhenflug der Wohnungspreise führt dazu, dass externe Beobachter, wie die Kontrolleure des Internationalen Währungsfonds, der OECD oder der EU-Kommission, immer wieder die Frage aufwerfen, ob wir es nicht mit einer sogenannten „Immobilienblase“ zu tun hätten, also einer künstlichen, rein spekulationsbedingten Preisentwicklung, die irgendwann droht mit entsprechend ärgerlichen ökonomischen und sozialen Konsequenzen zu platzen.

### Ein Markt außer Kontrolle

Nach einer eingehenden Analyse kamen die Experten unserer Zentralbank aber schon vor Jahren erwartungsgemäß zur eindeutigen Schlussfolgerung, dem sei definitiv nicht so, weil unsere anormale Preisentwicklung keineswegs auf subjektiven Erwartungen von Finanzspekulanten, sondern auf einer extrem starken Nachfrage nach Wohnraum beruht, die auf soliden wirtschaftlichen und demografischen Realitäten gründet und der kein ausreichendes Angebot gegenüber steht.

Dieser Befund der Fachleute ist unzweideutig und einleuchtend. Die extremen Kostensteigerungen für die Anschaffung einer Wohnung sowie für den monatlichen Mietzins fußen offenkundig auf der ungesunden Inflation auf dem viel zu engen Markt für Baugrundstücke. Eigentlich sollte dieser Mangel nur die Neuwohnungen verteuern. Vor

dem Hintergrund der extrem starken Wohnraumnachfrage aber übertragen die ungehemmten Marktmechanismen die Verteuerung des Baulandes praktisch auch auf den gesamten Bestand an vorhandenen Wohnungen.

Hier müssten die Politiker nun dafür sorgen, dass das Angebot an bebaubaren Flächen mit der steigenden Nachfrage Schritt halten könnte. Das schaffen sie aber offensichtlich nicht, auch wenn alle paar Jahre der offensichtliche Notstand von der jeweiligen Regierung öffentlich zugegeben und sogar medienwirksam zur Chefsache erklärt wird. Anschließend kümmert sich der Kapitän dann doch nicht eigenhändig um die Misere, um das Desaster zu beenden.

### Unsinnige politische Maßnahmen

In diesem Zusammenhang ist nachhaltig zu bedauern, dass jahraus, jahrein die konkreten politischen Entscheidungen immer wieder der Förderung des Eigenheims und des Bestands an Mietraum diametral entgegenlaufen. So senkte 2013 die damalige schwarz-rote Regierung die Obergrenze für den Vorteil der maximalen 12%igen Mehrwertsteuer-Absenkung (vom Normalsatz von damals 15% auf den „superreduzierten“ TVA-Satz von 3%) von 60.000 Euro auf 50.000 Euro pro Wohnung, so dass die steuerbegünstigten Ausgaben im Einzelfall von 500.000 Euro auf 416.666 Euro (auf dem Niveau des Preises vor TVA) herabgesenkt wurden. Das war ein kräftiges politisches Anheizen der Kosten für den gesamten Wohnungsbau.

2015 wurde dann von der ersten blau-rot-grünen Regierung bei der generellen Erhöhung der TVA-Sätze die 50.000 Euro-Obergrenze nicht angepasst, so dass seither mit diesem Maximalbetrag eine TVA-Absenkung von 14% (vom neuen Normalsatz von 17% auf den „superreduzierten“ Satz von 3%) kompensiert werden muss. Daraus ergibt sich, dass nunmehr pro Wohnung nur noch Gesamtausgaben bis 357.142 Euro von der Steuerreduzierung abgedeckt sind. Das sind nominal 28,6% weniger als vor dem Jahr 2013. Ein neuer Brandbeschleuniger für die Wohnungsinflation. Gambia als Brandstifter!

Und seit Herbst 2002, als diese Vergünstigung eingeführt wurde, sind die Baukosten zusätzlich um 42,5% angestiegen, so dass die bis heute anzuwendende Obergrenze von 500.000 auf 713.000 Euro angehoben werden müsste, statt auf rund 357.000 Euro herabgesenkt zu bleiben.

Dieser massive Sozialabbau zulasten der Luxemburger Mittelschichten wurde seinerzeit von der Regierung mit anstehenden ernsten budgetären Engpässen des Staates begründet, von denen jeder heute weiß, dass dies eine der gravierendsten politischen Fehleinschätzungen der letzten Jahrzehnte war. Allen Unkenrufen zum Trotz ist der Staatshaushalt nie ins Defizit gerutscht.

### Politisches Unvermögen

Eine andere ungünstige Entwicklung in den letzten Jahren bezüglich der Wohnungsdarlehen, die wir hier ansprechen müssen, betrifft die Vorgaben der übergeordneten transnationalen Finanzaufsichtsbehörden im Rahmen der europäischen Bankenunion. Die EU-Vorschriften verdonnern jetzt alle hiesigen Kreditgeber strikt dazu, die Kreditwürdigkeit eines Schuldners für sich allein zu bewerten, das heißt, ohne dabei den Veräußerungswert der Immobilie bei der Berechnung miteinzubeziehen.

Hier passt sich das europäische Regelwerk an die prekäre Lage der Banken der finanzschwächeren Länder an und stellt sich auf die dortigen, sehr oft rückläufigen Immobilienpreise ein. So beschert



uns die EU-Harmonisierungswut eine unangemessen restriktive Kreditpolitik.

Dabei war es immer schon und bleibt es auch weiterhin in Luxemburg wegen der teuren Wohnungen schwierig, eine Kreditzusage zu erhalten, wenn man keinen festen und unbefristeten Job bei einem soliden Arbeitgeber vorzeigen kann. Hier fordern die Banken unweigerlich zusätzliche reale oder persönliche Sicherheiten ein. Daran lässt sich staatlicherseits kaum etwas ändern, abgesehen von einem (unbedingt erforderlichen, aber weitgehend inexistenten) gesetzlichen Vorgehen gegen die fortschreitende Prekarisierung der Arbeitsplätze.

Permanente politische Trägheit

Aber selbst wenn nun plötzlich der politische Wille in der Regierung und im Parlament vorhanden wäre, unseren Grundstücksmarkt zu revolutionieren, und selbst wenn dafür die erforderliche Munition budgetär bereitgestellt würde, müsste man wohl noch Jahre auf handfeste Auswirkungen warten. Denn vom Zeitpunkt der Verfügbarkeit von Baugrund bis zum Einzug in eine Neuwohnung dauert es stets viele Jahre, manchmal ein ganzes Jahrzehnt, wegen langwieriger Prozeduren und übertriebener Einspruchsmöglichkeiten bei Urbanisierungs- und Bauplänen.

In diesem Bereich ist es wie mit den staatlichen Investitionen in öffentliche Infrastrukturen: Es ist doch, seitens der Politiker aller Couleur, eine schäbige Hypokrisie und ein Zynismus ohnegleichen, wenn sie uns immer wieder wahr machen wollen, die übermäßige Dauer der Prozeduren sei eine gänzlich unvorhersehbare Überraschung.

Denn in Wirklichkeit sind derartige Verspätungen eine permanente Konstante und eine absolute Gewissheit. Man muss nur eben intelligent genug sein, 3 oder 5 oder 7 Jahre früher mit dem Planen zu beginnen. Oder man darf seine Planungsdaten nicht naiverweise am Bedarf vom übernächsten Jahr ausrichten, sondern am viel höheren Bedarf zum Zeitpunkt der zweifellos stark verzögerten Fertigstellung.

Das beharrlich verkannte Problem

Seit 20 Jahren irren sich die politischen Entscheidungsträger immer wieder und sozusagen ausnahmslos, ganz gleich ob es um Verkehrsinfrastrukturen, um Bebauungsflächen für Gewerbezone, um Wohngebiete oder um den Bedarf an Schul-, Gefängnis- oder Verwaltungsräumlichkeiten geht. Und auch nach 20 Jahren hat man aus den ständigen enormen Fehlern immer noch nichts gelernt.

Ein unglaublicher Skandal!

Seit über 15 Jahren verweist „fonction publique“ mehrmals im Jahr, zuweilen in recht harschen Tönen, auf die Tatsache, dass die verantwortliche Regierung das sich beschleunigende ökonomische und demografische Wachstum sträflicherweise nicht zur Kenntnis nimmt. Aber die Politik, von der Regierung bis hin zur Opposition, hat diese Warnungen nie zur Kenntnis genommen oder sich auch nur darum bemüht, sie zu bestreiten.

Auch die jeweilige parlamentarische Opposition beschränkt sich seit 20 Jahren immer wieder darauf, statt der dringend erforderlichen Investitionen in die Zukunft, zusätzliche drastische Sparmaßnahmen sowie den schnellen Abbau von (real nicht existierenden) Budgetdefiziten einzufordern.

Falsche Propheten

Wiederholt haben wir die amtlichen Zukunftsprognosen wegen ihrer übertriebenen Zaghaftheit als total unreal bis lächerlich bezeichnet. Eine große offizielle demografische Studie aus dem Jahre 2010 („Projections socio-économiques 2010-2060“), welche längere Zeit als Grundlage aller staatlichen Zukunftsplanungen diente, sah für 2020 in Luxemburg 578.000 Einwohner als wahrscheinlichsten Mittelwert vorher. Das denkbare Minimum wurde indes auf 549.000 Einwohner geschätzt und das

errechnete Maximum lag bei 581.000 Personen.

Inzwischen aber sind wir bereits bei 620.000 Mitbürgern angelangt und wir werden nächstes Jahr wohl die 635.000-Einwohner-Marke überschreiten. Somit lag man (vor weniger als 10 Jahren!!!) für 2020 um rund 55.000 Einwohner unterhalb der inzwischen eingetroffenen Realität.

2010 gab es in Luxemburg 505.000 Menschen, und die Regierung erwartete einen Zuwachs von etwa 70.000 Personen; daraus wurden aber 130.000, also fast doppelt so viele. Damit ist klar, warum es in diesem Land vorne und hinten bei den Verkehrs- und Verwaltungsinfrastrukturen, den Pflegeeinrichtungen, den Gewerbezone und vor allem auch dem notwendigen Wohnraum nicht reichen kann.

Politischer Pfus

Auf den Autobahnen verursacht dies den tagtäglichen Stau, in den Alters- und Pflegeheimen lange Wartelisten, im Spitalsektor monatelanges Warten auf den Zugang zum Scanner, und im Wohnungsbereich bombastische Preissteigerungen. Zweifellos haben all unsere Politiker keine ordentliche Arbeit geleistet.

Die dramatische Entwicklung unserer Wohnpreise ist somit weder eine Fatalität noch eine Strafe Gottes, sondern es ist eine unweigerliche Konsequenz hartnäckiger politischer Fehlentscheidungen, für welche alle vier großen politischen Parteien, die in den letzten Jahrzehnten in der Regierung saßen, die Verantwortung tragen.

Aber kein Politiker, nicht ein einziger, hat bisher die offensichtliche Verantwortung ihrer gesamten Zunft anerkannt. Ohne eine korrekte Diagnose ist jedoch kaum eine wirksame Therapie zu erwarten.

Die Betonkönige und Miethäie sind, genau wie die Wohnungsvermieter unter den Normalbürgern, allen Regierenden sowie dem Gesetzgeber dankbar für die allgemeine Lethargie und Tatenlosigkeit, weil sie sich so massiv, konstant und risikofrei bereichern können. Und auch alle, die in diesem Land ein Eigenheim besitzen, werden täglich reicher.

Profit ohne Risiko

Es ist also durchaus nachzuvollziehen, dass man hier mit einer übertriebenen Gelassenheit eine Entwicklung hinnimmt, die das Land auf Dauer in ein soziales Desaster führen muss. Zudem sind in Luxemburg die hohen Vermögen aus Stein und Beton steuerlich ungebührend niedrig belastet, vor allem im Vergleich zum Einkommen aus menschlicher Arbeit. Das bestätigen auch alle externen Beobachter.

In anderen Ländern kennt man den Begriff der Bauspekulation: Hier stehen nämlich den zuweilen hohen Renditen, die im Immobilienbereich möglich sind, in der Regel auch erhebliche Risiken gegenüber. Einerseits weil der Markt heimtückische Schwankungen kennt, wenn nach einer Expansionsphase oft plötzlich und unerwartet durchaus empfindliche Rückschläge drohen. Andererseits müssen Geschäftemacher schon ein Gespür für die guten Standorte haben, da sich Gewinnchancen durchaus nicht flächendeckend aufspüren lassen.

In Luxemburg hingegen gibt es absolut keine wagemutige Bodenspekulation, weil man hier bei Baulandinvestitionen immer gewinnt, ohne je ein echtes Risiko eingehen zu müssen. Beton und Stein stellen deswegen bei uns eine Lotteriedar, bei der man stets gewinnt; es ist sozusagen eine Maschine zum Geld drucken. Mit dieser Aussage beziehen wir uns natürlich nur auf die Immobilieninvestoren und Promotoren, denn die fleißigen Arbeiter in der Baugrube setzen dabei keinen Speck an.

Die Fakten zum Preis-Thermometer

Die vom Statec erhobenen Zahlen belegen, dass die reinen Baukosten von 2008 bis 2018 insgesamt um +18,4% in 10 Jahren gestiegen sind, das heißt um nur knapp +1,70% pro Jahr.

Diese Preissteigerung liegt marginal über der Entwicklung des Konsumgüterindex, der in diesem Jahrzehnt um insgesamt +15,8% oder um +1,47% jährlich angewachsen ist. Alles in allem keine dramatische Entwicklung.

Dagegen stieg der Quadratmeterpreis für Appartements, in welchen neben den Baukosten auch der Grundstückserwerb einfließt, von 2014 bis 2018, also in nur 4 Jahren, um +24,1% an. Diese Erhöhung ergibt sich kumulativ aus einem durchschnittlichen jährlichen Wertanstieg von +5,55%.

Ein guter Rat für das private Verhalten

Diese regelmäßige Vermögenssteigerung bringt deutlich mehr ein, als die Zinsrendite eines Sparbuches. Die solide jährliche Aufwertung der Immobilien dauert in Luxemburg nun ununterbrochen seit Kriegsende an, also seit rund 75 Jahren. Hinzu kommt eine enorme Beschleunigung in jüngster Zeit, wie es eingangs dieses Artikels anhand der neuesten Statec-Zahlen hervorgehoben wurde.

Der weiter anhaltende Wirtschaftsboom und die daraus hervorgerufene Turboimmigration liefern uns heute die Gewissheit, dass sich der Preisanstieg in absehbarer Zukunft nicht nennenswert vermindern wird.

Das Fazit, das der einzelne Luxemburger daraus zu ziehen hat, ist glasklar: Wer noch kein Eigenheim besitzt, sollte sich schleunigst darum bemühen. (Lesen Sie dazu in dieser Ausgabe auf Seite 15 den Artikel „Schneller Entschluss für eine eigene Wohnung“.)

Eine ökonomische und soziale Zeitbombe

Die sich weiter beschleunigende Baulandverteuerung droht unser Land mittelfristig in ein Desaster zu führen. Nicht nur, dass für die künftigen Generationen der Bau der eigenen vier Wände bald unerschwinglich wird, auch der Wirtschaftsstandort Luxemburg droht kostenmäßig mit allen denkbaren sozialen Konsequenzen erwürgt zu werden.

Die in Mode gekommene Auswanderung (sowohl von Alteingesessenen als auch von neuen Einwanderern) in die grenznahen Dörfer der Nachbarländer ist ein Ventil, das den Überdruck kurzfristig verringert, doch es verschiebt das Problem nur eine Weile, und es ist aus diversen Gründen nicht unproblematisch. Unter anderem weil sich die täglichen Pendler, die in einem anderen kulturellen und sprachlichen Umfeld leben, auf Dauer nicht in die Luxemburger Gesellschaft integrieren lassen.

Wie dem auch sei. Nun also hat auch die Politik das Wohnproblem entdeckt. Immerhin! Bisher wurde die Kalamität verschwiegen und verdrängt, obschon sie sehr real war. Bereits zwischen 1992 und 2002 war der Quadratmeterpreis für Bauland national um +173% gewachsen, und hatte sich in weiten Landesteilen mehr als verdreifacht, mit einer Preissteigerung von +238% im Kanton Kapellen, von +246% im Kanton Grevenmacher, von +262% im Kanton Esch. Und von 1970 bis 2003 hat sich der Quadratmeterpreis vom Wohnraum nominal sogar verachtfacht.

Vogel-Strauß-Politik

Man steckte den Kopf in den Sand und ignorierte beharrlich die Fakten. Man betrieb eine absolut schädliche Politik und man plante, ohne Rücksicht auf Verluste, total unsinnige Maßnahmen. Wie etwa die jahrelang kolportierte Idee, man solle Baugenehmigungen nur noch im Umkreis von einem Kilometer zu einem Bahnhof erteilen.

Jetzt scheint das Problem also endlich erkannt zu sein. Was aber an Vorschlägen vorgebracht wird, ist absolut jämmerlich. Eine Verdoppelung der Grundsteuer! Diese lächerliche Abgabe (Für eine Villa im Wert von 2 bis 3 Millionen Euro zahlt man jährlich vielleicht 60 bis 80 Euro!) sollte man eher abschaffen, denn ihre Erhebung kostet deutlich mehr, als sie einbringt.

Die Marktlage ist derzeit (und in absehbarer Zukunft) so, dass die Verkäufer und Vermieter die Preise diktieren können. Deswegen riskiert jene zusätzliche Besteuerung oder sonstige Belastung zu Lasten der Wohnungskäufer und -mieter zu gehen, also der Normalbürger und der kleinen Leute. Eine moderate und auch eine stärkere Anhebung der Grundsteuer führen hier also unweigerlich zu einem weiteren Anstieg der Immobilienpreise. Den Profiteuren des Systems würde eine Erhöhung der Grundsteuer nicht wehtun. Sie kann somit auch keine Änderung ihres Verhaltens bewirken.

Schuld ist nicht die Oma

Die Politik weiß nun, dass sie was tun müsste. Aber sie will es offensichtlich nicht tun, weil sie (fälschlicherweise) glaubt, befürchten zu müssen, dabei einen empfindlichen Teil der eigenen Wähler zu verprellen. Diese Angst ist aber zu 99% unbegründet, denn sie ist einer mangelnden Analyse der Fakten geschuldet. Verantwortlich für die Baulandinflation ist nämlich nicht die Oma, welche im örtlichen Bauperimeter einige Ar auf Jahre für ihre Enkelin blockiert. Und das Problem sind auch nicht die Ackerflächen unserer Landwirte, selbst wenn diesen früher oder später eine gewisse Menge an Euros in den Schoß fallen wird.

In der Mai-Ausgabe von „fonction publique“ wurde deutlich festgehalten, dass unser Land das gezielte Opfer einer kleinen Clique professioneller Spekulanten ist, die sich seit vielen Jahren enorme Bauflächen unter den Nagel reißen und diese dann lange zurückbehalten und so die Preise hochjagen.

Die Missetäter

In Luxemburg agieren 176 (in- und ausländische) Grundstücksmillionäre, und zwar 117 Privatpersonen und 59 Gesellschaften, von denen jeder Grundstück im Wert von mehr als 10 Millionen Euros besitzt. Das ist enorm und dennoch nur die Spitze des Eisbergs.

Denn 1.858 Hektar oder 185.800 Ar (= 63% des gesamten verfügbaren Baulandes) im Wert von 13,5 Milliarden Euro (= 65% des Gesamtwertes an Bauland) befinden sich in der Hand großer und übergroßer professioneller „Superspekulanten“. Dies sind die wichtigsten Grundbesitzer, jeweils die oberen 20% der Einzelpersonen und die oberen 20% der Firmen, genauer gesagt 3.182 Personen und 150 Unternehmen.

Die Sachlage ist somit klar. Und das Problem kann schnell und wirksam gelöst werden, indem man diesen Schakalen einfach alle Perspektiven auf ihre unsinnige Spekulationsbereicherung nimmt. Sie werden dann zwar toben, sich aber sehr schnell nach anderen lukrativen Spekulationsobjekten umsehen.

Die 11.179 Grundstückskleinbesitzer mit weniger als 10 Ar (unter ihnen unzählige Mitglieder der traditionellen Parteien) brauchen also absolut nicht belangt zu werden. Die Oma muss nicht verkaufen, der Bauer soll nicht von seiner Scholle vertrieben werden.

Die CGFP fordert eine jährliche 5%ige steuerliche Belastung des Marktwertes aller bebaubaren und zurückbehaltenen Grundstücke, die in den letzten Jahrzehnten als Spekulationsobjekte erworben (also nicht etwa geerbt) wurden. Für genauere Einzelheiten lesen Sie den Artikel in der Mai-Ausgabe von „fonction publique“, der auch weiterhin online verfügbar ist.

Eine massive jährliche Steuer in dieser enormen Höhe (sie entspricht in etwa dem jährlichen Wertzuwachs des Spekulationsobjektes) ist zwingend erforderlich, wenn man wirksam den Finanzgeiern das Geschäft unrentabel machen und dadurch die derzeitige inflationäre Marktlogik brechen will.

Alle politischen Parteien und Fraktionen des Landes sind nun aufgefordert, darzulegen, ob sie bereit sind über den CGFP-Vorstoß zu diskutieren, oder ob sie weiter gegen das Allgemeinwohl die egoistischen Interessen der raffgierigen Spekulanten verteidigen wollen.

Paul ZIMMER



# Die CGFP hilft!

## CGFP-Hilfswerk spendet für Tornado-Opfer in Luxemburg

Die Folgen waren verheerend: Der Wirbelsturm am vergangenen 9. August hatte in den Gemeinden Petingen und Niederkerschen schwere Schäden angerichtet und viel Leid hinterlassen. Mit Windgeschwindigkeiten zwischen 180 und 250 km/h fegte der Tornado damals durch den Süden des Landes. Innerhalb von nur wenigen Minuten wurden 19 Menschen verletzt und mehr als 300 Häuser beschädigt. Dutzende Wohneinheiten wurden dadurch unbewohnbar, einige davon gänzlich abgedeckt, sodass deren Bewohner anderweitig untergebracht werden mussten. In einer ersten Bilanz schätzte der Dachverband der Versicherungsgesellschaften ACA den entstandenen Schaden auf 100 Millionen Euro.

Vor dem Hintergrund dieser schweren Naturkatastrophe hat die „Fondation CGFP de Secours“ zwei Soforthilfen in Höhe von jeweils 10.000 € beschlossen, die unter den beiden betroffenen



Gemeinden aufgeteilt wurden. Die Gelder können eigenhändig von den Kommunen verwendet werden, um den Betroffenen an Ort und Stelle zu helfen. Diese Soforthilfe, die dankend von den zwei Gemeinden angenom-

men wurde, war auch dieses Mal dank der großzügigen Spendenbereitschaft zahlreicher öffentlich Bediensteter möglich. Schon in der Vergangenheit haben die Staatsbediensteten mehrfach bewiesen, dass ihnen das Schicksal von in Not

geratenen Menschen nicht gleichgültig ist.

Mit der Gründung des CGFP-Hilfswerks setzte der öffentliche Dienst ein Zeichen der Solidarität. Seit mehr als 20 Jahren werden die gesammelten Spenden sowohl im Ausland als auch in Luxemburg eingesetzt. Sie unterstützen jene Menschen, die in prekären Verhältnissen leben oder infolge eines schwerwiegenden Schicksalsschlags in eine hilfsbedürftige Lage geraten sind. Zudem widmet sich die Stiftung „CGFP de Secours“ seit Jahrzehnten auch der Entwicklungshilfe. Die eigens für diesen Zweck gegründete „Oeuvre CGFP d'Aide au Développement“ unterstützt Kooperationsprogramme in Dritt- und Viertweltsländern, vorwiegend im Togo. Dabei richtet sich der Fokus auf Weiterbildung, Trinkwasserversorgung, Geburtshilfe, Kinderbewahrung, medizinische Betreuung und landwirtschaftliche Aktivitäten. **ml**

### CGFP: Kostenlose Vorsorgeuntersuchung im öffentlichen Dienst

## Eine halbherzige Initiative!

Öffentlich Bediensteten wird neuerdings ab ihrem 50. Lebensjahr eine einmalige kostenlose Vorsorgeuntersuchung im „GesondheetsZentrum“ der Stiftung „Hôpitaux Robert Schuman“ angeboten. Oberstes Ziel ist es, mögliche Erkrankungen frühzeitig zu erkennen und zu behandeln.

Die Tests werden auf freiwilliger Basis durchgeführt. Die Kosten werden integral vom Staat übernommen. Nach Einschätzung des für den öffentlichen Dienst zuständigen Ministeriums erfüllen derzeit circa 6.000 Staatsbedienstete die Bedingungen, um von diesem neuen Angebot Gebrauch zu machen. Schätzungen zufolge sollen jedes Jahr etwa 700 weitere Mitarbeiter dazu stoßen. Berücksichtigt werden ausschließlich Bedienstete, die beim Staat fest angestellt sind.

Die Einführung dieser kostenlosen Ganzkörperuntersuchung ist prinzipiell eine lobenswerte Initiative. Für

die CGFP ist es jedoch völlig unbegründet und daher inakzeptabel, dass sich die Vorsorgetests ausschließlich an die Mitarbeiter von Ministerien und Verwaltungen richten, indes die Belegschaft der öffentlichen Einrichtungen ausgeschlossen bleibt. Beim Personal der „établissements publics“ handelt es sich um gleichgestellte Beschäftigte des öffentlichen Dienstes („assimilés aux fonctionnaires et employés de l'Etat“). Sie haben somit ebenfalls ein Recht darauf, die sozialen Errungenschaften in Anspruch zu nehmen, die für den gesamten öffentlichen Dienst ausgehandelt wurden. Folglich gibt es keinen schlüssigen Grund, diese Untersuchungen nicht auch auf die öffentlichen Einrichtungen auszuweiten. Zudem bieten jetzt schon die



zwei größten „établissements publics“, die Post und die „Banque et Caisse d'Epargne de l'Etat“ (BCEE), ihren älteren Mitarbeitern den Zugang zu einem umfassenden kostenlosen Gesundheitscheck an. Nach Auffassung der CGFP zeigt das Nichteinbeziehen der anderen öffentlichen

Einrichtungen, dass es sich hier lediglich um eine halbherzige Maßnahme handelt.

Um den Gesundheitscheck zu absolvieren, werden die betreffenden Staatsbediensteten vier Stunden lang von ihrem Arbeitgeber freigestellt. Die CGFP ist der Ansicht, dass diese Freistellung zu knapp berechnet ist, da die medizinische Untersuchung schon einen halben Arbeitstag in Anspruch nimmt. Dabei sind Hin- und Rückfahrt nicht einmal miteinberechnet.

Über 50-Jährige, die im Staatsdienst tätig sind, bekommen die Kosten der umfassenden ärztlichen Untersuchung nur ein einziges Mal integral vom Staat zurückerstattet. Sinnvoller wäre es laut CGFP, diese einmalige Gesundheitsuntersuchung alle paar Jahre zu wiederholen.

Zur Durchführung der Gesundheitschecks wurde eine Konvention mit einem einzigen Dienstleister vereinbart. Die CGFP weist darauf hin, dass in diesem konkreten Fall die freie Arztwahl nicht wirklich gewährleistet ist. In der entsprechenden Konvention wurde außerdem festgelegt, dass die sensiblen Daten streng vertraulich behandelt werden müssen. Die CGFP kann dem nur zustimmen. Unter keinen Umständen darf es zu einem Datentransfer zwischen dem ausgewählten Dienstleister und den staatlichen Instanzen kommen. **ml**

## Klare Forderungen, wertvolle Tipps und vieles mehr auf der LuxDidac

Mit rund 30 nationalen und internationalen Ausstellern zählt die dreitägige LuxDidac für sämtliche Akteure aus dem Bildungswesen zu den bedeutendsten Fachausstellungen dieser Art in der Großregion. Die vom „Syndicat National des Enseignants“ (SNE/CGFP) und der „Fédération Générale des Universitaires au Service de l'Etat“ (FEDUSE-Enseignement/CGFP) organisierte Veranstaltung ist ein beliebter Treffpunkt für Lehrer, Regional- und Lyzeumsdirektoren sowie für Erzieher, Eltern, Schüler und Studenten.

Zahlreiche Ehrengäste aus Politik, Ministerien und Schulen wohnten am vergangenen 24. September der offiziellen Eröffnungsfeier im Forum „Geesseknäppchen“ bei. In Anwesenheit von Bildungsminister Claude Meisch und dessen Erstem Regierungsrat Lex Folscheid gingen SNE-Präsident Patrick Remakel und FEDUSE-Präsident Raoul Scholtes auf die Probleme im Schulalltag ein. In aller Deutlichkeit beschrieben beide Redner die Erwartungen



der Lehrkräfte an das Bildungsministerium.

Dringend notwendig sei unter anderem ein zusätzlicher Bürokratieabbau. Angesichts des enormen administrativen Aufwands bleibe das Unterrichten zum Teil auf der Strecke. Beide Gewerkschaften forderten zudem weitere Anstrengungen zur Bekämpfung des Lehrermangels. Außerdem müsse der Lehrerberuf wieder aufgewertet werden. Wenig angetan zeigte man sich über die Forderung von Claude Meisch einen

Bildungstisch einzuberufen. Luxemburg verfüge mit dem „Conseil supérieur de l'éducation“ bereits über ein Instrument, das sich gut für diesen Dialog eigne. Das Gremium müsse lediglich einer kleinen Reform unterzogen werden.

Die LuxDidac gilt als der ideale Ort, um sich über innovatives didaktisches Material aus dem In- und Ausland zu informieren. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse sollen das Lehren und Lernen erleichtern. Der jahrelange Erfolg dieser Messe mit einer Gesamtfläche

von 600 Quadratmetern beruht auch auf zahlreichen Konferenzen, an denen die Besucher viele hochkarätige Anregungen für die verschiedenen Lernfächer und Schulstufen erhalten.

„Kommunikation in Zeiten neuer Medien“ lautete das Thema einer interessanten Konferenz. Der Rhetorik- und Kommunikationsexperte Michael Vetter gewährte seinen Zuhörern einen humorvollen Einblick in die Kommunikation 4.0. Die Teilnehmer erhielten wertvolle Tipps, wie man in einer durch die Medienvielfalt geprägten Gesellschaft Gehör finden kann. Im Rahmen einer weiteren Konferenz befasste sich der erprobte Redner mit den Chancen und Risiken, die die Digitalisierung in der Berufswelt birgt.

„Leistungsfähig statt ausgebrannt – Ideen für einen achtsameren Umgang mit sich selbst“, lautete das Motto eines weiteren interaktiven Fortbildungskurses. Die diplomierte Sportwissenschaftlerin Petra Eisenbichler erklärte den Besuchern, wie gesundheitliche Risiko- und Schutzfaktoren im Alltag beeinflusst werden können. **ml**



Angesichts der rasenden Wohnungspreisspirale:

# Schneller Entschluss für eine eigene Wohnung

Kürzlich haben wir erfahren, dass die Mietpreise von Appartements innerhalb des vergangenen Jahres um ganze +18,2% angestiegen sind. Die durchschnittlichen Verkaufspreise aller Wohnungen sind in den letzten 12 Monaten um +11,4% und binnen zwei Jahren um +17,0% angestiegen.

Zur Miete wohnen wird somit immer unerschwinglicher. Wer aber nach einer Kreditaufnahme eine Wohnung erworben hat, sieht sein Eigenheim jährlich im Wert steigen. Wir beschränken uns hier auf diese beiden Feststellungen: das extrem teure Wohnen und die enormen Wertsteigerungen der Immobilien. Genauere Einzelheiten und politische Überlegungen dazu finden interessierte Leser in dieser „fonction publique“-Ausgabe auf den Seiten 12 und 13.

Der Normalbürger, der keine Millionen zum Investieren hat, dafür aber seine Lebenshaltungskosten wirtschaftlich sinnvoll verwalten möchte, kann aus der festgestellten Entwicklung nur die Lektion ziehen, dass es definitiv einen Sinn ergibt, in eine eigene Wohnung einzuziehen.

Salopp ausgedrückt: Du kannst 20 Jahre deine Wohnung nutzen und sie dann mit einem Bonus gegenüber dem Anschaffungspreis veräußern, so dass du in diesem Zeitraum praktisch umsonst gewohnt hast. Statt einer Miete hast du zwar monatliche Finanzierungsraten gezahlt, aber dadurch wurde ein Familienbesitz geschaffen.

In Zeiten extrem niedriger Zinsen wird von der monatlich gezahlten Kreditrate nur ein geringer Teil für die Zinslast abgezweigt, während der Hauptanteil in die graduelle Abtragung des geschuldeten Kapitals geht. Fazit: Haben Sie noch kein Eigenheim, so erwerben Sie schnell eins!

(Und wenn Sie etwas Vermögen längerfristig anlegen möchten, könnten Sie vielleicht zusätzlich in eine Mietwohnung investieren, solange eine derartige Investition noch von massiven steuerlichen Vergünstigungen profitiert. Aber auf diese Sparstrategie wollen wir hier nicht weiter eingehen.)

## Das Eigenheim ist Familienvermögen

Mehr als zwei Drittel aller Haushalte des Landes sind Eigentümer ihrer Wohnung, deutlich mehr als in unseren Nachbarländern, und dies trotz des hohen Anteils der Einwanderer in unserer Wohnbevölkerung. Rund zwei Drittel der Eigenheimbesitzer oder etwa 43% aller Haushalte im Land haben auf ihrem Eigenheim noch ein Hypothekendarlehen, das sie derzeit zurückbezahlen.

Die hohe Eigentümerquote ist ein erheblicher Verdienst der gemeinnützigen „Œuvre CGFP d'Épargne-Logement“, welche vor 40 Jahren mit Joseph Daleiden an ihrer Spitze das Bausparen in Luxemburg einführte, dies im Zusammenwirken mit einem starken Partner, dem gemeinnützigen Beamtenheimstättenwerk, der heutigen Bausparkasse BHW. Nachdem die CGFP durch politischen Druck das steuerliche Umfeld des Bausparens verbessert hatte, ließen sich weitere deutsche Bausparkassen in Luxemburg nieder und bemühten sich um die Beschäftigten des Privatsektors.

Der Bauspargedanke im Interesse des Erwerbs eines Eigenheimes setzte sich von Beginn an zum Ziel, durch die familiäre Vermögensbildung den Mitgliedern der CGFP eine nachhal-

tige Altersversorgung zu ermöglichen und eine dauerhafte lebenslange Absicherung gegen jedes Armutsrisiko zu gewährleisten. Diese Initiative erwies sich als sehr erfolgreich und wirksam für einen echten und nachhaltigen sozialen Fortschritt.

## Wesentliche soziale Errungenschaft

Bekanntlich steht, wissenschaftlich bewiesen, die akute Armutsbedrohung in Luxemburg sehr oft in einem direkten Zusammenhang mit der Suche nach einer Eigenwohnung. Und das hohe Niveau unserer Mietpreise ist ein Hauptgrund für einen dramatischen sozialen Abstieg, sobald ein unerwarteter Schicksalsschlag einen Menschen oder eine Familie trifft.

Ein enormes Problem in unserer heutigen Luxemburger Gesellschaft stellt in diesem Zusammenhang die zunehmende Zahl der prekär Beschäftigten dar. Den zahlreichen Menschen, die keinen festen und langfristigen Arbeitsvertrag erhalten, gewährt die Bankenwelt ohne Bürgschaft oder andere Garantien in der Regel keinen Kredit.

Es ist vor allem dieser Sachverhalt, der das statutarische Arbeitsverhältnis des öffentlichen Dienstes mit seinem gesicherten Arbeitsplatz in Luxemburg so attraktiv macht. Das wissen die Staatsbediensteten sehr wohl, und deswegen stehen sie auch so geschlossen hinter der CGFP als Garant ihres im Laufe der Jahrzehnte erzielten Sozialstatus.

## Vielfältige Optionen

Die Bausparkasse BHW, die sich auf Betreiben der CGFP in Luxemburg niedergelassen hat, betreut derzeit im Großherzogtum über 68.000 zufriedene Kunden, wobei die Bauspareinlagen 640 Millionen Euro erreichen und die Finanzierungen 1,6 Milliarden Euro leicht übersteigen. Dieses Geschäftsvolumen, von dem vier Fünftel auf den öffentlichen Dienst und nur ein Fünftel auf Kunden aus dem Privatsektor entfallen, konnte sich alle 10 Jahre verdoppeln.

Als die CGFP-Initiative zugunsten des Bausparens eingeleitet wurde, waren die Staatssparkasse und die Privatbanken bei der Vergabe von Hypothekendarlehen extrem zurückhaltend. Die Antragsteller wurden eher wie lästige Bittsteller behandelt.

Seit die Banken den Wohnungserwerb als Profitquelle erschlossen haben, hat sich dieser Zustand inzwischen grundlegend geändert. Den Bürgern stehen heute unterschiedliche Möglichkeiten offen, nicht zuletzt was die Laufzeiten der Kredite betrifft und die Zinsbedingungen, so etwa die Wahl zwischen festen und variablen Zinssätzen. Diese Optionen gelten natürlich nicht nur für Bankkredite, sondern auch bei den Zwischenfinanzierungen, welche den Bausparern angeboten werden.

## Günstige Angebote

Wohl sind derzeit die Zinssätze auf den Immobilienschulden generell sehr niedrig, dafür befinden sich aber die Guthabenzinsen der Sparer auf einem historischen Rekordtief. Wenngleich heute alle wichtigen Schalterbanken um die Gunst der Kreditkunden buhlen, zumindest wenn diese über einen festen Arbeitsvertrag bei einem soliden Arbeitgeber verfügen, bleibt das Bausparen weiterhin eine attraktive Formel. Dieses kann auch wegen der

diversen steuerlichen Begünstigungen punkten, die ihm eigen sind und die zu den normalen Fördermitteln zugunsten des Eigenheims hinzukommen.

Zudem werden für die CGFP-Mitglieder von unserem BHW-Partner besonders vorteilhafte Zinsbedingungen angeboten. Was aber natürlich voraussetzt, dass man seinen BHW-Bausparvertrag nicht über eine Bank abschließt, sondern sich einen Beratungstermin bei BHW Luxemburg über die „Œuvre CGFP d'Épargne-Logement“ vereinbart. Telefon: 47 36 51; E-Mail: info@cgfp-services.lu; www.cgfp-services.lu/epargne\_logement.html

Die bereits erwähnte Zwischenfinanzierung mit variablem oder festem Zinssatz erlaubt es den CGFP-Mitgliedern, über einen BHW-Vertrag eine Immobilie zu erwerben, lange bevor die im Sparvertrag vorgesehene sogenannte „Kreditzuteilung“ erfolgt.

## Mut zum Handeln

Geht es nun um die Entscheidung zugunsten des Eigenheims, kommt zusätzlich zu der derzeitigen besonderen Zinslage hinzu, dass – wie eingangs bereits betont – die hohen Wohnungspreise weiterhin ständig stark anwachsen. Während also der Wohnraum sich in jeder Lage und jeder Größe ständig verteuert, bringt langes Sparen wenig Zinsen, wogegen das schnellstmögliche Verschulden relativ wenig an Zinsen kostet.

Somit kann man den jungen Leuten nur anraten, so schnell wie möglich zu kaufen oder mit Bauen anzufangen, und im Hinblick darauf jedenfalls sofort mit dem Bausparen zu beginnen. Denn „so günstig wie heute“ wird man nie wieder seinen Traum der eigenen vier Wände verwirklichen können.

Wir sagen keineswegs, der Eigenheimerwerb und der Wohnungsbesitz seien einfach und in jeder Hinsicht unproblematisch. Im Gegenteil: Man muss sich schon die Zeit nehmen, ernsthaft in diese komplexe Materie einzutauchen. Den CGFP-Mitgliedern wird dabei eine tatkräftige Hilfestellung geliefert: Demnächst wird eine leicht verständliche Broschüre (in Form einer „fonction publique“-compact-Sonderausgabe) mit zahlreichen Tipps und Ratschlägen erscheinen.

## Unzählige konkrete Fragen

Darin werden alle wichtigen Fragen aufgeworfen, die der künftige Eigentümer zu beantworten hat. Wobei man schnell merkt, dass ein Entschluss

zum Handeln in diesem Bereich eine energie- und zeitaufwendige Umsetzung nach sich zieht. Die konkreten, persönlichen Einzelentscheidungen bei der Beschaffung der eigenen Wohnung wird ihm dabei niemand abnehmen.

Hinausschieben aber vereinfacht nichts, sondern kostet lediglich zusätzliches Geld, selbst wenn man noch im „Hotel Mama“ wohnt und dabei keine Miete zu zahlen hat. Denn die Wohnungspreise wachsen ja von Trimester zu Trimester weiter. So dass man besser früher als später mit den Vorbereitungen zum Erwerb eines Eigenheims beginnt.

Und selbst wenn für einen jungen Menschen der eigene Haushalt für absehbare Zeit noch kein Thema ist, sollte er trotz der niedrigen Sparzinsen, mit dem zielstrebigem Sparen beginnen, sobald er den ersten Lohn kassiert und die ersten Lohnsteuern zu zahlen hat.

## Staatliche Ermutigungen

Für das systematische Sparen liefert gerade ein Bausparvertrag strukturell eine sinnvolle Methode, nicht zuletzt auch wegen der mehrfachen steuerlichen Ermutigungen durch den Staat, welche in der angekündigten Broschüre näher erläutert werden. Neben den gängigen Beihilfen, beispielsweise dem „bëllegen Akt“ für den Kauf des Eigenheims oder des Baulands und der „superreduzierten“ Mehrwertsteuer für die Baukosten, erfreut sich das Bausparen zusätzlicher Vergünstigungen.

Erstens sind die monatlichen Sparaufwendungen für einen Bausparvertrag bis zu einer gewissen Höhe steuerlich absetzbar, was beim Sparen auf einem Bankkonto nicht der Fall ist. Zweitens unterliegen die vom Sparer erhaltenen Guthabenzinsen nicht der famosen Quellensteuer, welche hingegen auf allen Zinsen von Bankguthaben erhoben wird.

Daneben sind beim Bausparen die Schuldzinsen auf dem gewährten Hypothekarkredit (ganz egal ob es sich um eine definitive Darlehenszuteilung handelt oder um eine sogenannte Zwischenfinanzierung) jährlich im vorgesehenen Rahmen steuerlich absetzbar, wie bei einem Bankkredit. Auch bei den Zinssubventionen gelten ungeachtet der Finanzierungsmodalitäten die gleichen Regeln.

Paul ZIMMER





„fonction publique“-Themenreihe

# Me, myself(ie) and I...

## Der zeitgenössische smarte Narziss(t)

### Teil I



„Der aggressive, wild aus dem Hinterhalt schießende Paparazzo ist passé“, schreibt Claude Heiser, Erster Vizepräsident der CGFP, „denn das, was wir den Anderen mit unserem heutigen Arsenal an medialen Waffen nicht zumuten oder antun sollen, tun sich diese selbst an.“

Etwas unbeholfen, rückständig, unzeitgemäß oder „vintage“ wirkt der Ingenieur Walter Faber, der in Max Frischs 1957 erschienenem Bestseller *Homo faber* nach einer Bruchlandung in der mexikanischen Wüste von Tamaulipas reflexartig nach der Kamera greift, aber enttäuscht feststellen muss: „Von Sensation nicht die Spur, ab und zu eine Eidechse, die mich erschreckte, eine Art von Sandspinnen, das war alles.“<sup>1</sup> Den Tod seines Freundes Joachim hält er in einer spontanen Momentaufnahme fest: „Wir fotografierten und bestatteten ihn.“<sup>2</sup> Seine zukünftige Geliebte Sabeth verärgert er dadurch, dass er ihr mit der Kamera hinterherläuft: „Einmal filmte ich sie. / Als Sabeth es endlich entdeckte, streckte sie die Zunge heraus: ich filmte sie mit der gestreckten Zunge, bis sie, zornig ohne Spaß, mich regelrecht anschnauzte.“<sup>3</sup> Diese drei Versuche des Protagonisten, *bewegende Momente* aus einem Leben in ein *statisches Lichtbild* zu zwingen, werden in den folgenden Jahrzehnten breiten Niederschlag in u. a. soziologischen, verhaltenspsychologischen und philosophischen Abhandlungen finden: die Suche nach Sensation, der fehlende Respekt vor menschlichem Leid, die Belästigung seiner Mitmenschen, die durch einen Blick durch die Linse (Objektiv) schlagartig auf ein Objekt reduziert werden. Die *camera obscura* wird zum Teufelszeug erklärt, auf das der von Gefühlsverlotterung heimgesuchte und die Technik

vergötternde Übermensch zurückgreift, weil er außerstande ist, *unmittelbar*, *stricto sensu* ohne Mittel, das Leben zu erleben, die Existenz aus nächster Nähe zu ertragen: Landschaften, Menschen, Erfahrungen werden objektiviert, registriert und konsumiert – das fremde Land erlebt man nicht mehr wie Humboldt an Ort und Stelle, sondern zeitverschoben auf der Leinwand (heute „Bildschirm“ oder „desk screen“), vor der sich in der Regel noch einige Bewunderung und Interesse vortäuschende Gäste versammeln.

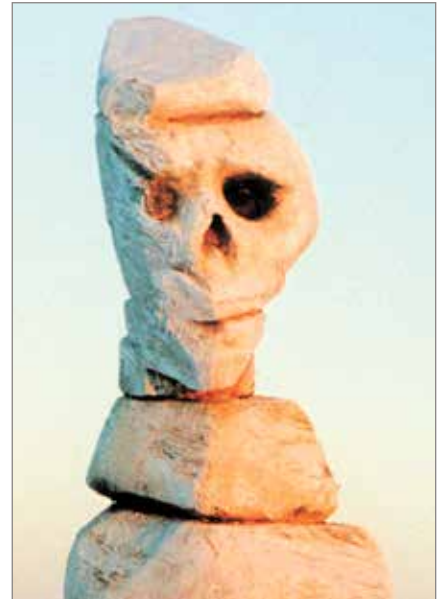
Über ein solches sich nicht ziemendes Verhalten vermag der Zeitgenosse höchstens noch etwas gelangweilt zu schmunzeln; vielleicht greift er während eines akademischen Vortrags über die postmoderne Herrschaft des Bildes zu seinem Smartphone, um einige Eindrücke filmisch festzuhalten, anschließend (d. h. unverzüglich) zu „posten“ und sein Bildungsniveau der ganzen Welt bescheiden – das versteht sich von selbst – mitzuteilen. Doch auch der aggressive, wild aus dem Hinterhalt schießende Paparazzo ist passé, denn das, was wir den Anderen mit unserem heutigen Arsenal an medialen Waffen nicht zumuten oder antun sollen, tun sich diese *selbst* an. Es ist Ihnen sicher schon begegnet: lustiges Volk, das in doch sehr eigenartiger, verkrümmter Pose, den Anderen ausblendend oder gar unbemerkt anrennend (man ist ja auf *sich selbst* konzentriert), sich mit

einer angel- oder lanzenartigen Stange den Weg bahnen – der Gegenstand erfreut sich größter Beliebtheit und ist unter dem Namen „selfie stick“ günstig zu erstehen – um schließlich sich selbst, grimassierend und meistens in lebensgefährlicher Pose (auf der Mauer der Akropolis, auf den weißen Klippen von Dover, aber nur einen Schritt vom Abgrund entfernt – der Originalität wegen), weltweit zu verewigen – das perfekte Bildnis, in das wir uns selbst zwingen und vor dem doch so viele Philosophen und Schriftsteller gewarnt haben. Dieses Selbstbildnis nennt sich heutzutage „Selfie“ und wurde vom *Oxford Dictionary* zum Wort des Jahres 2013 erkoren.

Urs Bühler stellt in seinem in der *Neuen Zürcher Zeitung* publizierten Artikel fest: „Hätte man vor wenigen Monaten das gemeine Volk gefragt, was hinter diesem Begriff [d. i. Selfie] stecken könnte, wäre wohl meist etwas Unanständiges vermutet worden. Heute, da er in aller Munde ist, wissen wir: Es ist tatsächlich etwas Unanständiges – der Quickie der Fotografie gewissermaßen, die Selbstbefriedigung der Generation Auslöser, die in jeder Lebenslage Bilder schiesst.“<sup>4</sup> Erregen die Selfie-Jäger zunächst ein gewisses Kopfschütteln oder gar eine peinliche Berührung, drängen sich doch, beschäftigt man sich etwas eingehender mit dieser Zwangsneurose, eher Mitleid und Fremdscham auf. Denn in der Tat ist dieses Verhalten *unanständig*: Es verstößt – auch wenn es zunächst paradox klingt – gegen das Selbstwertgefühl, unterbindet den Prozess der Individuation, ist zum Teil selbst- und menschenverachtend, tritt Werte und Anstand mit Füßen, ist, simpel ausgedrückt, *gefährlich*. Was diese „Generation Auslöser“ auslöst, wird im Folgenden dem Versuch einer Erklärung unterzogen werden. Da der Mensch, wie Erich Kästner bemerkt, über die Jahrtausende hinweg derselbe Affe geblieben ist<sup>5</sup>, bemühen wir Ovids *Metamorphosen*, um die anschließenden Thesen zu veranschaulichen.

### Voraussetzung einer gelungenen Selfie-Kultur: die Identitätsverweigerung

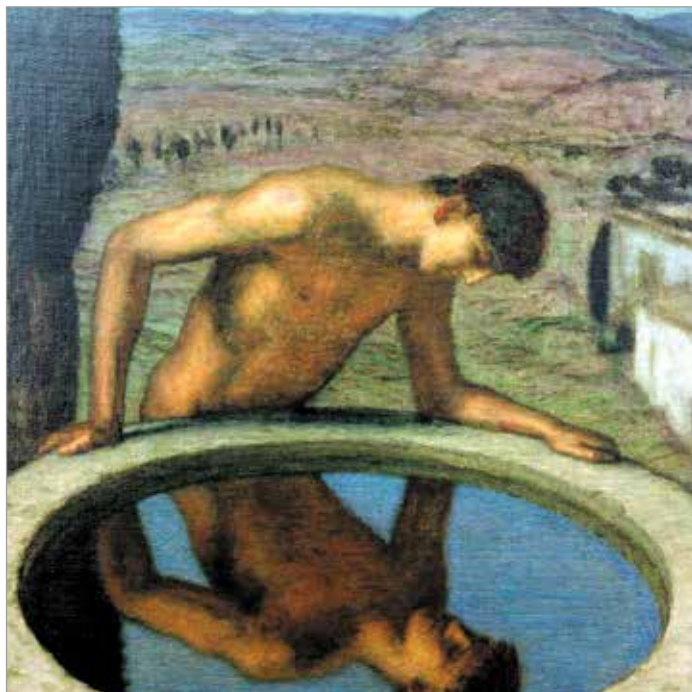
Ovid berichtet, wie der Seher Tiresias befragt wird, ob Narziss, dem Sohn der Nymphe Liriope, ein reifes Alter beschieden sei. Die Bedingung für eine solche lange Lebensdauer wird vom Seher unmissverständlich preisgegeben: „Wenn er *sich nicht selbst kennenlernt*.“<sup>6</sup> Es verwundert wohl kaum, dass wir auf diese Episode der *Metamorphosen* zurückgreifen, verkörpert doch die mythische Figur des Narziss – von Sigmund Freud psychoanalytisch kanonisiert – bis heute eine quasi pathologische Selbstliebe, Selbstverliebtheit und Selbstreferenzialität. Von höchstem Interesse ist allerdings die von Tiresias geäußerte Prämisse des Überlebens, das durch eine kognitive Abkehr vom eigenen, eigentlichen Ich gewährleistet wird – eines Überlebens im übertragenen Sinn



Gudrun Müsse Florin: *Lots Weib* (1992) – Es bedarf keines zürnenden Gottes mehr, um den Menschen zur Salzsäule erstarren zu lassen, dafür sorgt der Eine oder Andere selbst, indem er sich in ein Selbstbildnis zwingt und somit jedwede Entwicklungsmöglichkeiten unterbindet.

natürlich. Der Existenz kann aber in der Regel das Individuum nur dann standhalten, wenn es sich mit seinem eigenen Selbst kritisch auseinandersetzt, sich weiterentwickelt, sich stets revidiert und korrigiert, schließlich und letzten Endes sich – im Idealfall – eines gewissen Läuterungsprozesses erfreuen darf. Der Selbstverliebte im Gegenzug meistert aber nur das Leben, wenn er wegschaut, sich nicht mit sich selbst konfrontiert, sich mit der Oberfläche – ein Motiv, das bei Narziss noch eine wesentliche Rolle spielen wird – zufriedengibt.

Der Narziss mit seinem mit Selfie-Funktion ausgestatteten Smartphone erfüllt die vom Seher verlautbarte Bedingung aufs Wort. Paradoxerweise betrachtet er sich selbst auf dem Bildschirm, ohne sich selbst *wirklich* zu sehen bzw. zu erkennen. Was er sieht, ist die konstruierte Idealvorstellung seines Selbst, eine Projektion seiner Wünsche (im Zustand der Erfüllung) sowie die konkretisierten Erwartungen der „Community“, der er das Selfie widmet. Solange diese Illusion aufrechterhalten wird, kann er sein Dasein fristen, da er von keinen tiefergehenden Fragen gebeutelt wird. Er bleibt auf der Oberfläche und versucht sich dort über dem existentiellen Wasser zu halten. Die Voraussetzung einer gelungenen Selfie-Kultur ist also die Identitätsverweigerung. Der Auftrag des psychisch und geistig gesunden Menschen lautet noch immer *Nosce te ipsum*; der Selfie-Begeisterte *erkennt* aber gerade sich selbst nicht, auch wenn er sich spiegelverkehrt erblicken kann. Selfies beantworten höchstens die Frage, wer wir sein wollen, kaum aber die Frage, wer wir sind. Dagegen einwenden könnte man, dass das Schaffen eines idealen Ichs – das ideale Ich als *Zielsetzung* – bereits den Ausgangspunkt für eine gelingende Identitätsfindung bilde; problematisch wird es aber



Franz von Stuck: *Narziss* (um 1926) – Die mythische Figur des Narziss verkörpert bis heute eine quasi pathologische Selbstliebe, Selbstverliebtheit und Selbstreferenzialität.



In seinem Projekt „Yolocaust“ entlarvt Shahak Shapira das Unerhörte einer rücksichtslosen Selfie-Subkultur, indem er durch Montage-technik die Symbolik der Steinblöcke des Berliner Holocaust Denkmals auf schockierende Weise auflöst.





Man ist doch sehr auf sich selbst konzentriert: das lustige Volk mit seiner angel- oder lanzenartigen Stange, dem „selfie stick“, der sich größter Beliebtheit erfreut.

meines Erachtens, wenn der Einzelne dieses Stadium der Wunschvorstellung nicht überwindet, reflektiert und dementsprechend handelt. Dann bleibt er im Zustand der Selbstbeweihräucherung und blind für jedwede konstruktive Kritik. „Das Selfie“, so zitiert Madlen Schäfer die Selfie-Forscherin Kristina Steimer, „geht bislang nicht genug auf das Bedürfnis ein, Fragen nach dem eigenen Selbst in Geschichten darzustellen. Also Dauer statt nur Bestand auszudrücken“<sup>7</sup>. Geschichte bedeutet Revolution und Evolution, Dynamik durch Umwälzungen und Neuanfänge – einen Prozess, der zu *dauerhaften* Veränderungen führt, aber auch Objekt einer ständigen fruchtbringenden Hinterfragung bleibt. So steht es auch um die Identitätsfindung. Selfies leisten aber lediglich eine *Bestandsaufnahme* eines Augenblicks, der *festgehalten* werden möchte und somit per se die Verweigerung, sich zu verändern, zum Ausdruck bringt. Das Festfrieren („Bestehen“) eines flüchtigen Moments stellt keine solide Dauer im Sinne eines auf Evolution gründenden Zwischenresultats dar, sondern lediglich das Andauern eines flüchtigen Moments. Der Selfie-Abhängige ist somit „unanständig“ gegenüber sich selbst, verweigert er doch jedwede wahre Selbstverwirklichung.

**Der Soziopath:  
Das Vergehen am Anderen**

Narziss in seinem Hochmut und seiner Ichbezogenheit verschmäht die Liebesbekundungen anderer Menschen: „Viele Männer, viele Mädchen begehrten ihn. Aber solch *hartherziger Hochmut* wohnte in der zarten Gestalt! Kein Mann, kein Mädchen konnte ihn rühren.“ (OM 149, H. v. m.) Eine von den vielen verschmähten Wasser- und Bergnymphen verwünscht Narziss mit der flehenden Bitte an die Götter: „So soll es auch ihm in der Liebe ergehen, so soll auch er, *was er liebt, nicht bekommen*.“ (OM 153, H. v. m.) Narziss' Schicksal wird vorgezeichnet, da ihre Bitte auf dem Olymp auf Zustimmung trifft: Der Jüngling wird keine reale Liebe erfahren. Das Charakterbild des Soziopathen wird somit bereits in der Antike skizziert: gefühlsarm und unfähig zur Empathie, wird Narziss durch seine Abweisung Anderer, seine Selbstverliebtheit und Egozentrik mit Verlust und Einsamkeit bestraft. Gegenüber seinen Mitmenschen verhält sich der zeitgenössische Selfie-Jäger ebenfalls „unanständig“, tritt auf seiner blinden Suche nach Originalität Anstand und Mitgefühl mit Füßen. Was zählt, ist die einzigartige Selbstdarstellung ohne Rücksicht auf die Befindlichkeiten anderer Menschen. Fern liegt mir jedoch jede Form einer Schuldzuweisung, denn der sich im Rausch befindende Selfie-Junkie ist rücksichtslos aus Notwendigkeit, handelt ohne Bewusstsein, da es schließlich ums Überleben und Aufrechterhalten seiner Scheinidentität geht.

Den Finger auf die Wunde legt der jüdische Künstler Shahak Shapira mit seinem Projekt *Yolocaust*, in dem er

die Rücksichtslosigkeit, Ignoranz und – man möge mir den Begriff nachsehen – Dummheit gewisser Selfie-Adepten denunziert. Auf künstlerisch geschickte Weise stellt er Selfies an den Pranger, die Touristen inmitten des Holocaust-Denkmal in Berlin „geschossen“ und anschließend u.a. auf Facebook oder Instagram gepostet haben: Romantische Selfies zweier Verliebter mit verklärtem Blick – im Hintergrund die Steinblöcke, die Terror, Folter und Mord symbolisieren, Selfies mit akrobatischen Einlagen auf den Steinblöcken, die Rassismus, Tod und Menschenverachtung symbolisieren. Shapira entlarvt das Unerhörte eines solchen Unterfangens, indem er durch Montagetechnik die Symbolik der Steinblöcke des Mahnmals auflöst und auf schockierende Weise deutlich macht, wo die Turteltaubchen ihr Techtelmechel und die Akrobaten ihre Tänzeinlage fotografisch, „selfish“ festhalten, nämlich auf einem Haufen aufgestapelter, gefolterter, grässlich entstellter und ermordeter Menschen... Auf ähnliche Weise ermahnt die Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau auf Twitter die Besucher, von jedweden sportlichen Gleichgewichtsübungen auf den zum Selektionspunkt führenden Gleisen in Birkenau abzusehen: „When you come to @AuschwitzMuseum remember you are at the site where over 1 million people were killed. Respect their memory. There are better places to learn how to walk on a balance beam than the site which symbolizes deportation of hundreds of thousands to their deaths.“ So viel zur „Unanständigkeit“ des Selfies.

**Ideal-Bild und Selbstbildnis  
als Ursprung allen Übels**

Narziss ist in Zwischenzeit unterwegs und sucht nach einer Wasserquelle, um seinen Durst zu stillen – ein fataler Fehler, denn er wird sich selbst im Spiegel des Wassers erblicken und sich unsterblich – wobei es bei dem mythischen Jüngling eher „sterblich“ heißen müsste – verlieben: „Und während er den *Durst zu stillen* trachtete, wuchs in ihm ein *anderer Durst*. Während er trinkt, erblickt er das *Spiegelbild* seiner Schönheit, wird von ihr hingerissen, *liebt eine körperlose Hoffnung*, hält das für einen Körper, was nur Welle ist. Er bestaunt sich selbst und *verharrt unbeweglich mit unveränderter* Miene wie ein *Standbild* aus parischem Marmor.“ (OM 153, H. v. m.) In die Falle tappt Narziss durch einen zu stillenden Durst, d. h. durch das Vorhaben, ein Ziel zu erreichen, das wiederum selbstreferenziell ist, da es unmittelbar aus der Befriedigung seiner eigenen Bedürfnisse besteht: *sich selbst* zu erquicken.

Auf diegetisch geschickte Weise zeigt Ovid, dass das (Selbst-)Verderben seinen Ursprung in der ausschließlichen Beschäftigung mit sich selbst findet. Und wofür entzündet sich sein Herz? – Nicht etwa für *reale*, körperliche Schönheit, sondern für sein trügerisches, *irreales* Spiegelbild, d. h. für eine Illusion, für eine Oberfläche, hinter der das *Nichts* waltet:

„Wie oft tauchte er, um den Hals, den er sah, zu erhaschen, die Arme mitten ins Wasser und konnte sich *nicht* darin *ergreifen*!“ (OM 153, H. v. m.) Die Liebe und Hinwendung zum oberflächlichen Bild bleibt letzten Endes leer, eine Identitätsfindung unmöglich: Narziss kann sich nicht „ergreifen“, d. h. begreifen oder erfassen, weil er sich stets auf die Oberfläche konzentriert, die eine virtuelle Realität widerspiegelt, die ihn aber auch momentan überleben lässt. Solange er versucht, das geliebte Gegenüber zu ergreifen, handelt er – zwar vergeblich – und *hofft*.

Ovid schreibt über die Liebe zu einer „körperlosen Hoffnung“ – ein Begriff, der durch seine semantische Dichte und Verdopplung u.a. auf Facebook oder Instagram gepostet haben: Romantische Selfies zweier Verliebter mit verklärtem Blick – im Hintergrund die Steinblöcke, die Terror, Folter und Mord symbolisieren, Selfies mit akrobatischen Einlagen auf den Steinblöcken, die Rassismus, Tod und Menschenverachtung symbolisieren. Shapira entlarvt das Unerhörte eines solchen Unterfangens, indem er durch Montagetechnik die Symbolik der Steinblöcke des Mahnmals auflöst und auf schockierende Weise deutlich macht, wo die Turteltaubchen ihr Techtelmechel und die Akrobaten ihre Tänzeinlage fotografisch, „selfish“ festhalten, nämlich auf einem Haufen aufgestapelter, gefolterter, grässlich entstellter und ermordeter Menschen... Auf ähnliche Weise ermahnt die Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau auf Twitter die Besucher, von jedweden sportlichen Gleichgewichtsübungen auf den zum Selektionspunkt führenden Gleisen in Birkenau abzusehen: „When you come to @AuschwitzMuseum remember you are at the site where over 1 million people were killed. Respect their memory. There are better places to learn how to walk on a balance beam than the site which symbolizes deportation of hundreds of thousands to their deaths.“ So viel zur „Unanständigkeit“ des Selfies.

Das „Standbild aus parischem Marmor“ verkörpert den selbstzufriedenen smarten Narzissten, der gottähnlich sich selbst erschafft, um am Ende selbstzufrieden zu urteilen: „Es war gut.“ Ist die Authentizität, ist die Selbstbestimmung geglückt? – Wohl kaum, denn „die Selfies zeigen zumeist, dass die Realität nicht einfach abgebildet, gedoppelt, sondern vielmehr ‚geschönt‘ [vgl. „parischen Mar-

mor“, C. H.] wird – und zwar in Richtung der Inszenierung eines Ideal-Bildes.“<sup>8</sup> Genau wie Narziss in seiner Selbstverliebtheit konstruiert der Selfie-Schöpfer ein perfektes apollinisch geregeltes Kunstwerk, wobei Perfektion als das Abgeschlossene (vgl. „perfectum“) wiederum jedwede Entwicklungsmöglichkeit vereitelt. Es bedarf keines zürnenden Gottes mehr, um den Menschen zur Salzsäule erstarren zu lassen, dafür sorgt der Eine oder Andere selbst.

In einem in der nächsten Ausgabe edierten zweiten Teil werden wir Narziss auf seinem Weg in den unvermeidlichen Untergang begleiten und weitere Ähnlichkeiten zwischen dem mythischen Antihelden und dem Selfie-Anhänger aufdecken, so der Wunsch, sich von seinem realen Körper zu befreien, der Teufelskreis der Selbstobjektivierung bzw. Selbstreferenzialität, letztlich die Verurteilung zum Voyeurismus...

Claude Heiser

<sup>1</sup> Max Frisch: Homo faber. Ein Bericht, Frankfurt a. M. 1962, S. 23. H. v. m.  
<sup>2</sup> Ebd., S. 55.  
<sup>3</sup> Ebd., S. 85.  
<sup>4</sup> Urs Bühler: Generation Selbstauser, in: NZZ (26.3.2014). H. v. m.  
<sup>5</sup> Vgl. Erich Kästner: Die Entwicklung der Menschheit (1932).  
<sup>6</sup> P. Ovidius Naso: Narcissus und Echo, in: Ders.: Metamorphosen. Lateinisch / Deutsch. Übersetzt und herausgegeben von Michael von Albrecht, Stuttgart 1994 (= rub 1360), III. Buch, S. 149. H. v. m. Im Folgenden zitiert unter der Sigle (OM Seitenzahl).  
<sup>7</sup> Madlen Schäfer: Das verraten Selfies über Sie (24.9.2018), in: www.techbook.de/mobile/selfie-bedeutung, zuletzt eingesehen am 14.9.2019.  
<sup>8</sup> Klaus Neumann-Braun: Selfies. Oder: kein fotografisches Selbstporträt ohne den Anderen, in: Fotografie und Gesellschaft. Phänomenologische und wissenschaftliche Perspektiven. Bielefeld, S. 343-348. Vgl. auch https://edoc.unibas.ch/57672/, zuletzt eingesehen am 14.9.2019.





Internationaler Organspendetag

# „Der Wille des Einzelnen ist immer maßgebend“

*Der weltweite Organspendetag am 17. Oktober regte zum Nachdenken über Organspende an. Statistisch gesehen könnten hierzulande in den Krankenhäusern jährlich im Schnitt 30 Organentnahmen vorgenommen werden. Die Wirklichkeit sieht jedoch anders aus: 2018 waren nur 7 Menschen Organspender. In dem gleichen Jahr starben vier Personen, für die kein passendes Spenderorgan rechtzeitig gefunden werden konnte. Infolge eines familiären Schicksalsschlags rief Alain Frantz, Sohn des langjährigen SPAL-Präsidenten Patrick Frantz, 2016 die Initiative „Well all Choix zielt“ ins Leben. Ziel ist es, mehr Menschen zur Organspende zu bewegen und Tabus zu brechen.*



Als Gründer der Initiative „Well all Choix zielt“ setzt sich Alain Frantz seit 2016 für die Förderung der Organspende in Luxemburg ein.

## Was war der Stein des Anstoßes zur Gründung Ihrer Initiative „Well all Choix zielt“?

Von Beruf her bin ich Krankenpfleger in der häuslichen Pflege. Dadurch und durch die Erkrankung meiner Schwester habe ich viel Zeit in Krankenhäusern und mit kranken Menschen verbracht. Jahrelang musste ich mit ansehen, wie meine Schwester auf eine passende Niere wartete. Daraufhin habe ich den Entschluss getroffen, selbst aktiv zu werden und den Erkrankten somit zu zeigen, dass sie nicht alleine da stehen.

## Als damals die Nachricht über Sie hereinbrach, dass Ihre Schwester auf eine neue Niere angewiesen sei, wie ging Ihre Familie mit dieser Herausforderung um?

Die Probleme hatten sich schon seit Längerem abgezeichnet! Durch die zahlreichen Nebenwirkungen wurde die Lage zunehmend akuter. Als die Gewissheit bestand, dass meine Schwester eine neue Niere brauchte, war die ganze Familie erst mal geschockt.

## Was machte Ihnen am meisten zu schaffen?

Die ständige Ungewissheit! Meine Schwester musste sich drei Mal wöchentlich zur Dialyse begeben. Rund um die Uhr haben wir auf den erlösenden Telefonanruf gewartet, indem uns mitgeteilt wird, dass eine Spenderniere zur Verfügung steht. Ständig hautnah mitzuerleben, wie schlecht es meiner Schwester ging, bereitete uns allen viel Kummer. Aufgrund dieser besorgniserregenden Umstände stand die Familie unter enormem Druck.

## Wie wirkte sich dies auf den Alltag aus?

Wir waren ständig darum bemüht, ein normales Leben zu führen. Uns allen war jedoch klar, dass dies nur bedingt möglich war. Wir mussten uns die ganze Zeit über anpassen. Immer wieder gab es unvorhergesehene Klinikaufenthalte. Wenn wir in die Ferien fuhren, betrug die maximale Flugzeit 2 Stunden, um rechtzeitig an Ort und Stelle zu sein, falls plötzlich eine Spenderniere verfügbar wäre. Vor Ort musste immer ein Dialysezentrum vorhanden sein.

## Was ging Ihnen durch den Kopf, als Ihrer Schwester mitgeteilt wurde, dass für sie eine passende Niere gefunden wurde?

Am Anfang klang das zunächst surreal. Man braucht einige Zeit, um zu begreifen, was gerade passiert. Ich saß damals in der Schule, als meine Eltern mir per Kurznachricht auf dem Handy mitteilten, dass sie Richtung Brüssel unterwegs seien. Da wusste ich sofort Bescheid! Danach folgte eine große Ungewissheit. Vieles wirkte konfus. Insbesondere die ersten Tage und Monate nach der Transplantation gelten als sehr kritisch, da oft nicht gewusst ist, ob der Körper das neue Organ abstößt oder nicht.

## Wie geht es Ihrer Schwester heute?

Sie studiert derzeit. In Bezug auf ihre Gesundheit durchlebt sie Höhen und Tiefen. Sie muss viele Medikamente einnehmen, täglich etwa 20 Kapseln. Seit sie jedoch auf die Dialyse verzichten kann, hat sich ihre Lebensqualität drastisch verbessert. Jede Woche 12 Stunden in der Dialyse hocken zu müssen oder diese Zeit für andere Dinge im Leben zu nutzen, ist schon ein Riesenunterschied. Doch wie alle Personen, die ein ähnliches Schicksal teilen, kann sie sich nie hundertprozentig in Sicherheit wähen. Wenn

morgen die Niere erneut versagt, fängt das Ganze wieder von vorne an. Auch wenn man nicht tagtäglich daran denkt, das Risiko begleitet einen das ganze Leben lang.

## Wie blicken Sie heute auf ihr Engagement zurück?

Seitens der Politik erfolgte damals im Bereich der Organspenden herzlich wenig. Irgendwann fasste ich den Entschluss, Kontakt mit Luxembourg Transplant aufzunehmen. Das Interesse hielt sich damals in Grenzen. Man riet mir davon ab, mich zu engagieren, mit der Begründung, dass ich mir das in meinem jugendlichen Leichtsinn zu einfach vorstellen würde. (Anmerkung der Redaktion: Luxtransplant ist die nationale Koordinierungsstelle für Organspenden. Sie verwaltet die Liste jener Menschen, die in Luxemburg auf ein lebensrettendes Organ warten.)

## fp: Wie haben Sie diesen Rückschlag verkraftet?

Meine ursprüngliche Haltung änderte sich keineswegs: Ich wollte zur Förderung der Organspende meinen Teil beitragen und nahm Kontakt mit Protransplant auf. Hier wurde ich mit offenen Armen aufgenommen und mein Projekt zu 100% unterstützt. 2016 startete ich zusammen mit Promis und mit der Unterstützung von

Protransplant meine erste Aufklärungskampagne „Well all Choix zielt“.

## Mussten Sie viel Überzeugungsarbeit leisten?

Zugegeben, am Anfang schon! Nachdem ich jedoch Prominente wie Bob Jungels, Mariette Zenners und Serge Tonnar für meine Kampagne gewinnen konnte, entwickelte sich schnell eine Dynamik.

## Wie viele Menschen unterstützen derzeit ihre Initiative?

Ein Großteil der alltäglichen Tätigkeit bewältige ich selbst. Manchmal, wenn es die Zeit erlaubt, werde ich dabei von meinem Bruder, meiner Schwester oder Freunden unterstützt. „Well all Choix zielt“ startet u.a. regelmäßig Kampagnen auf Facebook und Instagram, was ziemlich zeitaufwendig ist. Seit 2016 besteht eine Partnerschaft mit Protransplant (siehe Kasten Seite 19). Der erste Kontakt entstand durch Zufall. Seit diesem Jahr gehöre ich dem Vorstand von Protransplant an. Dort kümmere ich mich unter anderem um die Informationsgestaltung in den sozialen Netzwerken.

## In Zusammenarbeit mit Protransplant und Jacques Schneider haben Sie das diesjährige partizipative Sensibilisierungsprojekt #LIEWEN gestartet. Wie kam es dazu?

Ziel war es, möglichst viele Menschen über die Organspende aufzuklären. Bis Ende August waren die Leute eingeladen, ihre „Selfies“ und Fotos mit dem Organspendeausweis und dem Vermerk #LIEWEN in den sozialen Medien hochzuladen und an liewen@protransplant.lu zu senden. All diese Bilder wurden nun in einem großen Kunstprojekt von dem Luxemburger Künstler Jacques Schneider zusammengeführt und im Rahmen des internationalen Organspendertages am 17. Oktober veröffentlicht.

## Tragen derartige Aufklärungskampagnen Früchte?

Ja, absolut! Sobald wir eine Aktion starten, nimmt die Anzahl der Anfragen für einen Spendeausweis zu. Gleichzeitig steigt bei den Menschen das Bedürfnis, sich zu informieren. Findet gerade keine Kampagne statt, flaut das Interesse wieder ab. Bei den Informationsständen stellen wir fest, dass viele Menschen der Organspende eigentlich positiv gegenüberstehen. Sie haben sich bloß bislang nicht ausreichend mit dem Thema befasst.

## Der Organspenderausweis erlaubt es einer Person anzugeben, ob sie für oder gegen die Entnahme ihrer Organe nach dem Tod ist. Wie viele Menschen führen in Luxemburg einen derartigen „passeport de vie“ in ihrer Briefftasche?

Genaue zuverlässige Zahlen sind leider nicht verfügbar, denn es gibt keine Datenbank. Dieses Jahr bekam jeder Haushalt in Luxemburg einen derartigen Pass mit unserer Informationsbroschüre zugeschickt. Wie viele Menschen ihn jedoch tatsächlich mit sich führen, entzieht sich unserer Kenntnis. Das entsprechende Online-Formular ist bei Protransplant und bei der Initiative „Well all Choix zielt“ erhältlich.

## Kritiker bemängeln, das aus dem Jahr 1982 stammende Gesetz zur Organspende sei zwar im Grunde genommen gut, doch wenig wirksam. Wo genau drückt der Schuh?

Lassen Sie mich dazu ein Beispiel anführen: Wenn in einer Ortschaft ein Tempolimit von 50 km/h gilt, und viele

## Verbesserungsfähige Gesetzeslage

Per Gesetz sind alle Einwohner Luxemburgs automatisch Organspender. Davon ausgenommen sind jene Personen, die zu Lebzeiten ausdrücklich festgehalten haben, dass sie sich einer Organspende widersetzen. Wer seine Haltung dazu bekunden möchte, sollte dies anhand des „passeport de vie“ tun. Der Ausweis ist unter [www.protransplant.lu](http://www.protransplant.lu), in Apotheken, beim Hausarzt oder bei der eigenen Gemeinde kostenlos erhältlich.

In Luxemburg werden Organe nur bei Hirntod entnommen. Dabei handelt es sich um eine unumkehrbare Zerstörung des gesamten Gehirns. Sie wird daher dem Tod des Einzelnen gleichgestellt.

Gemäß dem Gesetz aus dem Jahr 1982 müssen sich die Ärzte im Vorfeld einer Organentnahme vergewissern, dass sich die verstorbene Person nicht dagegen ausgesprochen hat. In der Praxis werden die Angehörigen gebeten, ihre Einwilligung zu geben.

Erteilt die Familie kein grünes Licht, verzichten die Ärzte in der Regel darauf, Organe zu entnehmen. Diese Situation tritt auch dann ein, wenn sich die verstorbene Person zeit ihres Lebens schriftlich zur Organspende bereit erklärt hat. Die bevorstehende digitale Patientenakte (Dossier de soins partagés) könnte für Klarheit sorgen, indem jeder dazu verpflichtet wird, anzukreuzen, ob er eine Organspende befürwortet oder nicht.

ml



Autofahrer rasen trotzdem mit hoher Geschwindigkeit daran vorbei, ohne dass ihnen eine Strafe blüht, waren alle Bemühungen zur Verkehrsberuhigung umsonst. Ähnlich verhält es sich bei der Gesetzgebung zur Organspende. Wir fordern keine Haftstrafen für diejenigen, die sich nicht an die Regeln halten. Nichtsdestotrotz muss die Politik Sorge dafür tragen, dass das Gesetz adäquat angewandt wird und die zuständigen Akteure ihre Verantwortung tragen.

Worauf wollen Sie genau hinaus?

Der Gesetzestext wurde im vergangenen Jahr durch eine großherzogliche Verordnung ergänzt. Diese besagt, dass in jedem Krankenhaus ein sogenannter Referent eingeführt wird. Diese Person soll sich vor Ort um Organspenden kümmern und zudem mögliche Organspender identifizieren. Es wurde leider versäumt, klarzustellen, von wem diese Referenten ernannt werden sollen und was geschieht, wenn sich ein Krankenhaus weigert, diesen Schritt zu gehen. Die Politik muss hier ihre Verantwortung übernehmen!

Ist Gesundheitsminister Etienne Schneider bereit, in dieser Hinsicht andere Wege als seine Vorgängerin zu gehen?

Wir erwarten schon eine gewisse Bereitschaft, Dinge zu ändern. Begrüßenswert ist beispielsweise, dass Etienne Schneider im Ministerrat den übrigen Regierungsmitgliedern einen „passeport de vie“ angeboten hat. Der Minister scheint dem Thema insgesamt positiv gegenüberzustehen. Ich lasse mich jedoch lieber von konkreten Taten überzeugen. Die Kontakte mit seiner Vorgängerin waren enttäuschend.

Laut Gesetz sind in Luxemburg alle Menschen de facto Organspender, es sei denn, sie sprechen sich zu Lebzeiten dagegen aus. 2018 sind dennoch vier Personen gestorben, da für sie kein passendes Spenderorgan rechtzeitig gefunden wurde. Wie lässt sich das erklären?

Luxemburg gehört zusammen mit 7 weiteren Ländern der Eurotransplant-Gruppe an. Was die Spendenbereitschaft betrifft, so schneidet das Großherzogtum in diesem Zusammenschluss schlecht ab. Das Land, das verhältnismäßig wenig Organe spendet, erhält dementsprechend auch weniger Transplantate für seine Bürger. Hinzu kommt, dass bei einem Hirntod sehr schnell Entscheidungen

getroffen werden müssen. Der Arzt vergewissert sich vor dem Eingriff bei der Familie, ob die betreffende Person tatsächlich mit einer Organentnahme einverstanden war. Oft sind die Angehörigen in einem Schockzustand und verweigern ihre Zustimmung.

Drängt sich hier nicht ein Umdenken auf gesetzgeberischer Ebene auf?

Uns ist ein Fall bekannt, bei dem ein Mann zu Lebzeiten einer Organspende einwilligte. Nach seinem Tod hatte die Ehefrau jedoch behauptet, er habe kurz vor seinem Ableben seine Meinung geändert, sodass keine Organe entnommen wurden. Gegen den Willen der Familie zu gehen, das macht kein Arzt. Die elektronische Patientenakte, die demnächst in Kraft treten soll, könnte hier Abhilfe schaffen.

Inwiefern?

Wir fordern, dass beim sogenannten „Dossier de soins partagés“ (DSP) ein Pflichtfeld eingeführt wird, in dem die Menschen ankreuzen, ob sie für oder gegen eine Organspende sind. Durch diese Herangehensweise würde sich alles andere erübrigen. Bei dem derzeitigen Entwurf wird die Organspende im DSP lediglich erwähnt, mehr nicht. Unklar bleibt, ob das entsprechende Feld ausgefüllt werden muss oder nicht. Falls nicht, werden die aktuellen Probleme nicht gelöst, da die Gefahr der Einflussnahme nicht gebannt ist.

Welche Erfahrungen haben Sie bislang gesammelt, wenn sie Menschen mit dem Thema Organspende konfrontieren?

Der Tod ist in Luxemburg immer noch teilweise ein Tabu. Manche Menschen weigern sich, Organe zu spenden. Immer wieder werden Horrorgeschichten verbreitet, bei denen behauptet wird, dass bei Organspendern frühzeitig der Stecker der lebenserhaltenden Maschine gezogen würde und die Patienten anschließend verstümmelt würden.

Was setzen Sie dem entgegen?

Oft stellt sich heraus, dass die oben beschriebenen Vorurteile auf einem Mangel an Informationen beruhen. Konfrontiert man die Menschen mit der Frage, was sie zu tun gedenken, falls sie selbst in naher Zukunft auf ein Organ angewiesen wären, geraten viele ins Grübeln. Im Allgemeinen stellen wir fest, dass die Jugendlichen etwas unbeschwerter an das Thema herangehen als die Erwachsenen.



Besteht eine Altersgrenze für Organspenden?

Nein! Der Gesundheitszustand der Organe wird von Fall zu Fall überprüft. Bei einem Raucher zum Beispiel mag die Lunge zu sehr belastet sein, doch eignen sich die Bauchspeicheldrüse oder die Nieren vielleicht für eine Transplantation. Beim Hirntod können Organe zwecks Spende kurzzeitig künstlich am Leben gehalten werden. Damit keine unnötige Zeit verloren geht, ist es allerdings wichtig, wenn die betroffene Person bereits zu Lebzeiten mitgeteilt hat, ob sie nach ihrem Ableben bereit ist, Organe zu spenden.

Weshalb werden in Luxemburg seit 2010 keine Organtransplantationen mehr durchgeführt?

Unter der Leitung von Dr. Lamy wurde 1980 hierzulande die erste Nierentransplantation vorgenommen. Heute behaupten die Verantwortlichen, dass die Bedürfnisse in Luxemburg zu gering seien, sodass sich der Aufwand für derartige ärztliche Eingriffe nicht lohnen würde.

Ist dem denn nicht so?

Luxemburg misst sich in vielen Bereichen gerne mit anderen Ländern. Bei der medizinischen Ausstattung befinden wir uns auf dem neusten Stand. Nach wie vor verfügt das Großherzogtum über Ärzte, die im Ausland bereits Organe transplantiert haben. Natürlich müsste das medizinische Personal ausgebaut werden. Da das nötige Potenzial bereits vorhanden ist, stellt sich jedoch unweigerlich die Frage, warum wir dieses nicht fördern.

Abgesehen von der geografischen Nähe, welche weiteren Vorteile würden hierzulande durchgeführte Organtransplantationen bieten?

Protransplant weist immer wieder darauf hin, dass das Vertrauen in Organspenden beachtlich wachsen würde, wenn die Operationen in Luxemburg durchgeführt würden. Derartige Eingriffe im Ausland sind häufig mit der Angst vor Missbräuchen behaftet.

Interview: Max Lemmer

Well all Choix zielt

Well all Choix tielt

www.protransplant.lu



Protransplant

Protransplant.lu ist eine ehrenamtliche Organisation, die am 23. Oktober 2011 von Patienten, Transplantierten, Verwandten und Betreuern gegründet wurde. Ziel ist es, die Organspende in Luxemburg durch Sensibilisierung zu fördern und Transplantierten sowie deren Familien Hilfe zu leisten. Auch Patienten, die auf eine Transplantation warten, wird Unterstützung angeboten. Die Prinzipien von Protransplant beruhen auf Solidarität und Freundschaft. ml

Einheit macht stark

Eurotransplant nennt sich der Zusammenschluss, der für die Vergabe und die Verteilung von Organen in mehreren Ländern verantwortlich ist. Neben Luxemburg gehören diesem Verbund noch 7 weitere Staaten an: Belgien, Deutschland, die Niederlande, Österreich, Kroatien, Slowenien und Ungarn. Ziel ist es, aufgrund der länderübergreifenden Zusammenarbeit die Chancen zu erhöhen, ein passendes Organ zu finden. Gemessen an der Spendenbereitschaft rangierte Luxemburg 2018 im Vergleich zu den anderen erwähnten Ländern an zweitletzter Stelle. Laut den Angaben von Eurotransplant wurden hierzulande 12 Organspender auf eine Million Einwohner gezählt. Das Schlusslicht bildet Deutschland mit 11 Spendern pro Million Einwohner. Spitzenreiter des Eurotransplantraumes ist Kroatien mit 36 Spendern pro Million Einwohner. ml





# Eigenheiminteressenten

Die eigenen vier Wände sind der Wunsch eines jeden

**BHW** und **CGFP**

bieten ihnen hierzu die Möglichkeit  
und zwar zu den allergünstigsten Bedingungen

## Unschlagbares Angebot

für:	mit:
Wohnungsbau/-kauf	Sofortkredit
Modernisierung	CGFP-Vorzugsdarlehen
Grundstückwerb	Steuervorteilen

**Lassen Sie sich unverbindlich beraten!**

Bitte ausfüllen und einsenden an:

**OEL/CGFP**

Oeuvre CGFP  
d'Épargne-Logement  
B.P. 595  
L-2015 Luxembourg

Baukredit:

Ich bitte um  
unverbindliche  
Beratung durch einen  
CGFP/BHW-Berater

(Name)

(Vorname)

(Straße, Hausnummer)

(Plz. /Wohnort)

(Telefon)

(Dienstbezeichnung)

(Dienststelle)



**Sichern Sie sich Ihre Steuervorteile 2019**



# Baufinanzieren

## aktuell

Informationen • Meinungen • Tipps

Mitgeteilt von der BHW Bausparkasse und der Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement

BHW KomfortBausparen & BHW Wohnbauspahren Plus

## Bauen und Sparen

Die neuen Tarife BHW KomfortBausparen & BHW Wohnbauspahren Plus sind ideal zum Sparen und Bauen. Sie entscheiden sich für Ihr Ziel, BHW und die Oeuvre CGFP d'Epargne-Logement ebnen Ihnen den Weg.

### Zinsgünstiges Darlehen

BHW Wohnbauspahren Plus bietet Ihnen ein zinsgünstiges Darlehen mit Festzinsgarantie über die gesamte Laufzeit. Das heißt, Sie machen sich unabhängig von den Kapirollen des Kapitalmarktes und stellen Ihren Wohnraum vom ersten Tag an auf eine verlässliche Basis.

Sie entscheiden selbst, ob und wann Sie Ihr Baugeld haben möchten.

Das Prinzip ist einfach: Je höher die Tilgung, desto schneller ist das Darlehen verfügbar.

Wie hoch das Darlehen ist, ergibt sich aus Ihrem Sparguthaben, der Spardauer und der Tilgungsrate, die Sie bestimmen.

Egal, ob Sie Ihr Darlehen nun früher oder erst später in Anspruch nehmen. Entsprechend Ihren Wünschen haben Sie die Wahl zwischen zwei Darlehenszinsvarianten zu 2,35 % oder sogar zu 1,25 %.

### Baugeld schon nach kurzer Zeit

Mit BHW Wohnbauspahren Plus kommen Sie ohne festes Mindestsparguthaben zum Baugeld. Für jene, die sofort mit dem Bauen anfangen möchten, gibt es die Möglichkeit, ihren Finanzierungsplan mit Hilfe eines BHW-Sofortkredits aufzustellen. Und als CGFP-Mitglied haben Sie zusätzlich Anspruch auf ein Gewerkschaftsdarlehen zum Vorzugszinssatz.

### Staatlich gefördert

Die Einzahlungen auf Ihr Bausparkkonto können Sie steuerlich absetzen: jährlich bis zu 672 Euro für jede zum Haushalt zählende Person. Für ein Ehepaar mit zwei Kindern ergibt das z.B. 2.688 Euro. Seit der Umsetzung der Steuerreform sind weitere Verbesserungen der staatlichen Förderung in Kraft getreten, so zum Beispiel die doppelte Absetzbarkeit der Sparbeiträge für Bausparer bis 40 Jahre. Zudem sind die Zinserträge auf Bausparguthaben von der Quellensteuer befreit (ein CGFP-Erfolg). Das lohnt sich!



## Giftstoffe im Bau: Vorsicht bei Modernisierungen



Verschiedene Baumaterialien, die heute als Giftstoffe bekannt sind, wurden jahrzehntelang bedenkenlos verbaut. Einige Stoffe gelten heute sogar als krebserregend. Bei der Modernisierung von Altbauten ist daher größte Vorsicht geboten.

### Oberste Priorität: Der Schutz der Kinder vor Schadstoffen

Asbest kann Krebs auslösen, doch erst 1993 kam es zum endgültigen Verbot des

Silikats. Bis zu diesem Zeitpunkt wurde das als beständig geltende Material in vielen Produkten eingesetzt, vor allem im Bauwesen. Entsorgt sind viele bis heute nicht. 2011 waren schätzungsweise noch 35 Millionen Tonnen Asbestzement in Deutschland verbaut.

Gift steckt auch in früher vielfach eingesetzten Parkettklebern und Holzschutzmitteln wie PCP. „Bei Sanierungen von Bauten, vor allem aus der Zeit zwischen den 60er- und 80er-Jahren, sollten Sanierer einen Sachverständigen hinzuziehen“, rät Stefanie Binder von der BHW Bausparkasse. Geeignete Maßnahmen dürfen nur von Fachleuten vorgenommen werden.

### Informieren und vorbeugen

Gefährliche Substanzen wie Formaldehyd, das unter anderem in Möbeln und Böden steckt, sind heute noch in Produkten nachweisbar. 2014 wurde es durch die EU als krebserzeugend eingestuft. Auch viele Lacke und Farben enthalten chemische Lösungsmittel. Ein eigenartiger Geruch kann ein Indiz für solche Schadstoffe sein. „Es empfiehlt sich, umweltfreundliche Alternativen wie Naturlacke, Naturfarben oder Lehmputz zu wählen“, rät BHW Expertin Stefanie Binder. Sie weist darauf hin, dass gemäß der europäischen Chemikalienverordnung Hersteller Auskunft darüber erteilen müssen, ob ein Material besorgniserregende Stoffe enthält.

## Ruhe bitte!



Lärmbelästigung wird für immer mehr Menschen zum Thema. Studien zufolge fühlt sich ein Großteil der Bürger von Geräuschen gestört. Doch sie können sich schützen.

Schallabsorber helfen, wenn es in Wohnräumen unangenehm hallt. Und schick sind sie auch!

Vor allem in Häusern, die direkt nach dem Zweiten Weltkrieg errichtet wurden, setzte man leichte Baustoffe und schlanke Innenkonstruktionen ein – zulasten des Lärmschutzes. Oft teilen sich in diesen Wohnungen Nachbarn die Wände und hören voneinander jedes Wort. Bei Modernisierungen sollten Eigentümer für ausreichenden Schallschutz sorgen. Nachträglich geht das, indem sie Wände, Decken, Böden und Rohre gegen Schall dämmen lassen. Eine möglichst schwere Eingangstür, ein gedämmtes Dach sowie schalldichte Fenster reduzieren den Außenlärm. „Da schon kleine Fehler die Wirkung des Schallschutzes beeinträchtigen, sollte man für diese baulichen Maßnahmen unbedingt einen Fachbetrieb beauftragen“, rät BHW Expertin Angelika Sosnowski.

### Lärmschutz steigert die Wohnqualität

Für Neubauten sind die Anforderungen an die Schalldämmung ohnehin gesetzlich geregelt. Lärmschutz gilt als entscheidendes Merkmal für Wert und Wohnqualität einer Immobilie. „Hochwertige Wohnungen und Häuser zeichnen sich durch einen guten Schallschutz aus, der Ruhe und Geborgenheit vermittelt“, sagt Angelika Sosnowski.

### Schicke Schallabsorber

Es gibt aber auch einfache Methoden, um den Lärmpegel in der Wohnung zu reduzieren. Bunte Akustikpaneele aus Schafwolle etwa absorbieren den Schall, nehmen aber wenig Gerüche an – ideal für hallende, geflieste Küchen. Schön anzusehen und sehr wirkungsvoll sind auch Akustikbilder mit Fotokunst. Auch Teppiche sind wirkungsvolle Schalldämmer. Sie zaubern Behaglichkeit in den Raum – und schaffen ein gutes Verhältnis zum Nachbarn.



## MON PATRIMOINE GÉRÉ PAR MA BANQUE PRIVÉE À LUXEMBOURG

- ☑ MON PROJET IMMOBILIER À BRUXELLES
- ☑ LE MBA DE MA FILLE À LONDRES
- ☑ MA RÉSIDENCE SECONDAIRE À CANNES
- ☑ LA START-UP DE MON FILS À MUNICH
- ☑ MON VOILIER À MONACO



Réseau européen. Siège luxembourgeois.



EUROPEAN  
PRIVATE BANKERS



## Was wäre der öffentliche Dienst ohne CGFP?

Ein Nebeneinander von  
Einzelgruppierungen, ohne Kraft,  
ohne Gewicht, ausgeliefert,  
verschaukelt...

**CGFP – die einzige  
gewerkschaftliche  
Kraft innerhalb  
der öffentlichen  
Funktion**



## D'ARMÉE REKRUTÉIERT MELL DECH!

INFORMATIUNSBÜRO  
15, bd Royal  
L-2449 Luxembourg  
INFOTELEFON  
8002-4888

ENG  
GANZ REI  
VU CARRIÈRE  
SINN ZE BESETZEN:

Offizéier - Ënneroffizéier  
Ënneroffizéier an der Militärmusek  
Kapereel - Fräiwëlleg Zaldoten  
Zivil Posten



**LËTZEBUERGER ARMÉE**  
[www.armee.lu](http://www.armee.lu) • [info@armee.lu](mailto:info@armee.lu)





# Prekarität – ein Begriff, viele Bedeutungen

## CESI-Fachtagung mit Luxemburger Beteiligung in Palermo

Der Begriff der Prekarität lässt sich auf sehr unterschiedliche Art und Weise darstellen. Ein Blick ins Wörterbuch genügt, um sich dessen bewusst zu werden. Beschränkt der Nutzer die Suche auf den renommierten Duden, erhält er gleich zwei unterschiedliche Bedeutungen: 1. Gesamtheit der Arbeitsverhältnisse ohne soziale Absicherung; 2. schwierige Lage; problematische soziale Situation.

Für „neueswort.de“ bedeutet das Adjektiv „prekär“ so viel wie „schwierig“, „unsicher“ und „problematisch“. So lasse sich die Lage einer Person, einer Gemeinschaft, eines Landes etc. als negativ beschreiben, heißt es. Insbesondere sei eine prekäre Lage oder Situation eine solche, die sich – wenn überhaupt – nur schwer verbessern lasse. Der zeitliche Horizont des Wortes schließe also sowohl die Gegenwart als auch die Zukunft mit ein, wobei ein gewisser Pessimismus mitschwingt und die Aussicht auf Verbesserung oder auch nur Erhaltung des Status Quo angezweifelt werde.

„wortbedeutung.info“ schließlich setzt den Begriff in den Kontext der Beschäftigung und bezeichnet das Verhältnis der Leiharbeiter als „prekär“, als Ausdruck von Unsicherheit. Das Präkäre daran sei der Umstand, „dass die Lebensverhältnisse instabil sind und sich jederzeit ändern können.“

### Prekäre Beschäftigung und sozialer Schutz

„Prekäre Beschäftigung – Befähigung der Gewerkschaften zur Bewältigung der neuen Herausforderungen“, so lautete denn auch das Thema der jüngsten Fachtagung der CESI, der Europäischen Union Unabhängiger Gewerkschaften, die vom 19. bis 20. September 2019 hochkarätige Redner und ein engagiertes Fachpublikum im sizilianischen Palermo zusammenführte. Anhand von Fallbeispielen aus unterschiedlichen Ländern wurde insbesondere die Verbindung zwischen prekären Arbeitsverhältnissen und dem fehlenden Sozialschutz hergestellt.

Prekäre Beschäftigung stelle nicht für den Einzelnen, sondern für die Wirtschaft insgesamt eine Bedrohung dar. Dies war eine der abschließenden Bemerkungen der Auftaktveranstaltung zu dieser Thematik am 5. März 2019 in Brüssel. Vor diesem Hintergrund hat die CESI, mit Unterstützung der Europäischen Kommission, sich in Palermo insbesondere mit der Fragestellung befasst, wie der Problematik der prekären Beschäftigung – darunter auch Fälle im öffentlichen Sektor – begegnet werden könne. Obwohl sich die Definitionen und die Verbreitung von unsicheren Arbeitsverträgen je nach Mitgliedstaat, Sektor und anderen Variablen wie Geschlecht, Alter und Bildungsstand stark voneinander unterscheiden, zielte die CESI mit diesem Projekt darauf ab, die zugrunde liegenden Ursachen näher zu beleuchten und die Ansätze der EU sowie der jeweiligen Mitgliedstaaten zur Bekämpfung prekärer Beschäftigung hervorzuheben. Dabei wurde auch Bezug auf die Vorgehensweisen der Gerichte, der Gesetzgeber und Institutionen sowie nicht zuletzt der Gewerkschaften genommen.

### Faire Arbeitsbedingungen

Bereits im Vorfeld der Fachtagung in Palermo hatte die CESI bei ihren europaweit angesiedelten Mitgliedsorganisationen Daten über prekäre Arbeitsbedingungen erhoben, die eine Beurteilung darüber ermöglichten, wie sich prekäre Arbeitsverhältnisse auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der EU auswirkten.

Für CESI-Präsident Romain Wolff bot die CESI-Fachtagung in Palermo denn auch in erster Linie die Gelegenheit, das CESI-Vorhaben voranzutreiben, um so Gewerkschaften zu befähigen, der steigenden Verwendung von prekären



Arbeitsverhältnissen entgegenzuwirken. Dass die Arbeitswelt einen Umbruch erlebe, stehe dabei außer Frage. In der Folge davon habe auch unsere Wahrnehmung des Arbeitsrechts und der Arbeitsbeziehungen Veränderungen gekannt. Aufgrund sehr unterschiedlicher Faktoren stellten wir z.B. einen raschen Anstieg von atypischen Beschäftigungsformen fest. Ziel der CESI-Fachtagung in Palermo sei es denn auch, wirksame Heilmittel zu diskutieren und entsprechende Vorschläge hin zu fairen Arbeitsbedingungen und einem uneingeschränkten Zugang zu sozialen Rechten zu erarbeiten.

In ihrem weiteren Verlauf bot die CESI-Fachtagung in Palermo in der Tat die Gelegenheit zur Erstellung einer Bestandsaufnahme der aktuellen Situation in Bezug auf prekäre Beschäftigung in Europa und die Erarbeitung von Vorschlägen wirksamer Gegenmaßnahmen, um faire Arbeitsbedingungen und den Zugang zu Sozialrechten zu gewährleisten. Dabei wurde ein Hauptaugenmerk auf die EU und die jeweiligen nationalen Rechtsrahmen gelegt. Gleichzeitig wurden bewährte Methoden der Umsetzung, die Herausforderungen für eine effiziente Interessenvertretung und der umfassende Zugang zum Sozialschutz erörtert.

### Krankenpfleger und Lehrer

Dass der Begriff der Prekarität, wie eingangs erwähnt, in der Tat mehrere Definitionen kennt, wurde gleich zu Beginn der Fachtagung deutlich. Während für die einen der Ausschluss von den sozialen Sicherheitssystemen Prekarität bedeutet, ist es für andere eher eine nicht angemessene Bezahlung, für noch andere vielleicht die Laufzeit ihres Arbeitsverhältnisses. Junge Berufstätige, Praktikanten, fühlen sich im Vergleich zu ihren älteren Kollegen oft als Beschäftigte zweiter Klasse. Und dann sei eine Interessenvertretung, sprich mehr Gewerkschaftsarbeit, wohl das richtige Instrument, um dieser Prekarität wirksam zu begegnen. Insbesondere auf dem Gebiet der befristeten Arbeitszeit und der Teilzeitbeschäftigung müsse das EU-Recht reformiert werden, so ein Ergebnis der vorhin bereits erwähnten Erhebung unter den CESI-Mitgliedsorganisationen. Erstaunlich auch die Erkenntnis, dass 70% der Befragten wohl über eine Festanstellung verfügten und dennoch 55% ihr Arbeitsverhältnis als prekär werteten.

Am Beispiel einer spanischen Krankenpflegerin wurde deutlich, dass ein Beschäftigter aus vielerlei Gründen, sei es durch Leiharbeit, Teilzeitarbeit oder eine zu geringe Entlohnung über wenig Sicherheit verfüge. Die geleistete Arbeit nehme zu, werde aber nicht entsprechend belohnt, auch nicht mit Zuzahlungen. Selbst wenn die Bedingungen im privaten Sektor insgesamt schlechter seien, heiße das nicht, dass im öffentlichen Dienst alles in bester Ordnung sei. Prekäre Arbeitsverhältnisse gebe es bereits während der Ausbildung. Bei geringfügigen Löhnen nehme das Ar-

beitspensum ständig zu und mache das Leben fast unmöglich. Es gehe schlicht und ergreifend darum, das Angebot an Arbeitsstellen zu erhöhen, um somit die Arbeitsbelastung zu reduzieren – und das wiederum setze eine Anpassung der entsprechenden Gesetzestexte voraus.

Wenn in Deutschland die Lehrerbearbeitslosigkeit insbesondere während der Sommermonate ansteige, habe das in erster Linie damit zu tun, dass die Lehrer im Sommer in die Erwerbslosigkeit entlassen würden und während der Sommerferien sechs Wochen lang keine Bezahlung erhielten, so ein anderes Beispiel prekärer Beschäftigung. Hinzu komme, dass Bildung in Deutschland Ländersache sei und es somit 16 verschiedene Systeme gebe. Die Bundesländer konkurrierten indes um die besten Lehrkräfte. Und der EuGH habe diese sogenannten Kettenverträge auch noch als rechtskräftig gewertet. Aus all dem ergebe sich die Forderung, dass Vertretungsverträge unbefristet sein müssten und bei begründeter Befristung zumindest die Sommerferien entlohnt werden müssten. Gleichzeitig müsse der Personalbestand entsprechend angepasst werden. Nur mit einer 115%igen Versorgung der Schulen mit Lehrkräften gelinge es, den Anforderungen wie Inklusion und individualisierter Unterricht gerecht zu werden.

Insgesamt war es in Palermo die Feststellung, dass die Arbeitgeberseite immer mehr Flexibilität verlange, was sich dann auch in der Prekarität niederschlage. Das EU-Recht reiche allemal nicht, um prekäre Arbeitsformen einzudämmen. Denn wenn es zu unfairen Entlassungen komme, auch bei befristeten Verträgen, würden sich die Arbeitnehmer schnell in der Prekarität wiederfinden. Wenn nationale Gerichte gegen die Prekarität vorgehen, dann werde sich dabei sehr häufig auf das Verbot der Diskriminierung, die sogenannte Nicht-Diskriminierungsklausel, gestützt, nicht aber auf die entsprechende EU-Direktive.

### Weniger „stabile Arbeiten“

„Wir wollen denjenigen Antworten geben, die noch keine Arbeit haben bzw. deren Arbeit noch nicht stabilisiert ist“, so ein Fazit der jüngsten CESI-Fachtagung in Palermo. Ein entsprechender Appell ging dann auch an alle CESI-Fachverbände, diese Plattform, ja dieses „Best-Practice“-Modell, zu nutzen und weiter zu verbessern.

Dass es in der Tat keine einfachen Lösungen für komplizierte Probleme gebe, darüber stimmten die Teilnehmer an der CESI-Fachtagung überein. Der Ursprung der prekären Arbeitsverhältnisse sei zurückzuführen auf die Tatsache, dass es einen Mangel an Arbeitsplätzen gebe. In Zeiten der Vollzeitbeschäftigung sei die Teilzeitarbeit freiwillig gewesen – und die habe nur wenige Menschen und wenige Lebensphasen betroffen. Heute hingegen sei die Teilzeitarbeit meist ungewollt, unbeabsichtigt und erfasse immer mehr Menschen und Bevölkerungs-

schichten – und das für immer längere Zeiträume.

Wenn man nur einen Weg gehe, um gegen Prekarität anzukämpfen, dann blieben immer noch Möglichkeiten der missbräuchlichen Nutzung. Ein einziges Instrument reiche somit sicherlich nicht aus und sei sogar kontraproduktiv. „Du meinst, du kannst das Problem lösen, aber dann stellt sich woanders das Problem erneut“. So werde am Ende von zeitlich befristeten Verträgen der Arbeitnehmer häufig ausgewechselt, das Arbeitsverhältnis bleibe aber befristet. Sinnvoller sei es da schon, dass befristete Arbeitsverträge automatisch in unbefristete umgewandelt würden. Gerade auch in diesem Punkt seien dann wieder die Gewerkschaften gefordert. Aufgrund des Mangels an Arbeit stelle man schlicht eine subjektive Neigung fest, sich noch stärker ausbeuten zu lassen und immer weniger „stabile Arbeiten“ auszuführen – und das bei weniger Bezahlung.

Dabei sei die Bezahlung ganz wesentlich, um das Problem der Sicherheit am Arbeitsplatz zu lösen. Enorme Löcher müssten zudem bei der sozialen Sicherheit, beim Gesundheits- und Rentenschutz, gestopft werden. „Wenn es uns gelingen könnte, auf dem Verhandlungswege, auf gesetzlichem Wege also, einen Sozialschutz zu gewährleisten, der über ein Jahr gesehen zwölf Monate abdecke, hätten wir bereits sehr viel geleistet und eine sozialversicherungstechnische Stabilität hergestellt.“ Und das wiederum hätte eine nachhaltige Auswirkung auf die Rentenzahlung.

Die Frage, was Gewerkschaften in dem Zusammenhang tun könnten, scheine jedenfalls berechtigt: Zum einen müsse die Lobbyarbeit fortgesetzt werden, sowohl bei den nationalen Einrichtungen als auch bei den europäischen Instanzen. Die zweite Stoßrichtung begreife die Magistratur, die eine wesentliche Rolle wahrnehme, damit der Missbrauch bekämpft werde. Drittens dürfe sich das Wirken der Gewerkschaften nicht nur auf die Beschäftigten von heute beschränken. Gewerkschaften würden in der Tat viel Einfluss verlieren, wenn sie nur für die bereits Beschäftigten verhandelten.

Das wahre Problem bestehe vor allem beim Sozialschutz. Es könne nicht sein, dass es eine Diskriminierung bei der sozialen Absicherung gebe. Der Mindestlohn beispielsweise könne ein interessanter Aufhänger sein, um die Schutzklauseln zu definieren, die erforderlich seien für junge Leute. Die hätten keinerlei Perspektive in sozialrechtlicher Hinsicht. Sie hätten oftmals keinen Gesundheitsschutz, keinen Anspruch auf öffentliche Gesundheitsleistungen und keine Möglichkeit, ihre Zukunft zu gestalten. Die Diskussion um den Mindestlohn könne ein sehr nützliches Werkzeug sein, um die Staaten zu verpflichten, nicht nur einen Mindestlohn zu garantieren, sondern gleichzeitig zu gewährleisten, dass diese jungen Leute auch eine Sozialversicherung haben.

Im Ergebnis waren sich die Teilnehmer denn auch einig, dass Prekarität am Arbeitsplatz eigentlich nicht infrage kommen dürfe. Die Gewerkschaftsorganisationen, sei es auf nationaler oder auf internationaler Ebene, würden hier eine wichtige Rolle wahrnehmen und müssten für alle Arbeitnehmer, die in neuen Beschäftigungsformen arbeiten, eintreten. Berufsverbände könnten dies tun im Rahmen von gewerkschaftlichen Aktionen und Informationskampagnen, ganz im Sinne der Beschäftigten.

Eine Konferenz sei immer auch „food for thought“, geistige Nahrung also, Stoff zum Nachdenken, der geradezu ein Ansatzpunkt für weitere Überlegungen sei. Ganz in diesem Sinne gehe es nun also darum, die Denkanstöße aus Palermo zu nutzen, um die Zukunft noch besser gestalten zu können. **s.h.**



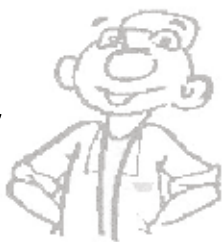
Viandes fraîches  
Gibier - Volaille  
Charcuteries  
Salaisons

**AWIETOR**

VIANDES EN GROS

[www.wietor.lu](http://www.wietor.lu)

19A, rue de Haller  
L-6312 Beaufort  
Tél : 83 64 85-1  
Fax : 86 90 87  
e-mail : [wietor@internet.lu](mailto:wietor@internet.lu)



## Cours de formation et d'appui scolaires



Cours d'appui, de rattrapage, de révision et de méthodologie pour les élèves de l'enseignement secondaire et secondaire technique luxembourgeois

Inscription et informations (**Attention: nouvelles heures d'ouverture!**)

mardi: de 9h30 à 11h30 et de 14h30 à 16h30

mercredi: de 14h30 à 16h30

jeudi et vendredi: de 9h30 à 11h30

Tél.: 26 77 77 77 [afas@cgfp.lu](mailto:afas@cgfp.lu)  
[http://www.cgfp.lu/cgfp\\_services](http://www.cgfp.lu/cgfp_services)

**AFAS CGFP**  
Association de Formation  
et d'Appui scolaires a.s.b.l.



## Werden Sie noch heute Mitglied!

Die CGFP bietet unter anderem eine wirksame Berufsvertretung, kostenlose juristische Beratungen in Beamtenrechtsfragen, kostenlose Auskünfte und Unterstützung in Gehalts-, Pensions-, Krankenkassen- und Steuerangelegenheiten sowie ein umfassendes Dienstleistungsangebot wie z.B. CGFP-Bausparen, CGFP-Versicherungen, Krankenzusatzversicherung und Zusatzpensionsversicherung.

CONFÉDÉRATION GÉNÉRALE  
DE LA FONCTION PUBLIQUE  
Boîte postale 210  
L-2012 LUXEMBOURG

CGFP

### Demande d'adhésion

Je soussigné(e) déclare par la présente que j'adhère à la Confédération Générale de la Fonction Publique CGFP.

J'autorise le Bureau Exécutif de la CGFP à prélever sur mon compte-courant le montant de la cotisation annuelle.

Nom et prénom: .....

Domicile: ..... Code postal no .....

Rue: ..... no .....

Administration/Service: .....

Fonction: ..... Date de naissance: .....

CCP ou  
compte bancaire no: IBAN LU

....., le .....

(signature)

REMARQUE: La cotisation annuelle, qui est actuellement fixée à 55,00 € (retraités/veuves: 35,00 €), comprend l'abonnement au périodique «fonction publique» et donne droit à toutes les prestations de la CGFP.

Vos projets  
ont de l'avenir



Charlotte,  
future  
présidente d'association



Louis,  
futur  
artisan boulanger

**BGL BNP PARIBAS**  
**S'ENGAGE POUR CONCRÉTISER VOS PROJETS**  
**AU LUXEMBOURG**

Répondons à vos besoins dans l'une de nos agences,  
par téléphone au 42 42-2000 ou sur [bgl.lu](http://bgl.lu)



**BGL  
BNP PARIBAS**

La banque d'un monde qui change

[bgl.lu](http://bgl.lu)





fonction  
publique

Spécial Living

Mehr Platz fürs Wohnen



Für die Kinder zum Spielen, als Rückzugsraum oder Büro – der Dachboden ist für vieles geeignet. Damit Komfort, Qualität und Energiekosten stimmen, sind einige Details zu beachten. Hauseigentümer mit dem Wunsch nach mehr Platz sollten neben großzügigen Dachfenstern, die wertvolles Tageslicht unter die Schräge lassen, auf eine langfristig funktionssichere Dämmung achten.

Moderne Dämmstoffe aus Mineralwolle gewährleisten im Dachgeschoss das ganze Jahr über ein angenehmes Wohnklima indem sie im Sommer vor

Überhitzung, im Winter vor Kälte schützen. Empfehlenswert sind Produkte, die emissionsarm sind. Wichtig ist der professionelle Einbau durch den Fachhandwerker. Denn es geht nicht nur darum, die Dämmschicht einzubauen, sondern es müssen auch alle Anschlüsse luftdicht ausgeführt werden. Profis nutzen hierfür spezielle Klebebänder, Dichtklebstoffe und Dampfbremsen, die auf das Dämmsystem abgestimmt sind. Denn nur bei fachgerechter Ausführung kann der Hausbesitzer sicher sein, mit der Dämmung zukunftsorientiert investiert zu haben – egal, für welche Zwecke das Dachgeschoss letztlich ausgebaut wurde.

4.050

logements réalisés au total

1.907

LOUÉS

logements loués aux particuliers

1.659

VENDUS

logements vendus aux particuliers

484

logements réalisés pour l'Etat et les institutions

Accueillir, loger et accompagner

40 ans de réalisations en faveur du logement social au Luxembourg

FONDS DU LOGEMENT

40 ANS

f

t

in

Ihre Treppe leicht hinauf und leicht hinunter.

Entdecken Sie den Treppenlift und den Hauslift von thyssenkrupp.

Kostenloses Preisangebot und Beratung unter 40 08 96.

luxembourg@thyssenkrupp.com  
www.thyssenkruppascenseurs.lu

thyssenkrupp



Spécial Living

Effeti, la précision du bon artisan



Sinuosa (cuisine en expo)

N'étant pas un fabricant ordinaire, Effeti propose des cuisines hors du commun.

Effeti se démarque de la fabrication de masse par son travail semi-artisanal qui nécessite le geste artistique et la précision du bon artisan.

Effeti propose des cuisines uniques qui reflètent parfaitement l'âme de la Toscane où elles sont conçues et fabriquées.

Bien sûr, le budget n'est pas identique à celui d'une cuisine issue d'une grande production industrielle, mais la qualité est aussi supérieure tout en restant dans les mêmes catégories de prix que les autres enseignes haut de gamme situées à la route d'Arlon.

Effeti propose des produits de niche et d'exception, avec des gammes uniques comme la Sinuosa dont l'îlot central prend l'inimitable forme d'un S, la 100% Wood entièrement réalisée en bois comme un meuble qui n'a plus rien de commun avec



Wood (cuisine en expo)

l'idée que l'on se fait d'une cuisine classique, ou le modèle Impronta grâce auquel la marque a réussi à allier design et formes classiques : une cuisine dont les portes à cadre se marient avec un mur d'éléments aux façades lisses. Une façon bien belle de

combiner tradition et modernité que vous pourrez aussi découvrir dans notre showroom. Nous sommes en effet le seul revendeur de la marque dans un rayon de plus de 300 km, le plus proche se situant à Paris. Si vous voulez découvrir les modèles Sinuosa, Wood et Impronta, c'est chez Effeti Luxembourg !

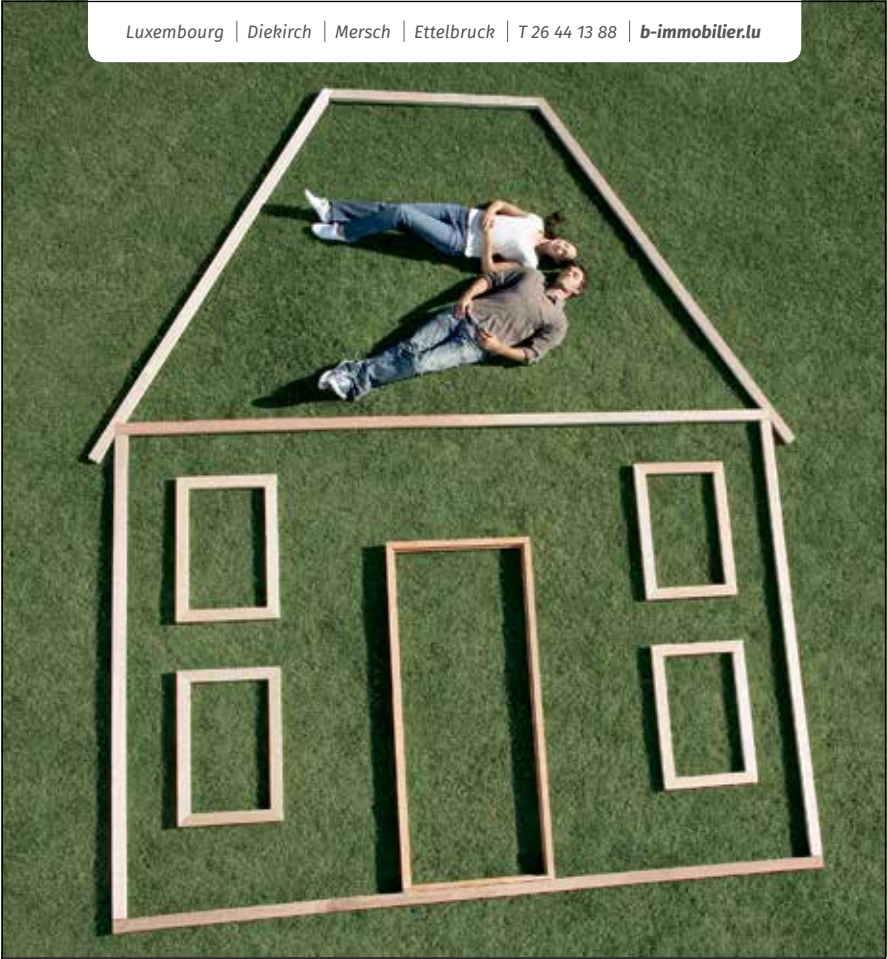
En ce qui concerne l'électroménager, nous travaillons avec toutes les grandes marques pour vous assurer une qualité, une fiabilité et des fonctionnalités optimales.

Notre magasin fait partie intégrante d'une société qui en possède huit au total, ce qui vous permet de bénéficier de l'excellence d'un studio de cuisines et de la sécurité financière d'un groupe commercial solide, bien implanté au Luxembourg.



Impronta (cuisine en expo)

Luxembourg | Diekirch | Mersch | Ettelbruck | T 26 44 13 88 | [b-immobilier.lu](https://b-immobilier.lu)



Cherchons terrains  
et vieilles maisons à rénover.

Réalisation de nouveaux projets immobiliers.

B

IMMOBILIER

BINGEN & ASSOCIÉS

TEBA

FENSTER · TÜREN · WINTERGÄRTEN



QUALITÄT  
LEBT LÄNGER

Modernisieren Sie Ihr Haus?  
Dann Verbinden Sie innovative  
Technik mit neuem Design.

Spechen Sie mit uns.  
Wir beraten Sie gerne.

TEBA HANSEN & KAUB S.AR.L · L – 2633 SENNINGERBERG  
TEL. 34 89 82 · [WWW.TEBA-FENSTER.LU](https://www.teba-fenster.lu)





BOEVANGE/ATTERT  
1.022.664 €  
TVA 3% incluse



DUDELANGE  
909.795 €  
TVA 3% incluse



KLEINBETTINGEN  
1.086.894 €  
TVA 3% incluse



ELL (REDANGE/ATTERT)  
763.511 €  
TVA 3% incluse



BERTRANGE  
1.760.172 €  
TVA 3% incluse



RODENBOURG (JUNGLINSTER)  
739.480 €  
TVA 3% incluse



SANDWEILER  
1.315.159 €  
TVA 3% incluse



CLEMENCY  
997.634 €  
TVA 3% incluse



HASSEL  
929.928 €  
TVA 3% incluse

· Planification individuelle  
· Plans adaptables selon vos besoins  
· Cahiers des charges personnalisables  
· Constructions sur mesure  
· Délais garantis

Découvrez une  
centaine d'autres  
projets sur notre site :  
[www.wiesen-piront.lu](http://www.wiesen-piront.lu)  
Tél : +352 333 628-1



CONSDORF  
949.539 €  
TVA 3% incluse



ELL (REDANGE/ATTERT)  
816.638 €  
TVA 3% incluse



STEINFORT  
1.139.877 €  
TVA 3% incluse



ETTTELBRÜCK  
900.527 €  
TVA 3% incluse



HASSEL  
1.011.774 €  
TVA 3% incluse

PROJETS BIENTÔT  
DISPONIBLES :

- \* Berbourg
- \* Esch-sur-Alzette
- \* Münschecker
- \* Berg (Betzdorf)
- \* Consdorf
- \* Tuntange
- \* Esch/Alzette



GILSDORF (EN CONSTRUCTION)  
764.200 €  
TVA 3% incluse



ESCH/ALZETTE  
1.645.475 €  
TVA 3% incluse



MÜNSCHECKER  
862.784 €  
TVA 3% incluse



BERG  
976.018 €  
TVA 3% incluse



HEFFINGEN  
862.683 €  
TVA 3% incluse



STEGEN (EN CONSTRUCTION)  
797.205 €  
TVA 3% incluse



FOLSCHETTE (RAMBROUCH)  
624.844 €  
TVA 3% incluse



SENNINGERBERG  
2.012.726 €  
TVA 3% incluse



STEINFORT  
1.228.529 €  
TVA 3% incluse



BOUS  
844.012 €  
TVA 3% incluse



ELL (REDANGE/ATTERT)  
766.192 €  
TVA 3% incluse

39  
ANS  
1980 - 2019



USELDANGE  
764.862 €  
TVA 3% incluse



MÜNSCHECKER  
1.085.678 €  
TVA 3% incluse



BERCHEM  
1.321.413 €  
TVA 3% incluse



Energie für  
Zukunft



NEARLY  
ZERO  
ENERGY  
BUILDING

Découvrez une centaine d'autres projets sur notre site:  
[www.wiesen-piront.lu](http://www.wiesen-piront.lu)



## PUBLI-REDACTIONNEL

# Profitéiert vun Ären Acquis fir d'Zukunft ze gestalten.

## INTERVIEW

Raoul Stefanetti, BIL



Wéi soll ee säi Verméige geréieren, gewënnbréngend uleeën an et un déi zukünfteg Generatiounen iwwerdreien? Op dës Fro ginn et keng fäerdeg Äntwerten. All Situatioun ass ënnerschiddlech a verlaangt eng ausgiebig Kenntnes. Déi richteg Léisunge loosse sech nëmmen am Austausch an am Gespréich fannen, an dat genau ass d'Roll vum Private Banking, wéi et eis de Raoul Stefanetti erkläert.

## Ëm wat handelt et sech beim Private Banking?

De Private Banking, och nach Wealth Managament genannt, ëmfaasst verschidden Servicer, wéi d'Investitiounsberoderung oder d'Gestion discrétionnaire vun engem Portefeuille, d'Strukturéierung vum Patrimoine, d'Planifikatioun vun der Ierfschaft an d'Bereetstellung vu Kreditter. D'Missioun vum Private Banker ass Spezialisten aus alle Beräicher vum Finanzmanagement ronderëm de Client ze versammelen fir him ze hëllefen seng kuerz- oder laangfristeg Projeten ze realiséieren an dobäi seng aktuell Situatioun a säi potenziell zukünfteg Akommes ze berécksiichtegen.

## Wéi ënnerscheede sech Är Servicer vun der Konkurrenz?

Si sinn ganz accessibel. Bei eis ass de Seuil, fir vun de Servicer profitéieren ze kënnen, vill méi niddereg wéi bei anere Banken. All Client, deen eng finanziell Aktiva vu 500.000 Euro oder méi huet, huet Zougang zu eise Private-Banking-Servicer. Dës Accessibilitéit erkennt een och duerch d'Disponibilitéit an d'Flexibilitéit vum Clientsberoder, deen all Client zur Verfügung steet. Hien ass einfach ze erreechen, assuréiert e reegelméisseg Suivi, antizipéiert d'Besoin vum Client, äntwert séier op dem Client seng Demanden a kënnt an déi noosten Agence vum Client, a bei Bedarf och bei de Client Heem.

Mir sinn eng universell an innovativ Bank, wat och en anere wichtege Atout ass. Mir kënnen op all d'Demandé vun eise Clienten äntweren, esou verschidde se och sinn. Als Kreditinstitut kënnen mir esou eiser Clientèle verschidde Prêtsformule proposéieren fir de Kaf vun enger Wunneng oder Geschäftsraum, zu Lëtzebuerg oder am Ausland.



Eis laang Erfahrung am Corporate Finance erméiglecht eis, d'Patrone bei all hire Projeten ze begleeden, sief et professionell oder privat. Mir kënnen hinnen och bei der Acquisitioun oder der Transmissioun vun enger Entreprise hëllefen.

## Wéi maacht Dir et, Äre Clienten aviséiert a personaliséiert Rotschléi ze ginn?

Ab dem Ufank vun der Relatioun mam Client hu mir en oppent Ouer fir hien a stellen him e Maximum u Froen iwwer seng Finanz-, Familljen- a Verméigenssituatioun. Wat ass seng Geschicht? Wat sinn seng Erwaardungen a seng Contrainten? Wat sinn seng Preferenze wat d'Investissementer betrëfft? Wat ass säi Kenntnisstand op de Finanzmäert? Mir loosse keen Detail aus a schwätzen all Aspekt vu sengem Liewen un. D'Zil vun dësem Virgespräch ass et, de Client gutt kennenzelieren an eng global, an net nëmme finanziell Vue iwwer säi Verméigen ze hunn, fir him duerno personaliséiert Rotschléi, déi perfekt op seng Situatioun passen, mat op de Wee ze ginn.

*„Eist Zil ass, eis Cliente laangfristeg ze begleeden, an dësen Accompagnement gëtt vu Generatioun zu Generatioun iwwerdreien. Zu menge Clienten zielen zum Beispill dräi Generatiounen vun enger Famill, déi ech all perséinlech kennen.“*

Fir dës privilegiert Relatioun mam Client opzebauen, muss hie sech wuel fillen, well hien eis Elementer uvertraut, déi mat grousser Diskretioun traitéiert musse ginn. D'Vertraue vum Client ass en indispensable Element am Ausüben vum Beruff. Dofir verfüge mir iwwer eng Equipe, déi sech aus verschidde Personalitéiten, méisproocheg a multikulturell, zesummestellt. Mir kënnen net nëmmen eis Clienten a praktesch all de Sproochen empfänken, ma hinnen och deen Interlocuteur proposéieren, deen am beschten zu hirem Charakter an hirem sozio-kulturelle Profil passt. Mir verlaange vun eise Mataarbechter och wichtege Qualitéiten, wéi Grëndlechkeet, Performance, Nolauschteren, Empathie, Integritéit an Offenheet.

## Iwwerdauert dës privilegiert Relatioun Generatiounen?

Absolutt. Eist Zil ass, eis Cliente laangfristeg ze begleeden, an dësen Accompagnement gëtt vu Generatioun zu Generatioun iwwerdreien. Zu menge Clienten zielen zum Beispill dräi Generatiounen vun enger Famill, déi ech all perséinlech kennen. Ech si souzesoen e familiäre Vertraute fir si ginn, op dee si ziele kënnen fir alles wat d'Finanzen an de Patrimoine betrëfft.

Dës Kontinuitéit vu Generatioun zu Generatioun resultéiert virun allem duerch de Fait, datt mir eise Beruff andauernd evoluéieren doen. An enger Welt, déi ëmmer méi vernetzt ass, sinn d'Cliente besser informéiert a méi exigent. Mir hunn eis dëser neier Situatioun ugepasst: Mir sinn net nëmme vill präsent um Internet, wou mir e Maximum u wichtege Informatiounen bereetstellen (virun allem iwwer eise Site *my-life.lu*), ma mir hunn och d'Aktiounsberäicher vun eise Clientsberoder erweidert. Si gi vun internationalen Experten

ënnerstëtzt, déi an hirem Beräich spezialiséiert sinn an déi all d'Informatiounen um Internet, déi net ëmmer fiabel sinn, interpretéieren kënnen. Mir sinn dovun iwwerzeegt, datt eis Clienten ëmmer de Besoin hunn, beroden an ënnerstëtzt ze ginn, an datt näischt, och kee Roboter, d'moosgeschnidde Léisungen, déi mir hinne proposéieren, ersetze kann. Fir eis, bei der BIL, steet de Mënsch ëmmer un éischter Stell.

**Raoul Stefanetti,**  
Head of Private Banking Luxembourg

## Zesammen, fir lech

Profitéiert vun Ären Acquis fir d'Zukunft ze gestalten. Well Dir Äre Patrimoine no Äre Besoinen gestalt hutt, erwaart Dir vun Ärer Bank, datt si lech eenzegaarteg Léisungen proposéiert, déi lech entsprechen. BIL Private Banking ass fir lech do, fir datt Dir Zäit mat deene verbréngen kënnt, déi lech um Häerz leien.

## Eis Private Banking Zentren zu Lëtzebuerg

Esch-sur-Alzette    Ettelbruck    Luxembourg-Ville (Headquarter)



PRIVATE BANKING



Spécial Living

Das langsame Sterben der Ablufthauben



Kochdünste einfach nach draußen abzusaugen, wird in Neubauten künftig nicht mehr so einfach möglich sein – zu groß sind die Heizenergieverluste im Winter.

Viele Eigenheimbesitzer machen sich Gedanken über Wärmedämmung oder die Effizienz des Heizsystems und ärgern sich über steigende Energiekosten. Aber wenn sie in der kalten Jahreszeit in ihrer Küche le-

ckere Gerichte kochen, schalten sie die Ablufthaube ein – und blasen die teuer aufgewärmte Raumluft einfach so nach draußen in die kalte Winterluft. Eine Dunstabzugshaube mit Abluft ist bei der Beseitigung

von Küchendünsten hoch effektiv – in puncto Verschwendung von Heizenergie aber problematisch. Kein Wunder, dass die EU eine Gesetzesvorlage entwickelt hat, laut der ab 2021 keine Ablufthau-

ben in modernen Niedrigenergiehäusern mehr eingebaut werden sollen. Als Alternative gibt es Dunsthauben, die Kochdünste nicht nach außen leiten, sondern filtern und in den Raum zurückführen. Für Gelegenheitsköche reicht das in der Regel aus.

Aber wenn viel gekocht wird und stark riechende Speisen zubereitet werden, stoßen herkömmliche Filter schnell an ihre Grenzen. Und die Luftfeuchtigkeit lässt sich ohnehin nicht ohne Umlufthauben entfernen. Werden Eigenheime zukünftig also wieder mehr nach Fisch und Zwiebeln riechen? Experten gehen nicht davon aus, denn der Küchenfachhandel kennt mit den sogenannten Plasma-Filtern eine sehr wirkungsvolle Alternative auf Basis von elektrischer Hochspannung. Der leise und hoch effiziente Filter entfernt Kochdünste und Luftschadstoffe, aber auch Viren, Bakterien und überschüssige Feuchtigkeit aus der Luft und gibt diese vollständig gereinigt zurück in den Raum. Die kleinen Luftreinigungssysteme lassen sich in nahezu jeden bestehenden Dunstabzug integrieren. Weitere Informationen sind im Küchenfachhandel erhältlich.



TERRAINEN  
APPARTEMENTER  
HAISER



A.E.: 00137028/0



# Spécial Living

## Wohnen 2.0



Das Zuhause wird immer intelligenter. Gefragt sind technische Geräte und Installationen, die sich auf die Bedürfnisse der Bewohner einstellen und möglichst einfach bedienbar sind.

Das fängt bereits beim Sonnen- und Einbruchschutz an. Rollläden bieten Schutz vor Wind und Wetter,

neugierigen Blicken sowie vor Lärm und Einbrechern – zusätzlich senken sie auch den Heizenergieverbrauch.

Ausgestattet mit Motor und automatischer Steuerung sind Rollläden besonders komfortabel zu steuern. Die verschiedenen Fachbetriebe des Rollladen- und Sonnenschutztechniker-Handwerks rüsten auch beste-

hende Anlagen mit Antrieben und passenden Bedienelementen aus. Dazu gehören Wandschalter und Fernbedienung genauso wie Smartphone und Tablett. Denn mit der entsprechenden App können die Rollläden ganz bequem gesteuert werden. Die clevere Bedienung des Sonnenschutzes verhilft nicht nur älteren Menschen zu mehr Unab-

hängigkeit. Auch junge Familien profitieren von dem Plus an Komfort.

Mit Zeitschaltuhren, voreingestellten Nutzerprofilen oder einer programmierten Mess- und Regelautomatik kann die vernetzte Haustechnik je nach Tagesablauf vollautomatisch gesteuert werden.

**HERBSTANGEBOTE**  
15/09/2019 - 30/11/2019

**2. LAMPE  
LED  
GRATIS**

**+ 2.  
FIXSCREEN  
zu 50%**

Entdecken Sie die bioklimatische Pergola in unserem Showroom.

METALICA EST  
AMBASSADEUR  
RENSON AU  
LUXEMBOURG

**RENSON**  
Creating healthy spaces

### SHOWROOM

MONTAG BIS FREITAG: 9-18 UHR | SAMSTAG: 9-16.30 UHR

181, rue de Luxembourg L-4222 ESCH/ALZETTE

Tél. +352 55 21 56 | Fax: +352 55 74 14 | info@metalica.lu | www.metalica.lu







Impronta

BEAUCOUP VOUS PROPOSENT DES CUISINES,  
CHEZ EFFETI NOUS VOUS FERONS CELA :



Sinuosa



Effeti  
117, route d'Arlon - L-8009 Strassen  
(ancien local **Miele** die Küche)

Tél.: 26 11 92 16  
info@effeti.lu  
[www.effeti.lu](http://www.effeti.lu)



**snaidero**  
CUCINE PER LA VITA

by  
**KITCHEN Store**



NOCTURNE JUSQU'À  
**21 H**  
LE VENDREDI  
SUR RENDEZ-VOUS



**204, Route d'Arlon • L-8010 Strassen**  
Tél (00352) 26 11 98 50 • [www.kitchenstoreluxembourg.com](http://www.kitchenstoreluxembourg.com)



Spécial Living

La pergola bioclimatique: vivre le jardin en toute saison



METALICA Home, ambassadeur Renson au Luxembourg

Pourquoi les plaisirs du jardin devraient-ils prendre fin avec l'arrivée de l'automne ? C'est toujours avec le même regret que l'on doit ranger transats et salon de jardin jusqu'au printemps suivant. Cette année, vous pouvez bien le faire pour une dernière fois et continuer à profiter de votre jardin en toute saison grâce à cette nouveauté... Metalica vous fait découvrir sa pergola bioclimatique Camargue.

La pergola bioclimatique Camargue ou Skye s'adapte à toutes vos envies de jardin

Bien plus efficace qu'un store, et plus simple à installer qu'une véranda, la pergola bioclimatique est le compromis que l'on attendait. Accompagnée de nombreux accessoires et options, elle est la structure idéale pour profiter pleinement des plaisirs du jardin quelle que soit la saison. C'est une manière de prolonger les beaux jours bien au-delà des contraintes du calendrier. La pergola sait s'adapter aux caprices de la météo et aux besoins de ses utilisateurs. Un éclairage permettra de prolonger les belles soirées d'été

entre amis, un chauffage de se moquer du froid, et de s'offrir une petite pause, bien installé dans son transat préféré, même en automne.

La pergola, une belle extension pour votre maison

La pergola peut être accolée à la maison, elle devient ainsi une véritable extension, accessible et utilisable dès que la météo le permet. Elle peut aussi être utilisée comme une structure indépendante et installée dans le jardin ou près d'une piscine. Selon l'option choisie, les usages varient, mais, dans tous les cas, la pergola bioclimatique est un élément visuel fort et valorisant de la maison. Cette belle extension invite immédiatement le visiteur à la détente et aux plaisirs du jardin, et constitue toujours un élément à l'élégance très flatteuse.

La pergola, une parfaite maîtrise de votre espace de vie

La pergola bioclimatique Camargue crée un espace de vie parfaitement adapté à vos besoins. Elle vous fait profiter du soleil, de la lumière et du vent, pour en faire les alliés de votre confort. Grâce à une télécommande, les lames rotatives en aluminium du

plafond s'orientent en silence et vous assurent une parfaite maîtrise des éléments extérieurs. Dès que vous ressentez le besoin vous pouvez vous mettre à l'abri des rayons de soleil, faire varier l'intensité lumineuse ou adapter la ventilation aux conditions extérieures. Pour ceux qui apprécient le soleil sans modération, la pergola Skye offre une ouverture totale des lames.

Metalica, ambassadeur des produits Outdoor Renson au Luxembourg

Metalica développe son savoir-faire dans le secteur de la menuiserie extérieure au Luxembourg depuis 1956. Créatrice de portes et de fenêtres, l'entreprise s'adresse aussi bien aux professionnels qu'aux particuliers. Acteur reconnu dans son domaine, récompensé à plusieurs reprises par l'obtention de labels, Metalica s'attache à proposer les dernières innovations technologiques à ses clients.

C'est en développant un partenariat avec Renson, que la société peut proposer l'installation de vérandas bioclimatiques à sa clientèle.

Elle lui permet de profiter d'un nouvel équipement pour un plus grand confort et une meilleure utilisation de son habitat.

Vous pouvez découvrir une pergola bioclimatique Camargue au showroom de Metalica Home : 181, rue de Luxembourg L-4222 Esch/Alzette

Heures d'ouverture :  
Lu-Ve 9h00 - 19h00  
Sa 9h00 - 16h30



PARQUETS

TAPIS & LINOS

 PARTENAIRE DE VOS PROJETS DEPUIS 1903

  
Robert Steinhäuser  
LEUDELANGE & INGELDORF  
tél. 37 16 16 - 351  
www.steinhauser.lu

MIR KAFEN

ären TERRAIN äert HAUS

a bauen eng nohalteg Zukunft.

+352 39 59 22 1

 CODUR  
CONSTRUISSONS DURABLE

  
codur.lu



# ici, on imagine on construit on vit !



*D'**Villa Lorenz** ass déi éischt **matbestëmmend Wunngeléeënheet** fir **Senioren** hei zu Lëtzebuerg.*

*An enger flotter Zesummenaarbecht mat lech entstinn hei **13 Wunnengen** wou Är Privatsphäre grouss geschriwwe gëtt an awer **Liewen an der Gemeinschaft** net ze kuerz kënnt.*

*D'Aarbechte fänke schonn 2020 un!*



## Reservéiert ab elo Äert Appartement!



(+352) 39 59 221 - [info@codur.lu](mailto:info@codur.lu)



Permanence um Site vun der "Villa Lorenz"  
97 route de Luxembourg L-7373 Lorentzweiler

Ëmmer Dënschdes vun 10.00 bis 16.00 Auer  
Ausser an de Schoulvakanz an op Feierdeeg

(+352) 621 35 45 85 - [emma.zimer@nouma.lu](mailto:emma.zimer@nouma.lu)



Spécial Living

Die geeignete Pflege für den Holzfußboden

Lackiert? Geölt? Gewachst? Geht es um die richtige Reinigung und Pflege von Holzfußböden, spielt die Art der Oberflächenbehandlung eine große Rolle. Denn was einen lackierten Boden erfreut, hilft nicht unbedingt einem geölten Parkett.

Natürlich gibt es Empfehlungen, die für alle Holzfußböden gelten.

Dazu gehört etwa, dass Schmutz und Staub entfernt werden, bevor die Oberfläche unansehnliche Kratzer bekommt.

Außerdem sollte bei der Reinigung so wenig Wasser wie möglich zum Einsatz kommen.

Genauso wichtig ist aber auch, die Oberfläche von Zeit zu Zeit mit einer maßgeschneiderten Schönheitskur

wieder auf Vordermann zu bringen. Die Pflegebehandlung gewährleistet, dass Holzfußböden zu ihrem ursprünglichen Glanz zurückfinden, eine dünne Schutzschicht aufbauen und somit ihre Strapazierfähigkeit erhöhen.





D'Kiche vu mengem Liewen



CONDITIONS  
ANNIVERSAIRE



MONTAGE GRATUIT  
+ REMISE EXTRA

Cuisines et rangements sur mesure

**FOETZ** 12 rue du Brill - Tél. 24 51 48 41  
**HOWALD** 20 rue des Scillas - Tél. 28 37 18 65

**eggo.lu**

\*Voir conditions en magasin



## Spécial Living

## Kitchen Store, design et qualité



Cuisine Vision designed by Pininfarina

Petite question : qu'est-ce qui ressemble plus à une cuisine blanche sans poignées qu'une autre cuisine blanche sans poignées ?

Réponse : le choix et la qualité !

Bien sûr, le marché propose des cuisines de qualités fort différentes et, en tant qu'enseigne de haut de gamme, nous ne prétendons pas le contraire. Bien sûr, une cuisine blanche sans poignées sera toujours une cuisine blanche sans poignées. Bien sûr nous pouvons vous en présenter. Mais nous pouvons aussi vous proposer bien plus !

Avec les cuisines italiennes Snaidero produites sur mesure depuis 70 ans, les formes, les revêtements et les coloris vous permettent de sortir de ces sentiers battus et de profiter d'une cuisine vraiment différente.

En fonction de vos goûts et de vos envies, nous vous proposons des laques micalisées aux reflets extraordinaires, des laques métallisées ou même des meubles courbes comme les modèles Ola20 et Vision, deux œuvres d'art dont le design est signé Pininfarina.

Aussi étendue que diversifiée, notre gamme propose des meubles et des agencements que, seule notre marque mythique Snaidero peut réaliser : des cuisines en céramique (portes, côtés et plan de travail en céramique !), des cuisines en bois nobles, des socles en véritable aluminium, des meubles motorisés et une multitude d'autres détails ingénieux qui feront la différence.

Outre un design extraordinaire, les cuisines Snaidero bénéficient aussi d'une qualité sans égal.

Une cuisine au design fabuleux, une garantie de 10 ans, une fabrication respectant l'environnement... Et au niveau du budget ? Un budget de 30 000 € constitue une base raisonnable pour un modèle Way et l'on peut envisager un modèle iconique comme Ola20 à partir de 40 000 €. Le budget final sera bien entendu en fonction de vos choix personnels en matière de plan de travail et d'appareils électroménagers.

Outre la marque italienne réputée Snaidero, KitchenStore propose également une gamme allemande

permettant des budgets plus abordables. Enfin, les nostalgiques de la cuisine « cottage » ou « country » peuvent aussi découvrir une cuisine de ce style mises en ambiance.

Pour écouter vos desideratas et répondre à vos envies et besoins, nous pouvons vous recevoir tous les jours ouvrables, y compris à midi et sur rendez-vous le vendredi soir,

après les heures d'ouverture et jusqu'à 21h00.

Vous aurez aussi l'occasion de découvrir notre nouveau show-room, entièrement repensé pour vous permettre de vous guider encore mieux dans vos choix.

Et les appareils électroménagers ?

En plus des marques incontournables telles que Siemens, nous vous proposons aussi Miele dont la réputation de fiabilité et les fonctionnalités sont reconnues dans le monde entier.

Nous travaillons également avec Atag, un design néerlandais qui vous surprendra avec sa finition en inox noir de la gamme Black Steel, des plaques à induction en noir mat et... une garantie de 8 ans ! Voilà une alternative face à l'obsolescence programmée !

Si le design et la qualité des meubles ainsi que la fiabilité des appareils sont importants, la pose l'est au moins autant.

Notre équipe est composée de poseurs internes (et non pas de sous-traitants) dont plusieurs menuisiers professionnels capables d'adapter un meuble ou de modifier un plan de travail en bois dans nos ateliers, à la perfection.



Cuisine Cottage



**renovatioun.lu**  
Coordination-Rénovation s.à.r.l.

**15**  
**Joer**

**Äre Partner fir schlësselfäerdeg Renovatiounen.**

22a, Rue de Larochette

| L-7661 MEDERNACH

| T: 28 83 08 - 1

| liz@renovatioun.lu



Spécial Living

Feintuning fürs Badezimmer



Wer den Nutzen von Dusche oder Badewanne steigern möchte, sollte sich durch einen Fachmann beraten lassen.

Um aus dem Bad eine echte Wohlfühloase zu machen, kommt es nicht nur auf das Ambiente und die Beleuchtung an - auch die einzelnen Gerätefunktionen sind wichtig für das Wohlfühlgefühl. Dabei ist die Größe nicht so sehr ausschlaggebend, denn Dusche und

Badewanne sind heute mit durchdachten Mehrfachfunktionen ausgestattet. So kann auf der Standfläche einer Dusche eine Dampfkabine stehen oder die Badewanne auf Knopfdruck zur Whirlwanne mit Massagefunktion werden. Die Fachhändler stehen für individuelle und kreative Badgestaltung und Bera-

tung bereit. Dank intensiver Planungsgespräche bleibt kaum ein Wunsch offen. Die Dusche lässt sich beispielsweise per Display mit Dampf bereichern. Das lockert die Muskeln und macht den Kopf frei. Den besonderen Kick bieten Dampfduschen,

die mit einem Infrarotstrahler ausgestattet sind. Per Touchscreen lassen sich Temperatur und Strahlkraft der Infrarotlampen sowie Lichteffekte regulieren. Ein Soundsystem lässt dazu die Lieblingsmusik im Bad erklingen. Die Möglichkeiten sind nahezu unbegrenzt.



#ParentsAimants  
#ParentsCollants  
#VivementMonAppart  
#MonCreditImmoING

Pour mon **Crédit immo**, j'ai préparé mon coup en douce en complétant mon dossier **en ligne**.  
**Un conseiller** m'a ensuite orienté vers la meilleure solution. Et demain... **je signe**.  
#ByebyePapaMaman

[ing.lu/immo](https://ing.lu/immo)







vouloir un chez soi  
C'EST NATUREL



Taux d'intérêt attractif, en fixe ou en variable, aides étatiques... avec le prêt logement de Raiffeisen, vous profitez naturellement de la meilleure solution pour financer votre projet immobilier. Nos conseillers se tiennent à votre entière disposition, même en dehors de nos heures d'ouverture, en agence ou chez vous.

Infos en agence ou sur [www.raiffeisen.lu](http://www.raiffeisen.lu)

Banque Raiffeisen, société coopérative



## Livingstone III

Luxembourg - Cessange

- 101 STUDIOS, APPARTEMENTER  
vun 350.000€ TTC 17% un
- 10 CO-LIVING UNITÉITEN  
>3,5% Rendement



## Le Domaine des Vignes

Mertert

- 16 HAISER  
69 APPARTEMENTER
- e neie moderne Quartier un der Musel

WUNNEN ZU LËTZEBUERG

[www.hektar.lu](http://www.hektar.lu) • [info@hektar.lu](mailto:info@hektar.lu)

HEK-TAR





# LUX VOYAGES

## Mittelamerika – alles andere als mittelmäßig

14-Nächte-Traumkreuzfahrt



Traumhafte Strände, türkisblaue Buchten, interessante Kulturen, lebensfrohe Einheimische, eine faszinierende Tierwelt und köstliches Essen ... alles was das Reiseherz begehrt – das ist Mittelamerika. Kommen Sie an Bord der „Mein Schiff 1“ und erleben Sie eine abwechslungsreiche Entdeckungsreise. Freuen Sie sich auf wunderbar vielfältige Ziele in Mexiko, Belize, Honduras, Costa Rica, Panama, Kolumbien, Jamaika und in der Dominikanischen Republik. Bei insgesamt vier Seetagen können Sie auch das Leben an Bord in vollen Zügen genießen. Erfüllen Sie sich endlich Ihren Traum und werden Sie an Bord der „Mein Schiff 1“ selbst zum Entdecker.

### Reisepreis: ab 2.695€\* / Person in Flex-Balkonkabine, inklusive:

- Flug in der Economy-Class ab Frankfurt und zurück
- Premium Alles Inklusive
- anspruchsvolle Spitzengastronomie
- Sauna und Fitness
- erstklassige Bedienung
- ausgezeichnetes Entertainment
- Kinderbetreuung

### **Termine: Abfahrten zwischen dem 15. November 2019 und 23. März 2020**

Gerne beraten wir Sie und stellen Ihnen die ausführliche Reisebeschreibung dieser und einer Vielfalt anderer Kreuzfahrten vor. Wenden Sie sich einfach an Lux Voyages, Ihre CGFP-Reiseagentur.



**LUX VOYAGES s.à r.l.**

25-A, boulevard Royal  
L-2449 Luxembourg  
Tel.: 47 00 47 - 1  
[info@luxvoyages.lu](mailto:info@luxvoyages.lu)

\*3% CGFP-Exklusivrabatt für CGFP-Mitglieder, generell auf allen Pauschalreisen, Kreuzfahrten, Hotel- und Mietwagenreservierungen.





## Mit BHW zuverlässig in die eigenen vier Wände

Wohneigentum ist alles: Baufinanzierung, Vermögensaufbau, Anlageoptimierung, solide Altersvorsorge. Sprechen Sie mit einem BHW-Berater darüber. **Oder rufen Sie die CGFP Hotline an: 473651.**

Die CGFP ist der BHW Bausparpartner in Luxemburg für den öffentlichen Dienst.

BHW Bausparkasse  
Niederlassung Luxemburg  
16, rue Erasme  
L-1468 Luxembourg Kirchberg  
[www.bhw.lu](http://www.bhw.lu)

**BHW**   
Gemeinsam für Ihr Zuhause